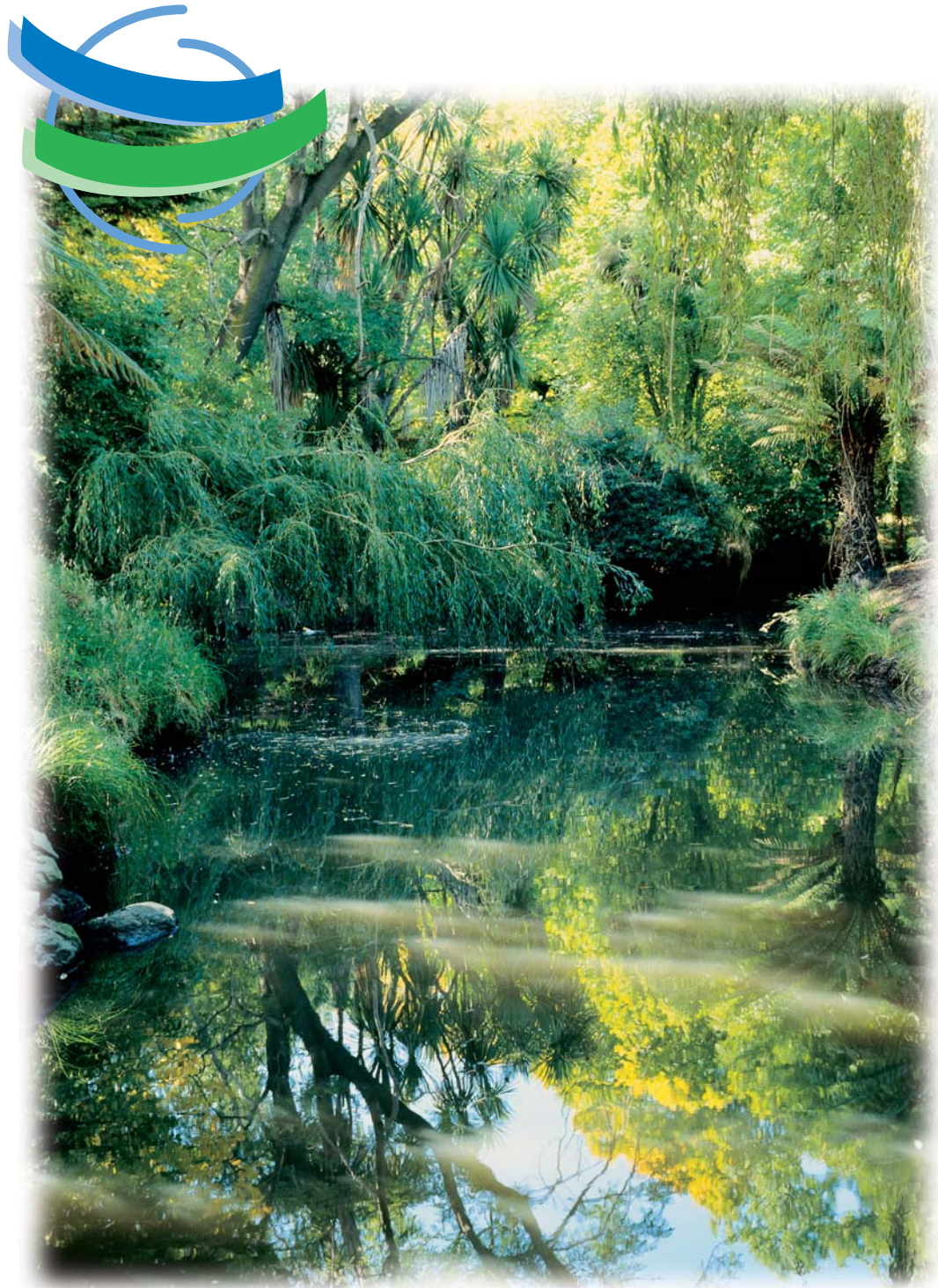


Forum Umwelt & Entwicklung



Biologische Vielfalt
Nie war sie so wertvoll wie heute



BIOLOGISCHE VIELFALT

NIE WAR SIE SO WERTVOLL WIE HEUTE

INHALT

Impressum:

Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2004.

Editorial - <i>Jürgen Maier</i>	2
Schwerpunktthema: Biologische Vielfalt	
<input type="checkbox"/> ABS auf der Überholspur? – <i>Michael Frein/Hartmut Meyer</i>	3
<input type="checkbox"/> "Internationales Jahr" für Naturschutzgebiete – <i>Martin Kaiser</i>	6
<input type="checkbox"/> Weltweites Netz von Schutzgebieten gefordert – <i>Helmut Röscheisen</i>	8
<input type="checkbox"/> Biologische Globalisierung - biologische Invasion? – <i>Bettina Oehmen</i>	10
<input type="checkbox"/> WildwestLB in Ecuador – <i>Werner Paczian</i>	11
<input type="checkbox"/> Hirtenvölker verlangen Anerkennung als Bewahrer biologischer Vielfalt – <i>Ilse Köhler-Rollefson</i>	14
<input type="checkbox"/> Der Internationale Saatgutvertrag der FAO – <i>Achim Seiler</i>	16
<input type="checkbox"/> WTO: Hände weg von unserer Nahrung – <i>Daniel Mittler</i>	17
<input type="checkbox"/> Wasser und biologische Vielfalt als Handelsware? – <i>Alexandra Zawieracz</i>	18
Aktuell	
<input type="checkbox"/> Erneuerbare Energien - NRO-Vorbereitungsprozess kommt in Gang – <i>Jürgen Maier</i>	19
<input type="checkbox"/> Regionale Vorbereitungskonferenz in Brasilia – <i>Klaus Milke</i>	20
<input type="checkbox"/> Erneuerbare Energien in Lateinamerika – <i>Gerardo Honty</i>	21
<input type="checkbox"/> Internationale Energieagentur - Tief verwurzelt im fossilen Zeitalter – <i>Jürgen Maier</i>	24
Aus den Arbeitsgruppen	
<input type="checkbox"/> Aufgaben gibt es genug! Die zukünftige Rolle der AG Handel – <i>Stefanie Pfahl/Jürgen Knirsch</i>	25
<input type="checkbox"/> Gentechnik, Ökolandbau, WTO - Planung für 2004 – <i>Birgit Wilhelm</i>	26
<input type="checkbox"/> LAND in Sicht – <i>Gudrun Vinzing</i>	26
<input type="checkbox"/> Weltweit Demonstrationen für das Recht auf Wohnen – <i>Knut Unger</i>	27
<input type="checkbox"/> Wider den klimapolitischen Stillstand – <i>Bernd Brouns</i>	28
Weitere Berichte	
<input type="checkbox"/> Gender Mainstreaming im Natur- und Umweltschutz – <i>Helga Inden-Heinrich</i>	29
<input type="checkbox"/> Wasser in Paris – <i>Uwe Hoering</i>	30
<input type="checkbox"/> Die WTO nach dem Scheitern von Cancún – <i>Michael Frein</i>	31
<input type="checkbox"/> Aufbruch zu einem gerechten Welthandel – <i>Antje Schultheis</i>	32
<input type="checkbox"/> Überprüfung der Entwicklungsfinanzierung – <i>Klaus Wardenbach</i>	33
<input type="checkbox"/> Recht auf Nahrung – <i>Frank Augsten</i>	35
<input type="checkbox"/> Agrarreform in Brasilien – <i>Armin Paasch</i>	37
<input type="checkbox"/> Woche der Zukunftsfähigkeit – <i>Gudrun Vinzing</i>	38
<input type="checkbox"/> Eigenheimzulage und Flächenverbrauch – <i>Knut Unger</i>	38
<input type="checkbox"/> Struktur des nächsten IPCC-Sachstandsberichtes steht – <i>Manfred Treber</i>	39
Veranstaltungen / Publikationen	40



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Als »Grünes Gold« wurde die Biologische Vielfalt während der Rio-Konferenz 1992 bezeichnet, mit anderen Worten: als ein Rohstoff, den es auszubeuten gilt. Allerdings sollte dies verbunden werden mit dem Gedanken des Schutzes der biologischen Vielfalt, eben der »nachhaltigen Nutzung«. Um genau dies sicherzustellen, wurde in Rio die »Konvention zum Schutz der Biologischen Vielfalt« verabschiedet, im englischen abgekürzt mit CBD. Schon damals gab es heftige Kontroversen, auch innerhalb der Nichtregierungsorganisationen, bis hin zu grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Vorstellung, biologische Vielfalt vom universellen »Erbe der Menschheit« zu einem bloßen Wirtschaftsobjekt zu degradieren, das ein Nationalstaat »besitzen« kann. Auf der anderen Seite lehnten die USA es prinzipiell ab, überhaupt einem internationalen Vertrag beizutreten, der die wirtschaftliche Nutzung biologischer Vielfalt reguliert und damit einschränkt.

Diese Konflikte haben heute etwas weniger grundsätzlichen Charakter, aber nach wie vor ist Schutz und Nutzung der biologischen Vielfalt ein Schauplatz intensiver Konflikte zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, zwischen Industrie und Regierungen, zwischen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen.

War die CBD noch als Rahmenabkommen eher unkonkret geblieben, wie denn die genaue Regulierung der Nutzung biologischer Vielfalt aussieht, werden mit ihrem Biosafety-Protokoll über den Umgang mit genmanipulierten Organismen erstmals konkrete Rechte und eben auch Pflichten völkerrechtlich verankert. Just am 11. September diesen Jahres trat dieses Biosafety-protokoll nun in Kraft, heftig bekämpft von der Gentechnik-lobby und den USA, und vermutlich das erste Umweltabkom-

men, das direkt in einen Konflikt mit den WTO-Handelsregeln treten wird. Aber es geht nicht nur um genmanipulierte Organismen.

Die konkrete Verteilung der wirtschaftlichen Vorteile aus der Nutzung biologischer Vielfalt, nämlich vor allem auch der nicht genmanipulierten biologischen Vielfalt, konnte dagegen bisher in der CBD nicht verbindlich geregelt werden. Zu gross waren die Widerstände dagegen, auch im in Deutschland federführenden Umweltministerium, aus unverbindlichen »Bonner Richtlinien über den Zugang und den Vorteilsausgleich« ein rechtsverbindliches Instrument zu machen, das man notfalls auch durchsetzen kann. Eine der wenigen konkreten Erfolge des Johannesburg-Gipfels war es, dass die Vertragsstaaten aufgefordert wurden, genau diese Rechtsverbindlichkeit nun herzustellen.

Ein weiteres rechtsverbindliches Instrument, der internationale Saatgutvertrag, steht ebenfalls kurz vor seiner Inkraftsetzung. Mehr als 10 Jahre wurde darüber gerungen, so mancher wichtige Paragraph ging dabei über Bord. Dennoch ist dieser Vertrag ein wichtiges Instrument, um die schwierige Balance zwischen den Interessen der Pflanzenzüchter und den Rechten der Bauern herzustellen, und damit eine Schranke gegen den massiven Druck der Saatgutindustrie, aus biologischer Vielfalt und genetischen Ressourcen soviel Geld wie möglich zu machen.

Auch zu anderen aktuellen Themen rund um die biologische Vielfalt informiert Sie der Schwerpunktteil des vorliegenden Rundbriefs. Weitere aktuelle Themen sind der Vorbereitungsprozess auf die Erneuerbare-Energien-Konferenz in Bonn im kommenden Juni sowie die Handels-Verhandlungen nach dem gescheiterten WTO-Gipfel von Cancun. Ich wünsche Ihnen anregende Lektüre.

Jürgen Maier



ABS auf der Überholspur?

Die Debatte um Zugang und gerechten Vorteilsausgleich im Rahmen der Konvention über biologische Vielfalt

Im Grunde ist das Phänomen nichts Neues: der Norden verfügt über die Technologie, die Märkte und das Know-How, der Süden über die Rohstoffe. Allerdings ist die biologische Vielfalt ein „Rohstoff“ besonderer Art. Natur ist keine Ware, sie kann nicht – wie etwa Mineralien – einfach nur genutzt werden, sie muss gleichzeitig auch geschützt und erhalten werden. Diese beiden Gedanken werden durch die Ziele der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) abgebildet. Ein weiterer Gedanke kommt hinzu: diejenigen, die die biologische Vielfalt über Jahrhunderte geschützt, gepflegt und weiter entwickelt haben, müssen irgendwie an den Vorteilen beteiligt werden, die sich aus einer heutigen Nutzung ergeben können. Dieser Gedanke wird durch das dritte Ziel der Konvention aufgenommen: geregelter Zugang und gerechter Vorteilsausgleich, im Englischen Access and Benefit-Sharing (ABS).

Der ABS-Mechanismus soll den Konflikt um den Nutzen aus der biologischen Vielfalt regeln. Denn während es im Norden aufgrund technologischer Möglichkeiten und ökonomischer Chancen starke Interessen zur Nutzung der biologischen Vielfalt gibt, will der Süden nicht weiter unentgeltlich Rohstofflieferant sein; er fordert die Beteiligung an dem aus der Verwertung seiner biologischen Ressourcen entstehenden Nutzen. Nord und Süd gemeinsam ist – oder sollte zumindest sein – das Interesse der Erhaltung der biologischen Vielfalt. Aber nicht nur Staaten beziehungsweise Regierungen sind Akteure im Konflikt um die biologische Vielfalt. Multinationale Konzerne wollen die genetischen Ressourcen möglichst effizient nutzen, indigene und lokale Gemeinschaften im Süden fürchten einen Ausverkauf ihres kulturellen Erbes.

Vom Nutzen des grünen Goldes

Welche ökonomischen Potentiale mit der Nutzung der biologischen Vielfalt verbunden sind, ist umstritten. Während die Industrie sich oftmals demonstrativ in

Bescheidenheit übt, lassen einige spektakuläre Beispiele einen anderen Schluss zu. Dies nährt den Verdacht, dass die Zurückhaltung der Industrie in der Öffentlichkeit auch taktisch bedingt ist und darauf zielt, öffentliche Aufmerksamkeit und als deren Folge unangenehme Fragen zu vermeiden.

Denn gar nicht so selten sind tropische Pflanzen der Ausgangspunkt für pharmazeutische Neuerungen. Der Stoff Resperin, gewonnen aus der indischen Schlangenzurzel, war das erste wirksame Medikament zur Senkung des Blutdrucks. Pfizer testet gerade den Hoodia-Kaktus aus dem südlichen Afrika, der nachweisbar appetitzügelnde Wirkungen hat, und hofft auf große Kasse mit einem neuen Schlankheitsmittel. Und an der Universität Bonn ist soeben die Blutzucker senkende Wirkung einer Pflanze mexikanischen Ursprungs nachgewiesen worden. Dass mit neuen Mitteln gegen Diabetes und Übergewicht in den Industriestaaten enorme Gewinne zu machen sind, dürfte auf der Hand liegen.

Sogenannte Ethnopharmakologen und Bioprospektoren streifen durch Afrika, Asien und Lateinamerika, um das Wissen traditioneller Gemeinschaften für den Fortschritt in Europa und den USA nutzbar zu machen. Denn die traditionellen Heilmethoden von lokalen und indigenen Gemeinschaften in den Ländern des Südens können wertvolle Hinweise auf die Anwendungsbereiche von in Pflanzen vorhandenen Wirksubstanzen liefern. Wenn Schamanen und Medizinmänner eine bestimmte Pflanze gegen ein spezifische Leiden verwenden, so kann dies mehr als nur ein Fingerzeig für die pharmazeutische Forschung sein. Und die Methoden, unter denen bei uns bislang kaum beachtete Nutzpflanzen für Landwirtschaft und Ernährung kultiviert werden, lassen Rückschlüsse etwa auf Resistenzen zu, die für die weitere Saatgutzucht von Bedeutung sein können. Die Nutzung traditionellen Wissens kann Forschungsaufwand ersparen - und so selbstverständlich auch die damit verbundenen Kosten reduzieren.

So verlockend dies für die Konzerne des Norden sein mag: der Süden will seinen Anteil. Und indigene Völker und lokale Gemeinschaften wollen nicht länger tatenlos zusehen, wie ihr Wissen und ihr

kulturelles Erbe ohne ihr Wissen und ihre Zustimmung zum Vorteil anderer genutzt werden. Dabei geht es ihnen nicht nur um finanzielle Beteiligung, sondern auch um die Frage ihrer kulturellen Selbstbestimmung. Die Entscheidung, wer ihr Wissen wozu nutzen darf, so fordern praktisch alle indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften, muss ihnen selbst überlassen bleiben.

Die Konvention als Schiedsrichter?

Lange Zeit galten alle Organismen der Erde – insoweit sie sich nicht in Privatbesitz befanden – als frei zugänglich und damit auch für jeden unentgeltlich nutzbar. Die biologische Vielfalt wurde als gemeinsames Erbe der Menschheit angesehen, analog zu dem Konzept, das für die Ausbeutung von Rohstoffen in exterritorialen Gebieten wie der Antarktis oder dem Tiefseeboden gilt. Dieser Ansatz des gemeinsamen Erbes der Menschheit wurde im Vorfeld des Rio-Gipfels 1992 von Entwicklungsländern und zahlreichen NGOs heftig kritisiert. Das System verleihe denen, die über die finanziellen und technologischen Mittel verfügten, automatisch Vorteile gegenüber denjenigen, die außer der biologischen Vielfalt nicht viel besäßen.

Die 1992 in Rio unterzeichnete CBD trat völkerrechtlich verbindlich am 29. Dezember 1993 in Kraft. Sie stellt dem Konzept des gemeinsamen Erbes das der Souveränität der Staaten über ihre biologische Vielfalt gegenüber. Damit werden die Staaten faktisch zu Besitzern der biologischen Vielfalt und können, im Rahmen der in der Konvention beschriebenen Grenzen, über deren Nutzung entscheiden. Der Zugang zur biologischen Vielfalt ist damit nicht mehr frei, sondern an bestimmte, in der Konvention verankerte, Voraussetzungen gebunden.

Den Rahmen hierfür gibt CBD Art. 15 vor, der zunächst jedem Staat das Recht zuspricht, den Zugang zu seinen genetischen Ressourcen durch nationale Gesetzgebung zu regeln. Dieser Zugang soll basieren auf der „auf Kenntnis der Sachlage gegründeten vorherigen Zustimmung der Vertragspartei, die diese Ressourcen zur Verfügung stellt.“ Das heißt, der potentielle Nutzer einer genetischen Ressource, der Zugang beansprucht, soll Auskunft darüber geben, welche Ressour-



cen er zu welchem Zweck benötigt. Dies gehört zum Kern der „vorherigen informierten Zustimmung“, also der nach der CBD notwendigen Erlaubnis zur Nutzung einer genetischen Ressource. Gleichzeitig sind diese Informationen Grundlage für den gerechten Vorteilsausgleich, der nach Art. 15 (7) vorsieht, dass „die Ergebnisse der Forschung und Entwicklung und die Vorteile, die sich aus der kommerziellen und sonstigen Nutzung der genetischen Ressourcen ergeben, mit der Vertragspartei, die diese Ressourcen zur Verfügung gestellt hat, ausgewogen und gerecht (geteilt werden)“.

Mit anderen Worten: ein Entwicklungsland hat nach der CBD einen Anspruch darauf, dass es über die beabsichtigte Verwendung seiner genetischen Ressourcen Auskunft erhält, bevor es seine Zustimmung zur Nutzung etwa für die Forschung oder die industrielle Verwertung erteilt. Weiterhin hat es Anspruch darauf, an den Ergebnissen dieser Forschung beteiligt zu sein, was zum Beispiel heißen kann, Vorzugsbedingungen (einschließlich der dafür benötigten Technologie) für die Lizenzproduktion von Medikamenten, Saatgut oder Kosmetika zu erhalten. Darüber hinaus ist das Entwicklungsland aber auch an den Vorteilen zu beteiligen, die sich aus Forschung und Entwicklung ergeben. Das heißt, grundsätzlich kann das Entwicklungsland einen (ausgewogenen und gerechten) Teil der Gewinne beanspruchen, die aus der Vermarktung etwa eines Medikaments entstehen, das auf der Basis der von ihm zur Verfügung gestellten genetischen Ressource entwickelt wurde. Wieviel Technologie, finanzielle Mittel und sonstige Vorteile das Entwicklungsland letztlich erhält, ist Verhandlungssache, denn Art. 15 (7) legt fest, dass die Aufteilung der Vorteile zu einvernehmlichen Bedingungen zu erfolgen hat. Die CBD verfolgt damit in ihrem Benefit-Sharing-Regime einen bilateralen Ansatz, der davon ausgeht, dass sich die Verhandlungspartner – Geber und Nutzer einer genetischen Ressource – an einen Tisch setzen und die Bedingungen des Zugangs wie des Benefit-Sharings miteinander aushandeln.

Neben Staaten können im Rahmen der CBD auch lokale Gemeinschaften und indigene Völker als Eigentümer biologischer Vielfalt auftreten. Dies steht jedoch

unter dem Vorbehalt nationaler Politik, das heißt, die Vertragsstaaten sind aufgefordert, entsprechende Maßnahmen durchzuführen, um das traditionelle Wissen lokaler, indigener Gemeinschaften zu schützen.

Probleme in der Praxis

Dass die Staaten mit Blick auf ihre Aktivitäten zum Schutz traditionellen Wissens (und hierbei auch der Stärkung der kulturellen Identität lokaler Gemeinschaften und indigener Völker) unterschiedliche Tatkraft an den Tag legen, bedarf nicht weiterer Erläuterung. Den Schutz traditionellen Wissens unter den Vorbehalt nationaler Politik zu stellen, wird den Erfahrungen und Interessen lokaler Gemeinschaften und indigener Völker nicht gerecht.

Ein weiteres Problem ergibt sich dadurch, dass die Verbreitungsgebiete genetischer Ressourcen sich nicht an staatlichen Grenzen orientieren. Das heißt, ein Nachfrager steht unter Umständen mehreren Anbietern gegenüber. Es könnte mithin auf Seiten der Anbieter zu einem Wettbewerb kommen, der eine Preisspirale nach unten bewirkt.

Die unterschiedliche Verhandlungsmacht von Anbieter und Nachfrager vermag diese Tendenz möglicherweise noch zu verstärken. Am Verhandlungstisch über Access und Benefit Sharing sitzen auf der einen Seite – gemäß den Vorstellungen der Konvention – zumindest ein Industrieland und ein multinationaler Konzern, auf der anderen Seite ein Entwicklungsland, möglicherweise sekundiert von einer lokalen, indigenen Gemeinschaft. Das Machtgefälle, gerade in Verbindung mit einer möglichen Vielzahl von Anbietern, kann zweifellos zu unerwünschten Ergebnissen führen.

Und schließlich bleibt unklar, wie diejenigen, die ihr Wissen oder ihre Ressourcen zur Verfügung stellen, die Vertragserfüllung der Gegenseite überwachen und durchsetzen wollen. Weder sind sie in der Lage, einen Blick in die Suppenküche der Forschungsstätten zu werfen, noch können sie die Forschungsarbeiten als solche nachvollziehen. Letztlich müssen Sie den Versicherungen des Nutzers über die Wirkung und Vermarktungsmöglichkeiten ihres Wissens und ihrer Ressource vertrauen.

Biopiraterie und Patente

Dies gilt umso mehr, als das internationale Recht in der Praxis auf der Seite der Starken ist. Die ABS-Regeln der CBD zu umgehen und sich die genetischen Ressourcen illegal zu besorgen, mag für Konzerne die Gefahr eines schlechten Rufs in der Öffentlichkeit haben. Direkte materielle Konsequenzen sind jedoch nicht zu befürchten. Die Staaten, in denen diese Konzerne ihren Stammsitz haben, sind interessanterweise noch nicht einmal der öffentlichen Kritik ausgesetzt.

Beispiele für die illegale Aneignung von Wissen und Ressourcen sind zahlreich. Zu den bekanntesten Fällen von Biopiraterie gehört sicherlich ein Fungizid, auf das die US-Agro-Firma W.R. Grace und das US-Landwirtschaftsministerium ein Patent halten. Das Pilzschutzmittel wird durch Extraktion eines Öls aus dem Samen des Neembaums gewonnen. Der Neembaum ist in Indien seit Jahrhunderten als vielfältig verwendbare Nutzpflanze bekannt. Das in den Samen vorhandene Öl wird traditionell gegen Schädlinge eingesetzt. Weder der indische Staat noch irgendeine lokale Gemeinschaft wurden von den Patentinhabern konsultiert.

Es konnte mit alten Schriftstücken belegt werden, dass Patent nicht auf einer Erfindung beruhe, sondern auf einem Plagiat. Damit stützte sich eine diesbezügliche Klage auf eine Verletzung des Patentrechtes (Plagiat statt Erfindung), nicht etwa der CBD. Dies ist insofern konsequent, als weder das europäische noch das us-amerikanische Patentrecht noch der TRIPs-Vertrag der Welthandelsorganisation (der Mindeststandards für den Patentschutz vorschreibt, den alle WTO-Mitglieder gewähren müssen) in irgendeiner Weise die Regeln und Ziele der CBD unterstützen. Im Gegenteil: aus patentrechtlicher Sicht ist die Frage, wie der Patentinhaber bei Biopatenten in den Besitz der Ressourcen gelangt, nicht geregelt und damit unerheblich. Faktisch untergräbt das Patentrecht damit die Ziele und Regeln der CBD, indem es einer beteiligten Seite Schutz gewährt, die andere jedoch im Regen stehen lässt. Letzteres gilt nicht nur für diejenigen, die genetische Ressourcen zur Verfügung stellen, sondern auch für die Träger traditionellen Wissens. Dies ist vielfach nicht dokumentiert, sondern mündlich und durch Erfahrungswissen überlie-



fert, so dass es indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften meist schwer fällt, die Rechte an ihrem Wissen gegenüber nördlichen Patentbehörden zu verteidigen.

Kritik an der CBD

Nicht weiter überraschend wird die CBD daher von Organisationen indigener Völker oftmals mit Hinweis abgelehnt, dass sie nicht ihr Selbstbestimmungsrecht an den Anfang stelle, sondern sich auf die Frage des Zugangs zu ihrem traditionellen Wissen und ihrer genetischen Ressourcen beschränke. In diesem Zusammenhang wird auch angeführt, dass die CBD als Ziel habe, den Zugang zu den genetischen Ressourcen beziehungsweise zu traditionellem Wissen zu erleichtern, und somit den multinationalen Konzernen und ihrem Interesse der Patentierung in die Hände spiele.

Ein weiterer Kritikpunkt, den einige NRO äußern, besteht darin, dass die CBD die biologischen Ressourcen nicht mehr als gemeinsames Erbe der Menschheit behandelt, sondern den Staaten souveräne Rechte über ihre Ressourcen zuschreibt. Dies fördere die ökonomische Inwertsetzung von Natur, was letztlich eher den Weg zu ihrer weiteren Ausbeutung als zu ihrem Schutz weise. In diese Richtung geht auch die Kritik, die vorträgt, die CBD trage zur Privatisierung öffentlicher Güter und öffentlichen Wissens bei, wobei der Schritt, sie durch ABS-Regeln zur Handelsware zu machen und schließlich durch Patente zu schützen, dann nur noch konsequent in die falsche Richtung führe. Stattdessen sollten genetische Ressourcen und Wissen, sei es nun traditionell oder nicht, im Sinne eines gemeinsamen Erbes der Menschheit öffentlich verfügbar und allgemein zu zugänglich sein.

Die von Seiten der Industrie am häufigsten geäußerte Kritik gegenüber der CBD heißt, sie sei „in der Praxis unpraktikabel“. Dieses Argument vermag grundsätzlich nicht recht zu überzeugen, wenn man den nötigen Aufwand zur Umsetzung der CBD mit dem tatsächlich betriebenen Aufwand zur Umsetzung von Pa-

tentschutzregeln vergleicht. Wenn man sich allerdings die praktische Umsetzung ansieht, so kommt man nicht umhin, einzugestehen, dass es sich hier um eines der wesentlichen Probleme der CBD handelt. Beispielsweise kommt das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in einer Untersuchung zu dem Schluss, dass die Philippinen zwar das erste Land waren, dass die Regeln der CBD in nationale Gesetzgebung überführte, dass aber andererseits die tatsächliche Umsetzung dieser Gesetze erhebliche Defizite aufweist.

Eckpunkte des Verhandlungsprozesses innerhalb der CBD

Die in der CBD festgehaltenen Regeln für Zugang und gerechten Vorteilsausgleich stellen lediglich den Rahmen eines Konzeptes dar, das der weiteren Ausdifferenzierung bedarf. Die Bonn Guidelines für Access and Benefit-Sharing stellen einen solchen Versuch dar, der allerdings durch zwei Defizite gekennzeichnet ist: erstens sind die Richtlinien unverbindlich, zweitens kaprizieren sie sich auf den Zugangsaspekt und vernachlässigen das Benefit-Sharing. Insbesondere enthalten sie keinerlei Verpflichtungen für sogenannte Nutzer-Länder, also für die Staaten des Nordens, die sich weiter hartnäckig weigern, ihre Patentrechte zu verändern, oder ihre multinationalen Konzerne anderweitig auf die Einhaltung der CBD-Regeln zu verpflichten.

Interessanterweise nahezu zeitgleich mit der Bonner ABS-Konferenz vom Oktober 2001 haben sich eine ganze Reihe von Ländern, die sich durch ein hohes Maß an biologischer Vielfalt auszeichnen, zur Gruppe der sogenannten Megadiversen zusammen geschlossen. Ein konkretes Ergebnis war der Beschluss auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, der dazu aufforderte, ein internationales Regime zum Benefit-Sharing unter dem Dach der CBD auszuarbeiten.

Damit haben die Megadiversen einen wichtigen Teilerfolg errungen. Zwar wollten sie das Ziel eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrags erreichen, mussten hier jedoch Konzessionen an die USA und die EU machen. Während die USA das Ansinnen generell ablehnte, wollten die Europäer unbedingt eine neue Verhandlungsarena verhindern, die - möglicherweise in weitgehender Unabhängig-

keit von der CBD - völkerrechtlich verbindliche Regeln zum Benefit-Sharing festschreiben könnte. Vor allem das Bundesumweltministerium fürchtete um die internationale Anerkennung der Bonn Guidelines, die es als Erfolg der deutschen Diplomatie sieht. Der Hinweis auf die CBD kam beiden entgegen, da die USA als Nicht-Vertragsstaat der CBD von möglichen Konsequenzen einer Vereinbarung zum Benefit-Sharing nicht betroffen wären.

Nichtsdestoweniger bedeutet der Johannesburg-Prozess eine Herausforderung für die Industrieländer. Deutlich wird das vor allen Dingen an der Debatte um den völkerrechtlich nicht definierten Begriff „Regime“. Die Megadiversen sehen darin den Auftrag zu einem völkerrechtlich verbindlichen Protokoll unter der CBD; die Industrieländer bestreiten dies, indem sie darauf hinweisen, dass der Beschluss dann auch exakt diese Formulierung enthalten müsse. Diese juristische Fingerhakelei wird vermutlich politisch entschieden werden.

Die Termine dafür stehen bereits fest. Vom 1. – 5. Dezember trifft sich in Montreal (Kanada) die Working Group on Access and Benefit Sharing (quasi die Nachfolgeveranstaltung der Bonner Konferenz vom Oktober 2001) zu ersten Sondierungen. Und vom 9. – 20. Februar 2004 tagt in Kuala Lumpur (Malaysia) die 7. Vertragsstaatenkonferenz der CBD, auf der es hoffentlich gelingen wird, einige wichtige Pflöcke für ein Protokoll unter der CBD zum Benefit-Sharing einzuschlagen, das entscheidend dazu beiträgt, die Rechte der Menschen im Süden gegenüber dem Norden und den multinationalen Konzernen zu stärken.

Hartmut Meyer

Der Autor Michael Frein ist Referent für nachhaltige Entwicklung beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und VENRO-Vereiner im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung.

Der Autor Hartmut Meyer ist Koordinator der AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt und Entwicklung.



„Internationales Jahr“ für Naturschutzgebiete

Meere und Wälder brauchen schnelle Entscheidungen

Die 7. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über Biologische Vielfalt in Kuala Lumpur, Malaysia, 9. - 20. Februar 2004 soll über den dringend notwendigen Naturschutz für Urwälder und Meere entscheiden.

Urwälder und Meere befinden sich weltweit in einem alarmierenden Zustand: Nur noch 20 Prozent der ehemaligen Urwälder existieren heute noch in großen zusammenhängenden Gebieten. Meere werden zunehmend industriell ausgebeutet und verschmutzt. Um diese Lebensräume und ihre Artenvielfalt zu erhalten, muss auf der UN-Konferenz zum Schutz von Urwäldern und Meeren in Kuala Lumpur, Malaysia, im Februar 2004, die sofortige Einrichtung eines globalen Netzwerkes von Schutzgebieten beschlossen werden. Auf dem Weg dahin bildeten der Welt Park Kongress in Durban, Südafrika, im September 2003 und die Wissenschaftliche Vorbereitungskonferenz der CBD in Montreal, Kanada, im November 2003, Meilensteine. Die Deutsche Bundesregierung ist zum Erfolg verpflichtet.

Krise der Urwälder & Meere

Die Urwälder der Erde sind Lebensraum von zwei Dritteln der landlebenden Pflanzen und Tiere, wie z.B. Menschenaffen. Sie bieten Indigenen und traditionell lebenden Völkern eine Heimat und sind deren kulturelle Wurzeln. Die meisten Urwälder werden durch industriellen Holzeinschlag und die Umwandlung in landwirtschaftliche Flächen zerstört. Gegenwärtig sind nur 12 Prozent aller terrestrischen Ökosysteme, einschließlich der Urwälder, zum Schutz ausgewiesen.

Ozeane bedecken 70 Prozent der Erdoberfläche und beherbergen eine Vielzahl an Meeresorganismen, wie Wale und Korallen. Doch die Zeichen der Zerstörung sind allgegenwärtig: Ölverschmutzte Strände, abgestorbene Korallenriffe, leergefischte Gebiete. Wasser, Meeresboden und Organismen sind mit Giftstoffen belastet. Weltweit sind bisher nur 0,5 Prozent der Meere als Schutzgebiet ausgewiesen. Um die Meere weltweit zu schützen und zu regenerieren, sind Netzwerke von Schutzgebieten in den einzelnen Meeresökosystemen notwendig.

In Schutzgebiete investieren

Nur mit einem effektiven Netzwerk von Schutzgebieten kann das Artensterben aufgehalten werden. Die derzeit zum Schutz ausgewiesenen Gebiete existieren zum Teil nur auf dem Papier oder werden so schlecht gemanagt, dass das Ziel des Lebensraumschutzes verfehlt wird. Oft fehlt auch das notwendige Geld für effektive Schutzmaßnahmen insbesondere der laufenden Kosten für Personal.

Deshalb hat Greenpeace folgende Forderungen an Schutzgebiete gestellt: In Urwald-Schutzgebieten sollten jegliche industrielle Nutzung wie Holzeinschlag, Ölbohrungen, Goldsuche und Straßenbau verboten sein. Die Nutzung der Wälder um die strikten Schutzzonen herum, muss nach ökologisch nachhaltigen und sozialen Kriterien stattfinden. Einzigartiges Beispiel dafür: das weltweit anerkannte Waldzertifizierungssystem des Forest Stewardship Council (FSC).

In den Meeren sollten mindestens 40% strikt geschützt werden. Industrielle und zerstörerische Aktivitäten wie Fischerei, Öl- und Gasförderung, Sand- und Kiesabbau sind dort nicht erlaubt. Bei der Wahl der zu schützenden Meeresregionen sollten degradierten Gebieten, großen marinen Ökosystemen und der Hohen See Priorität eingeräumt werden.

Konvention über Biologische Vielfalt

Auf dem Weltgipfel zu Umwelt und Entwicklung 1992 im brasilianischen Rio de Janeiro war der dramatische Verlust an Arten, Habitaten und genetischer Vielfalt der Grund für die Verabschiedung der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD). Bis jetzt wurde diese von allen Ländern der Erde, außer Andorra, Brunei Daressalam, Irak, Somalia und den Vereinigten Staaten von Amerika, ratifiziert. Mit der CBD steht nach Rio ein völkerrechtlich verbindliches Instrument zur Verfügung. Ziel der CBD ist es, das weltweite Artensterben bis zum Jahr 2010 zu stoppen.

In Artikel 8 der CBD haben die Vertragsstaaten die Einrichtung eines Netzwerkes von Schutzgebieten ratifiziert, um die Ziele der Konvention zu erreichen. Bis heute bleibt diese Verpflichtung unerfüllt. Im Jahr 2002 haben sich die Staats- und Regierungschefs mit Bundeskanzler Schröder auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung verpflichtet den dra-

matischen Verlust an Arten und Lebensräumen bis 2010 stark einzudämmen. Auch wurde in Johannesburg die Etablierung eines globalen Netzwerkes von Schutzgebieten für Meere und Küsten auch jenseits der nationalen Zuständigkeit beschlossen. Die 7. Vertragsstaatenkonferenz befasst sich nun zum ersten mal mit Schutzgebieten und bietet somit eine einzigartige Chance für Fortschritte bei der Erreichung des „Zieles 2010“: Den Schutz der biologischen Lebensgrundlagen und der Artenvielfalt durch Schutzgebiete.

Der Fünfte Weltparkkongress – Klares Votum der Experten

Es war kein Zufall dass IUCN, die Internationale Vereinigung für Naturschutz, den alle zehn Jahre stattfindenden Weltparkkongress durch die unmittelbar bevorstehende Vertragsstaatenkonferenz der CBD politisch zu nutzen versuchte. Unter dem Titel „Schutzgebiete – Nutzen über die Grenzen hinaus“ und die Einladung von über 500 Vertretern Indigener Völker und lokaler Gemeinschaften sollte der Wert von Naturschutzgebieten auch für die betroffene Bevölkerung und somit als Beitrag für Armutsbekämpfung diskutiert werden. In über 30 parallelen Workshops wurden darüber hinaus die Probleme der Finanzierung, des effektiven Managements sowie die notwendige Erweiterung des bestehenden Netzwerkes diskutiert, um einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten zu können.

Durch einen unangemessenen Präsentationsmarathon fehlte leider oft die Zeit mit den Experten und Expertinnen aus aller Welt in die Tiefe zu diskutieren. Dennoch sind einige Probleme klar definiert worden: Es fehlen etwa 25 Mrd. US\$ jährlich, um sowohl die bestehenden Schutzgebiete zu erhalten, als auch für die Einrichtung und effektive Umsetzung der notwendigen neuen Schutzgebiete. Investiert werden jedes Jahr weltweit nur 8 Mrd. US\$ für Schutzgebiete und das vor allem in den reichen Ländern. Insbesondere die Abdeckung der laufenden Personalkosten bereitet vielen Entwicklungsländern Probleme. Das derzeitige Schutzgebietssystem deckt nicht alle Lebensraumtypen ab und ist nicht groß genug, um den Verlust an Biodiversität aufzuhalten.



Bezüglich der Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Entscheidungsprozessen über die Einrichtung von Schutzgebieten gab es eine Konfliktlinie: Auch die Industrie, vor allem die Bergbauindustrie, versuchte über die „Beteiligung von betroffenen Akteuren“ und die „nachhaltige Nutzung“, die in einigen Schutzgebietskategorien der IUCN zugelassen ist, den Fuß in die Tür der Schutzgebiete zu bekommen.

Leider hat es IUCN versäumt die Ergebnisse der Workshops, die z.T. klare internationale Ziele und Zeithorizonte entwickelten sowie völkerrechtlich verbindliche Abkommen forderten, zusammen zu führen und in die offiziell verabschiedeten Dokumente mit einfließen zu lassen. So sind der „Durban Accord“ und der „Durban Action Plan“ hinter den Möglichkeiten der klaren politischen Positionierung zurückgeblieben. Die „Botschaft zur CBD“, für viele Regierungsvertreter und NGOs mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht, wurde gar hinter verschlossenen Türen vom IUCN Sekretariat erarbeitet und viel sehr viel weicher aus, als die Diskussionsbeiträge vermuten ließen. Dennoch fordert diese Botschaft der über 3000 Experten von Durban, dass die CBD klare Ziele und Zeitschienen für die globale Einrichtung und Stärkung von Naturschutzgebieten verabschiedet, um das Ziel 2010 zu erreichen.

Die CBD Vorbereitungskonferenz (SBSTTA 9) – Politische Entscheidung ist vorbereitet

Im November 2003 trafen sich etwa 700 Delegierte der 188 CBD-Vertragsstaaten in Montreal, um den UN-Gipfel vorzubereiten (Subsidiary body of Scientific, Technical and Technological Advice, SBSTTA). Aufgabe der SBSTTA ist es, aus wissenschaftlicher Sicht Empfehlungen für die Vertragsstaatenkonferenz zu erarbeiten. Erstmals seit Unterzeichnung der CBD vor elf Jahren stand ein Arbeitsprogramm zu Schutzgebieten auf der Tagesordnung. Die Diskussion in Montreal zeigte dann auch gleich, dass dieses Thema ein hoch politisches ist. Leider war der Vorsitzende der Arbeitsgruppe überfordert. Er verlagerte die eigentliche Verhandlung des Arbeitsprogramms auf den vorletzten Abend, wodurch viele Vorschläge der im Sommer getagten Expertengruppe nicht mehr bearbeitet werden konnte.

Zur Verwunderung aller konnten langfristige Ziele und mittelfristige Ziele mit klar am „Ziel 2010“ orientierten Zeithorizonten im Konsens verabschiedet werden. Die Frage, wie verbindlich diese für

Kasten Beschlüsse der Vertragsstaaten:

Die Minister, die zur Sechsten Vertragsstaatenkonferenz der CBD nach Den Haag im April 2002 zusammen gekommen sind, haben ihre Verpflichtung zu dieser Verantwortung mit den strengst möglichen Worten zum Ausdruck gebracht:

„Anerkennend die Notwendigkeit von klaren Zielen und Zeithorizonten ... Wir verpflichten uns selber vom Reden zum Handeln über zu gehen ... Wir erkennen an, dass das Leben auf dem Spiel steht und sind deshalb bemüht die Anstrengungen unseres Einsatzes zu verstärken, um den Verlust der biologischen Vielfalt, dessen Rate zur Zeit alarmierend hoch ist, auf globaler, regionaler und nationaler Ebene bis zum Jahr 2010 aufzuhalten.“¹

Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg im September 2002,

- Wiederholten die zusammen gekommenen Staats- und Regierungschefs, dass die CBD „das Schlüsselinstrument für den Erhalt, die nachhaltige Nutzung von biologischer Vielfalt ist“²;
- Bestätigten sie, dass ihre Regierungen sich dem Ziel der signifikanten Reduktion der Verlustrate biologischer Vielfalt bis 2010 verpflichtet fühlen³; und
- Unterstrichen sie, dass „um dieses Ziel zu erreichen, die Verfügbarmachung von neuen und zusätzlichen finanziellen und technischen Mitteln für Entwicklungsländer notwendig macht“.⁴

¹ The Hague Ministerial Declaration of the Conference of Parties to the Convention on Biological Diversity, The Netherlands, 18 April 2002.

² WSSD, Plan of Implementation, Paragraph 44; see also CBD Strategic Plan, 2002

³ Ibid.

⁴ Ibid.

die Vertragsstaaten der CBD sein sollen, hat man für die Vertragsstaatenkonferenz offen gelassen. So befindet sich ein Paragraph „in Klammern“, wo es den Ländern überlassen bleiben soll sich nur einzelne Ziele herauszupicken, wenn sie es für angebracht halten. Dem gegenüber ist v.a. auf Drängen der Deutschen Bundesregierung ein Paragraph in Klammern aufgenommen worden, der legale Mechanismen, also Verbindlichkeit fordert. Dazu gehört das Monitoring der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen durch eine offene Arbeitsgruppe und einen Expertenpool.

Konkret empfiehlt der wissenschaftliche Beirat einen substantiellen Beitrag von Schutzgebieten zum 2010-Ziel, sowie

1. effektives Management der bestehenden und zu errichtenden Schutzgebiete,
2. Einrichtung eines globalen Schutzgebietssystems auf dem Land bis 2010 und bis 2012 für die Meere, und
3. effektive Beteiligung der indigenen Völker und lokalen Bevölkerung in Entscheidungsprozessen.

Die Vertragsstaatenkonferenz der CBD muss entscheiden

Für die UN-Konferenz zu Naturschutzgebieten (COP7 der CBD) in Kuala Lumpur, Malaysia, im kommenden Febru-

ar ist es nun wichtig, dass Regierungen, gemäß Artikel 8 der CBD, das Arbeitsprogramm für Schutzgebiete mit den vorgeschlagenen verpflichtenden Zielen und Zeithorizonten beschließen. Das Ziel muss die Einrichtung eines repräsentativen, umfassenden und globalen Netzwerks von Schutzgebieten bis spätestens 2010 sein. Zusätzlich ist es notwendig:

1. Moratorien auf alle industriellen Aktivitäten zu implementieren, die die Unversehrtheit von großen, weitgehend unberührten Ökosystemen bedrohen. Dies beinhaltet die Weiterentwicklung einer umfassenden Kartierung für intakte terrestrische oder marine Ökosysteme.
2. dass die Geberländer zur Implementierung substantiell Geld für die Schließung der Lücke von 25 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung stellen. Jede Nation sollte zu einem, seinen ökonomischen Möglichkeiten entsprechenden Beitrag angehalten werden.

Die Rolle der Deutschen Bundesregierung

Die deutsche Bundesregierung, insbesondere das BMU, beeinflusste sowohl in Durban als auch in Montreal durch eine entschiedene Haltung die Diskussionen und Entscheidungen sehr positiv. Nach



Jahren der Erarbeitung von unverbindlichen Arbeitsprogrammen im Rahmen der CBD (zuletzt 2002 zu Wäldern) stärkte sich dort die Einsicht, dass nur entweder völkerrechtlich verbindliche Abkommen oder die starke finanzielle Unterstützung die Umsetzung der Beschlüsse voran bringen wird. Beides bedingt sich gegenseitig.

Nun ist es an der Vertragsstaatenkonferenz die politischen Entscheidungen zu treffen. Entweder die Länder nehmen die Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs vom letzten Jahr ernst und verpflichten sich zur Einrichtung eines globalen Schutzgebietssystems, oder diese ver-

lieren völlig ihre Glaubwürdigkeit. Bundeskanzler Schröder muss nun persönlich dafür sorgen, dass die von ihm mitgetragenen Beschlüsse von Johannesburg auch von Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Heidemarie Wiecek-Zeul, und Bundesfinanzminister Hans Eichel mitgetragen wird. Beide sperren sich noch, den Naturschutz finanziell substantiell zu unterstützen. Dabei ist längst Stand der internationalen Diskussion, dass jeder nicht investierte Euro in Schutzgebiete die vielfachen volkswirtschaftlichen Kosten (z.B. durch Wüstung nach Abholzung, Ver-

elendung der lokalen Bevölkerung) nach sich ziehen wird. Und Schröder muss schnell handeln: Werden die Bundesregierung und die Koalition der Geberländer ohne finanzielle Zusage nach Malaysia fahren, gehen die kleinen Erfolgsaussichten für ein verbindliches Abkommen zu Naturschutzgebieten gegen Null und mit ihnen die Vielfalt an Arten, Habitate und genetische Ressourcen. Die Zeit muss also dringend genutzt werden.

Martin Kaiser

Der Autor ist Greenpeace-Experte für Wälder und internationale Naturschutzpolitik.

Weltweites Netz von Schutzgebieten gefordert

Naturschutzstrategie fördert nationale Umsetzung der CBD

Das Übereinkommen über die Biologische Vielfalt (CBD) ist in der öffentlichen Diskussion in Deutschland kaum präsent – dabei gewinnt ein Teilbereich der CBD, das Thema Schutzgebiete, immer mehr an Bedeutung.

Naturschutzverbände fordern daher von der 7. Vertragsstaatenkonferenz der CBD die Errichtung eines weltweiten Netzes von Schutzgebieten. In Deutschland soll die Errichtung von Schutzgebieten durch die Erstellung einer nationalen Naturschutzstrategie gefördert werden.

Die bisher im Verhältnis zu den beiden anderen Schwerpunkten (nachhaltige Nutzung genetischer Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich) des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt (CBD) vernachlässigte erste Säule Schutzgebiete steht zurecht im Mittelpunkt der 7. Vertragsstaatenkonferenz der CBD. im Februar 2004 in Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malaysias. Bereits bei der vorangegangenen Konferenz in Den Haag und bekräftigt durch den UN-Gipfel von Johannesburg war vereinbart worden, die Verlustrate an biologischer Vielfalt bis zum Jahre 2010 zu stoppen. Das wird die zentrale Herausforderung für das Treffen der CBD-Teilnehmer im Februar 2004, vor allem nachdem der Weltparkkongress der IUCN im südafrikanischen Durban mit einem ehrgeizigen Maßnahmenkatalog aufwartete.

Weltweites Netz von Schutzgebieten

Die IUCN schlägt der 7. Vertragsstaatenkonferenz vor, ein repräsentatives und effizient verwaltetes weltweites Schutzgebietsnetz einzurichten. Wichtig ist dabei der beim IUCN-Kongress geforderte Paradigmenwechsel, wonach Schutzgebiete zukünftig stärker die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen müssen, ohne ihren ursprünglichen Auftrag zum Schutz der Natur zu vernachlässigen. Das BMU will die konkreten Zielvorstellungen für die Schutzgebiete wegen der damit verbundenen größeren Verbindlichkeit in einem Zusatzprotokoll zur Konvention verankert wissen, stößt dabei aber national auf den Widerstand der GTZ und des BMZ und zwar vorwiegend wegen der damit verknüpften finanziellen Herausforderungen. Um ein repräsentatives weltweites Schutzgebietsnetz zu verwirklichen, sind schätzungsweise 25 Mrd. Dollar jährlich aufzubringen, davon eine Mrd. aus Deutschland. Widerstand gegen ein solches Protokoll kommt von nahezu allen afrikanischen, südamerikanischen und teilweise auch asiatischen Staaten.

Finanzierungsmöglichkeiten

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat in diesem Zusammenhang schon in Johannesburg die Einführung einer Abgabe für die Benutzung öffentlicher Räume bei internationalem Flug- und Schiffs-

verkehr gefordert, ein Vorschlag, der auf den Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) zurückgeht. Mit dem zu erzielenden gewaltigen Aufkommen könnten Armutsbekämpfung und Schutz der biologischen Vielfalt verwirklicht werden. Die Finanzmittel aus dem GEF (Global Environment Facility) sind dagegen bekanntlich äußerst begrenzt und müssen zudem für verschiedenen Aufgabenbereiche herangezogen werden.

Vorbereitung der COP 7

Die CBD ist im Gegensatz zur Klimakonvention in der öffentlichen Diskussion kaum präsent. Ein Grund für den DNR, in Kooperation mit der AG Biodiversität des Forums Umwelt und Entwicklung am 22. und 23.1.2004 in Bonn eine nationale Vorbereitungskonferenz durchzuführen, voraussichtlich in den Räumen des Bundesamtes für Naturschutz in der Konstantinstr. 110. Bitte merken Sie sich diesen Termin vor. Dabei wird es auch darum gehen, eine abgestimmte nationale Position und Vorschläge für den Schutz von Bergökosystemen zu entwickeln. Die Naturschutzverbände haben bereits einen ersten fünf Punkte-Plan diskutiert, der folgende Elemente enthält: 1. effektives Management für existierende Schutzgebiete, 2. Moratorium bei großindustrieller Nutzung großes zusammenhängender Gebiete, 3. Festlegung noch nicht identifi-



zierter Schutzgebiete bis 2010, 4. Einbindung der indigenen Bevölkerung und 5. Bereitstellung ausreichender Finanzmittel in Höhe von 25 Mrd. Dollar jährlich

Nationale Naturschutzstrategie

Aber auch auf nationaler Ebene soll es mit der biologischen Vielfalt vorangehen. Der DNR hat dazu aufbauend auf den Vorschlägen des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) Überlegungen für die Erstellung einer Nationalen Naturschutzstrategie entwickelt.

Bereits beim Gespräch der Naturschutzverbandsvertreter mit der Delegation des Bundesamtes für Naturschutz am 14. 11. 2002 wurde die Erstellung einer nationalen Naturschutzstrategie durch die Verbände besprochen. In der Zwischenzeit haben sich die Absichten des Rats für Nachhaltige Entwicklung (RNE), Teile einer solchen Strategie in der Nachhaltigkeitsstrategie zu verankern, weiter konkretisiert. Nach den bisher bekannten Absichten zur Ausformulierung der Nachhaltigkeitsstrategie besteht die Gefahr unnötiger Doppelarbeiten kaum noch. Vielmehr überwiegt die Möglichkeit der Naturschutzverbände, mit der Vorstellung einer eigenen Naturschutzstrategie Druck auf die zuständigen Stellen auszuüben und die Entwicklung entscheidend voranzutreiben. Eine nationale Naturschutzstrategie stellt den Unterbau und die Ergänzung einer Nachhaltigkeitsstrategie dar, die zwangsläufig im Naturschutzbereich als einem von mehreren Bestandteilen nur relativ wenige konkretisierte Ziele und Aussagen enthalten kann. Eine solche Naturschutzstrategie muss an den Ursachen der vielfältigen und bisher nicht gelösten Problemen des Naturschutzes ansetzen. Sie umfasst auch eine Biodiversitätsstrategie.

Wichtige Elemente

a) Konkrete quantifizierbare und prioritäre Zielvorgaben und Indikatoren mit geeigneten Umsetzungsmaßnahmen, Festlegung von Zuständigkeiten und des nötigen Finanzbedarfs, neue Ziele, wie z.B. Bestimmung von Flächenanteilen für die Entwicklung von Wildnis- und Kulturlandschaftsbiotopen, die Erhaltung und Wiederherstellung unzerschnittener Räume und der Verbesserung der Qualität und Struktur von Oberflächengewässern

b) Absoluter Schwerpunkt: Integration von Naturschutzaspekten in alle relevanten Politikbereiche. Internalisierung von Problemverantwortung.

- Raumordnungspolitik: Berücksichtigung naturschutzbezogener Flächenvorrangplanung und Konzentration auf Innenbereiche bei Raum-, Bauleitplanung und Städtebauförderung
- Verkehrspolitik: naturschutzverträgliche Verkehrsinfrastruktur, Bundesverkehrswegeplan, Bundesfernstraßen- und Eisenbahngesetz, Minimierung von Zerschneidungseffekten in schützenswerten Räumen
- Agrarpolitik: naturschutzverträgliche Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Fachgesetze, Förderung Naturschutzmaßnahmen bei GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz)
- Forstwirtschaft: naturschutzverträgliche Reform von BJagd und BWaldG
- Tourismus: Schwerpunkt umweltverträgliche Tourismusangebote durch Umschichtung der Tourismusförderung Fahrrad-Wander-Wassersporttourismus in Deutschland; integrierte ländliche Regionalentwicklung, Förderung Natururlaub in Deutschland
- Energiepolitik: Leitlinien für naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien
- Bildung und Forschung: verstärkte Förderung von Umweltbildung und Umweltforschung, Langfristprognosen zur Naturentwicklung
- Finanzpolitik: UVP Haushalt, Sicherung ökologisch wertvoller Flächen im Bundesbesitz, Reform Grundsteuer (kombinierte Flächen- und Bodenwertzuwachssteuer)
- Entwicklungspolitik: UVP für Fördermittel von Exportkrediten, keine Förderung von Großprojekten mit erheblichen negativen ökologischen Auswirkungen; Durchsetzung von Konzepten einer regional-integrierten Entwicklung
- Verteidigungspolitik: Sanierung und Managementpläne für ehemalige Militärstandorte

Wichtig: negative Erfahrungen bei der Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie zeigen: erforderlich sind die Analyse der Problemverantwortung im jeweiligen Verursacherbereich; die Konkretisierung der übergreifenden Ziele der nationalen Na-

turschutzstrategie für die einzelnen Politiksektoren; klare Ergebniskontrolle anhand aussagekräftiger Indikatoren; Koordination und Überprüfung durch den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung; Ausbau der Strategischen Umweltprüfung (SUP) als zentrales Instrument zur Überprüfung von Alternativen zu bestehenden Plänen und Programmen. Vorbereitung der SUP durch Landschaftsplanung.

- c) Modernisierung Naturschutzrecht
- Verstärkung der Leitfunktion des BNatSchG durch detaillierte Standards für den Einsatz der Instrumente; einheitliche Bereitstellung von Informationen und einheitliche Bewertung von Naturgütern, evtl. durch Normung
 - Verzahnung von konzeptionellen Instrumenten (SUP, Landschaftsplanung, EG-Wasserrahmenrichtlinie) mit den auf den Einzelfall bezogenen Instrumenten (UVP, Eingriffsregelung, Flächen- und Objektschutz) bei Verschärfung der Einzelinstrumente, z.B. der Eingriffsregelung
 - Darstellung der Ziele des Naturschutzes von bundesweiter und internationaler Bedeutung durch Bundeslandschaftskonzept

- d) Naturschutzstrategien vor Ort
- Kooperation mit Nutzern, zur Akzeptanzsteigerung und Verringerung von Umsetzungsdefiziten
 - Vermeidung von erheblichen ökonomischen Nachteilen bei der durch Naturschutzmaßnahmen betroffenen Bevölkerung
 - Bessere qualitative und quantitative Ausstattung der Naturschutzbehörden
 - Anpassung des Naturschutzes an unterschiedliche räumliche Bedingungen (Konzept der differenzierten Landnutzung); Vorrangfunktion Naturschutz (Totalschutz, eingeschränkte Landnutzung), Integration von Naturschutz und Nutzung (naturverträgliche Landnutzung mit Auflagen), Vorrangfunktion für Nutzungen

e) Erarbeitung eines theoretischen Überbaues, Theorie des Naturschutzes mit ethischen und anderen Ansätzen

Helmut Röscheisen

Der Autor ist Generalsekretär des Deutschen Naturschutzringes, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR).



Biologische Globalisierung - biologische Invasionen?

Auswirkungen eingeschleppter Arten auf die biologische Vielfalt

Dass es biologische Invasionen weltweit gibt, ist unbestritten. Jedoch ist das Ausmaß der Auswirkungen auf Ökosysteme und Artenvielfalt in Deutschland und weltweit unterschiedlich, z.T. besser z.T. schlechter bekannt, unterschiedlich untersucht und auch von Wissenschaftlern unterschiedlich bewertet. Bedrohen die Invasoren heimische Floren und Faunen oder bereichern sie sogar die Artenvielfalt?

Die Auswirkung biologischer Invasion ist noch sehr umstritten und muss von Einzelfall zu Einzelfall unterschiedlich bewertet werden. Allgemeine Aussagen werden dadurch erschwert, dass die Problematik der biologischen Invasionen noch recht jung ist und die Einschätzung der Auswirkungen längere Untersuchungs- und Beobachtungszeiträume verlangt. In der Tagespresse jedoch wird immer wieder von neuen z.T. spektakulären Vorfällen von eingeschleppten Arten berichtet.

Neobiota

Diese Invasoren werden wissenschaftlich (in Mitteleuropa) unter dem Begriff „Neobiota“ zusammengefasst. Darunter versteht man die Gesamtheit nichteinheimischer Pflanzen- und Tierarten, die seit 1492 (Entdeckung Amerikas) mit direkter und indirekter Hilfe des Menschen in neue Gebiete gelangten, in denen sie vorher nicht vorkamen. Man findet im internationalen Sprachgebrauch jedoch die unterschiedlichsten Bezeichnungen wie alien, exotic, pest, invader etc. Die deutsche Terminologie ist weltweit nicht anerkannt und es wird ein einheitliches Klassifizierungssystem gefordert, das eine internationale Standardisierung der Nomenklatur ermöglicht.

Die Globalisierung der Arten begann – und hält bis heute an – durch die Entdeckung Amerikas, Überwindung natürlicher Barrieren (Meere etc.), zunehmenden weltweiten Handel, Ausbau der Verkehrswege etc.

Biologische Invasionen in Deutschland

Biologische Invasionen stellen auch in Deutschland ein weit verbreitetes Phänomen dar. Man geht von insgesamt mehr

als 12000 nichtheimischen Pflanzenarten aus, die nach Deutschland eingeführt wurden. Davon sind ca. 650 Arten etabliert. Das entspricht 22% der Gefäßpflanzenflora (3062 bekannte Arten) Deutschlands. 277 eingebürgerte Arten bilden stabile Populationen in natürlichen bis naturnahen Gesellschaften aus und sind demnach konkurrenzfähig (Agriophyten). Zur Zeit werden 20-30 Neophyten als problematisch eingestuft und speziell bekämpft z.B. der Riesenbärenklau (*Heracleum mantegazzianum*). Bislang scheint in Deutschland keine Art durch eine eingeführte Art ausgerottet bzw. verdrängt worden zu sein. Sicher ist jedoch, dass auch in Deutschland Lebensgemeinschaften bzw. Pflanzengemeinschaften erheblich beeinträchtigt worden sind. Der namhafter Botaniker Kowarik hat eine Regel hergeleitet, die das Verhalten fremder Arten beschreibt: von 1000 eingeführten Arten kommen 100 spontan vor, 20 können sich in anthropogener, nur 10 in naturnaher Vegetation etablieren. So ist die Problematik der eingeschleppten Arten und die Vorfälle in Deutschland jedoch oft wenig spektakulär und oft werden diese nur von Fachleuten bemerkt.

Auswirkungen außerhalb Europas

Außerhalb Europas erreicht die Problematik der invasiven Arten wie z.B. in Nordamerika, Australien, Neuseeland, Hawaii, Victoriasee etc. bedeutend größere Ausmaße. Der in den Victoriasee ausgesetzte Nilbarsch hat mehr als 100 endemische Fischarten ausgerottet. Auf der Pazifikinsel Guam ist durch vermutlich erst gegen Ende des 2. Weltkrieges eingeschleppte Braune Nachtbaumatter ein Großteil der heimischen Vogelfauna ausgerottet worden. Auf Hawaii sind 946 der insgesamt 2700 Pflanzenarten nicht einheimisch und 800 einheimische Arten sind ernsthaft bedroht. Die Aussterberate steigt bedeutend an. So können als Folge durch invasive Arten beträchtliche wirtschaftliche Schäden auftreten. In den USA wird der Schaden für die Landwirtschaft auf jährlich 2-3 Milliarden US-Dollar geschätzt. Rechnet man die Verluste aus Viehzucht, Gartenbau und Forstwirtschaft dazu, steigen die jährlichen Kosten auf 3,6 bis 5,4 Milliarden US-Dollar an.

Dementsprechend haben Untersuchungen ergeben, dass eingeschleppte Arten

sich besonders erfolgreich in Regionen ausbreiten können, in denen einheimische Lebensgemeinschaften bzw. Ökosysteme nicht mehr intakt sind, wie z.B. verschmutzte Flussläufe, Seehäfen, Städtische Ballungszentren, Agrarlandschaften. Man vermutet, dass manche fremden Arten ohne diese Störungen durch den Menschen sich nicht hätten dauerhaft ansiedeln können. So sind dagegen Habitate, die weitestgehend intakt sind z.B. unbelastete Gebirgszüge, auffallend gering von fremden Arten besiedelt.

Warum sind diese fremden Arten oft so erfolgreich?

In den neuen Gebieten kommen ihnen i.d.R. eine Reihe von Faktoren zu gute. So fehlen i.d.R. die natürlichen Feinde wie Schadinsekten, Krankheitserreger, Konkurrenzpflanzen etc., die in der ursprünglichen Heimat die betreffenden Arten begrenzen. So ernähren sich von der Kanadischen Goldrute (Neophyt in Europa) in ihrer Heimat Nordamerika etwa 290 Fraßinsektenarten. In Europa ist es keine einzige!

Sind Neophyten ein Problem und bedrohen heimische Arten oder bereichern sie die Artenvielfalt? Das kann nur im Einzelfall entschieden werden und es gibt keine allgemeine Aussage über Neophyten insgesamt. Sie können die Artenvielfalt, den Nutzen enorm bereichern, wenn sie eine Nische finden ohne andere Arten zu verdrängen. Zur Bedrohung werden eingeschleppte Arten, wenn sie heimische Arten verdrängen, Fauna/Flora verfälschen, ökologische und wirtschaftliche Schäden verursachen (z.B. anderes Wurzelverhalten von Neophyten an Ufern) oder Parasiten bzw. Krankheitserreger eingeschleppt werden. Es darf nicht zu einer Verarmung der Artenvielfalt bzw. der genetischen Vielfalt oder zu einer Homogenisierung der Ökosysteme kommen. Daher müssen eingeschleppte Arten von der Wissenschaft kontinuierlich untersucht werden.

Bettina Oehmen

Die Autorin ist Mitarbeiterin in der Projektstelle des Forums Umwelt und Entwicklung.

Literaturtipp:

Kegel, Bernhard (2001): Die Ameise als Tramp. Von biologischen Invasionen. TB-Ausgabe. Heyne-Verlag.



Foto: Retter den Regenwald

WildwestLB in Ecuador Ölprojekt versinkt in Katastrophen

Die "WestLB-Pipeline" gefährdet inzwischen den inneren Frieden in Ecuador. Als Folge des Baus drohen blutige Auseinandersetzungen und die Vernichtung tropischer Regenwälder selbst in Naturschutzgebieten. Dort wehren sich zahlreiche indigene Völker verzweifelt gegen die Vernichtung ihrer Lebensräume.

Die WestLB steht an der Spitze des Bankenkonsortiums, das die gerade fertig gestellte zweite Ölpipeline in Ecuador mit einem Kredit über 900 Millionen Dollar finanziert hat. Obwohl die Düsseldorfer Bank inzwischen auf dem Papier als Aktiengesellschaft firmiert, ist sie immer noch zu 100 Prozent in öffentlich-rechtlichem Besitz. Größter Anteilseigner ist das Land NRW. Bereits letztes Jahr war die WestLB

wegen der Finanzierung der Ölpipeline in die Schlagzeilen geraten (vgl. Rundbrief 3/2002, S.30). Ein Gutachten zum Pipeline-Projekt hatte „substantielle Nichtübereinstimmung mit allen vier zutreffenden Sozial- und Umweltstandards der Weltbank ergeben“. Die WestLB kümmert sich jedoch nicht um die Folgen des von ihr finanzierten Projektes – angeblich verfügt sie nicht einmal über entsprechende Informationen. „Wir möchten um Verständnis bitten, dass wir nur zu Sachverhalten Stellung nehmen können, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der OCP-Pipeline stehen, da die Bank nur hierzu über direkte Informationen verfügt“, schrieb sie am 13. 11 2003 an Retter den Regenwald. Die Organisation hatte die Bank unter anderem aufgefordert, sich vor Ort selbst ein Bild über die kata-

strophalen Folgen von OCP zu machen. Die WestLB lehnte das ab.

Schon seit dem Frühjahr 2001 muss die WestLB einen internationalen Proteststurm über sich ergehen lassen, den in solchen Ausmaßen bisher kein deutsches Kreditinstitut erlebt hat. Die Verantwortung dafür tragen die Führungsspitze der WestLB und ihre Anteilseigner, die trotz aller Warnungen und Gutachten in Wildwest-Manier blindlings in das Abenteuer Ölpipeline Ecuador gerannt sind. Konsequenterweise steckt die Bank heute in einem Finanzierungsgeschäft, in dem ein Teil ihrer Projektpartner nachweislich mit kriminellen Methoden arbeitet, und bei dem es bereits während der Bauphase zu schweren Menschenrechtsverletzungen und schlimmen Umweltzerstörungen gekommen ist.



Suche nach Öl

Weil der WestLB-Pipeline momentan ausreichend Öl fehlt, ziehen die Konzerne alle Register. Bei dem Versuch, die "WestLB-Pipeline" künftig mit Öl zu füllen, schrecken die Geschäftspartner der Düsseldorfer Bank selbst vor Naturschutzgebieten nicht zurück, wie Recherchen von Rettet den Regenwald ergeben haben. Akut bedroht sind das Schutzgebiet Cuyabeno und der Nationalpark Yasuni, von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.

Die Ölsuche im so genannten Block 23, von der große Teile des traditionellen Lebensraumes der dort lebenden Quichua-, Ashuar- und Shuar-Ureinwohner aus der Region Sarayacu betroffen sind, ist direkte Folge des Baus der "WestLB-Pipeline". Bereits im Frühjahr 2001, noch vor Vertragsunterzeichnung zwischen WestLB und dem Betreiber der Pipeline, dem Ölkonsortium OCP, haben deutsche und internationale NGOs davor gewarnt, dass die Finanzierung und der Bau der Pipeline zu einem zweiten Ölboom auf Kosten vor allem der indigenen Bevölkerung im Amazonas von Ecuador führen werde. Bereits damals haben die NGOs auch vor der Gefahr gewaltsamer Konflikte als Folge der "WestLB-Pipeline" gewarnt.

Als Folge der WestLB-Pipeline werden derzeit die bisher noch intakten Regenwaldgebiete Ecuadors den Ölkonzernen angeboten. Kahlschlag, Umweltverschmutzung, Straßenbau, illegaler Holzschlag und unkontrollierte Besiedlungen werden sie zerstören und Konflikte auslösen. Die hier lebenden Stämme, darunter die Kichwas, Achuar und Zaparos, haben sich bereits gegen jede Ölförderung in ihren Stammesgebieten ausgesprochen.

Rettet den Regenwald liegen eindeutige Belege dafür vor, dass die WestLB-Geschäftspartner an vorderster Front und rücksichtslos agieren. Mit Bestechung und Drohungen wird die indigene Bevölkerung gespalten, ohne an die sozialen Folgen zu denken.

Unterdrückung von Widerstand

Anfang November wurde in Coca Angel Shingre, der Leiter der Rechtshilfe-NGO "Oficina de Derecho Ambiental" ermordet. Der Organisation war es gelungen, die vielen unterschiedlichen Stämme und Dorfgemeinschaften zu einen und ihnen beim Kampf gegen die Ölkonzerne zu hel-

fen. Mit diesem Anschlag hat der blutige Krieg um das Öl im ecuadorianischen Regenwald einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Mord ist eine öffentliche Drohung für alle kritischen Stimmen im Land. Ganz offensichtlich sollte mit dem Mord ein unerschrockener Kämpfer für die Rechte der Indigenen gegenüber den Ölfirmen aus dem Weg geräumt werden. Schließlich liegt die Stadt Coca im Zentrum der Ölförderung in Ecuador. Noch in diesem Dezember kann es zu gewaltsamen Konflikten zwischen der indigenen Bevölkerung und der Armee in der Region Sarayacu im südlichen Amazonas des Landes kommen. Dort will die argentinische Southern Cross Group gegen den erbitterten Widerstand großer Teile der indigenen Urbevölkerung weiter nach Öl suchen. Der Bergbau- und Energieminister Colonel Carlos Arboleda, der als ehemaliges hochrangiges Mitglied der Militärführung Ecuadors über beste Kontakte zur Armee verfügt, hat mit dem Einsatz von Soldaten und Polizei gedroht, um die Ölfirma vor Protesten zu schützen.

Wegen der unsicheren Lage in der nördlichen Ölprovinz Sucumbios, die an Kolumbien grenzt und wo der Startpunkt der "WestLB-Pipeline" ist, hat das Auswärtige Amt inzwischen eine Reisewarnung für die Region ausgesprochen. Hintergrund sind vor allem Aktivitäten kolumbianischer Rebellen, die häufig auch auf ecuadorianischem Gebiet in Sucumbios agieren. Es besteht die akute Gefahr von Anschlägen auf die "WestLB-Pipeline", sobald diese in Betrieb geht, durch kolumbianische Rebellen, die sich gegen die ecuadorianische Regierung richten, weil diese den "Plan Colombia" der US-Regierung unterstützt. Vor der Gefahr solcher Anschläge haben deutsche und internationale NGOs ebenfalls bereits im Frühjahr 2001 gewarnt.

Umweltzerstörung

Beim inzwischen beendeten Bau der Pipeline ist es zu dramatischen Erdbeben gekommen, so etwa im Mindo-Naturreservat nordwestlich von Quito. Dort verläuft die Pipeline über einen extrem schmalen Berggrat in rund 2800 Metern Höhe. Rettet den Regenwald hat zahlreiche Erdbeben festgestellt und per Foto dokumentiert, durch die die gesamte Vegetation teilweise mehr als 300 Meter weggerissen wurde. Verantwortliche des Ölkonsortiums OCP haben fast 50 Erdbeben im Gebiet Mindo eingeräumt, dar-

unter mindestens fünf schwere. Es ist zu befürchten, dass hier die Pipeline keine drei Regenzeiten überstehen wird, ohne zu brechen. Damit ist eine Ölverseuchung der weltweit einzigartigen Bergnebelwälder programmiert.

In Mindo haben lokale Umweltschützer das Ölkonsortium OCP wegen der Naturzerstörungen beim Bau der Pipeline bereits auf 300 Millionen Dollar Schadensersatz verklagt. Inzwischen bereiten Dutzende Geschädigte entlang der Trasse ebenfalls Klagen vor. Weil die Ölpipeline durch solche Klagen auch ökonomisch fragwürdig wird, bröckelt das OCP-Konsortium. Der ecuadorianische Umweltminister César Narváez Rivera hat bestätigt, dass der italienische Ölkonzern Agip seine OCP-Anteile verkaufen wolle.

Gleichzeitig erklärte der Minister, OCP habe nach der billigsten Trassenführung gesucht und die Pipeline deshalb nördlich von Quito vorbei geführt. Naturschutzorganisationen hatten diese so genannte Nordroute heftig kritisiert, weil sie unter anderem das Mindo-Reservat durchschneidet, und eine Trasse südlich von Quito gefordert. WestLB und OCP hatten bisher auch gegenüber dem NRW-Parlament und der Regierung stets behauptet, die Nordroute sei gewählt worden, weil durch sie weniger Umweltschäden angerichtet würden. Bleibt die Frage: Lügt die WestLB oder der ecuadorianische Umweltminister?

Angesichts der dramatischen Lage in Ecuador fordern Umweltorganisationen wie Rettet den Regenwald von der Landesregierung und der WestLB, unverzüglich eine Delegation in das südamerikanische Land zu schicken, um sich selbst ein Bild von den Folgen der WestLB-Pipeline zu machen.

Fazit

Zweieinhalb Jahre nach Vertragsabschluss befindet sich die WestLB-finanzierte OCP in einem Umfeld, das abenteuerlicher kaum sein könnte. Der Präsident ohne Macht, die Pipeline ohne ausreichend Öl, die geschädigte Bevölkerung ohne angemessene Wiedergutmachung, die Wirtschaft am Boden, der Staat praktisch pleite - und die WestLB mitten drin.

Werner Paczian

Der Autor ist Sprecher von Rettet den Regenwald.



Hirtenvölker verlangen Anerkennung als Bewahrer biologischer Vielfalt

Warnung vor den Gefahren der Gentechnik bei Nutztieren

Hirtenvölker gehören zu den ärmsten und am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Aber in der so genannten Gen-Ära erfüllen Hirtenvölker eine entscheidende Rolle, die für die gesamte Menschheit von Bedeutung ist: Sie sind Bewahrer wichtiger tiergenetischer Ressourcen, die für die Zukunft der Tierproduktion von unermesslichem Wert sind.

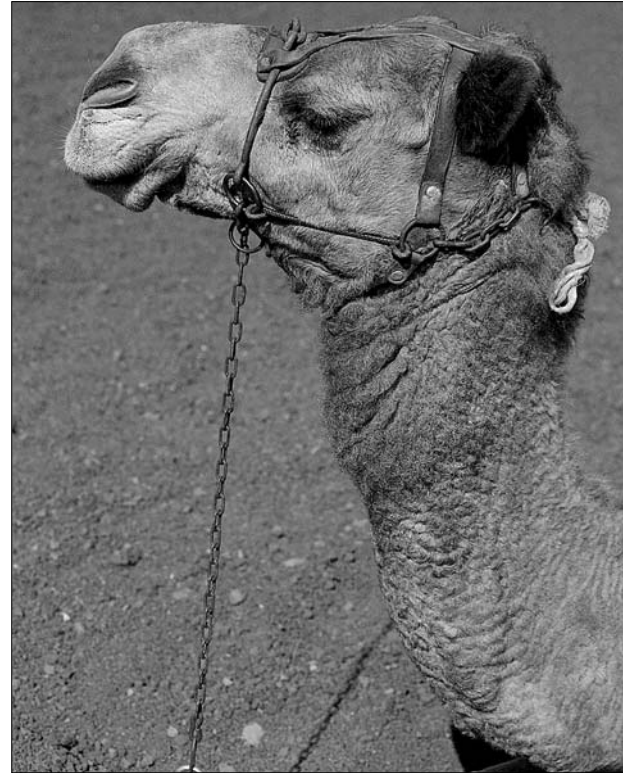
Hirtenvölker besiedeln abgelegene Gebiete mit schwacher Infrastruktur und schwierigen Umweltbedingungen; außerdem stellen sie meist ethnische Minderheiten dar, die sich von den politisch dominanten Gruppen kulturell unterscheiden. Daher werden sie von den meisten Regierungen – mit Ausnahme der Mongolei – stiefmütterlich behandelt. Aber auch wenn Entwicklungsbemühungen durchgeführt werden, sind diese selten von Erfolg gekrönt. Nomadische Viehwirtschaft wird als rückständig angesehen und bringt Experten, deren Vorstellungen vom westlichen Modell der (Intensiv)Tierhaltung bestimmt sind, regelrecht zur Verzweiflung. Ökologen und Ethnologen haben zwar darauf hingewiesen, dass mobile Tierhaltung oft die einzige Option darstellt, um die ausgedehnten Trockengebiete der Erde zu nutzen, und dass dieser Lebensweise komplexe traditionelle Wissenssysteme und soziale Strukturen zugrunde liegen. Dennoch sehen Regierungen ihre Hirtenvölker eher als Bürde, denn als Bereicherung an und würden sie am liebsten sesshaft machen. Daher wurde die Tatsache, dass Nomaden viel zum Erhalt von Biotopen und der Biodiversität beitragen, kürzlich beim World Parks Congress (Anfang September in Durban) besonders herausgestellt und führte zur Formation einer World Association of Mobile Indigenous Peoples (www.danadeclaration.org).

Bewahrung genetischer Eigenschaften

Aber in der so genannten Gen-Ära erfüllen Hirtenvölker noch eine weitere wichtige Rolle, die für die gesamte Menschheit von Bedeutung ist: Sie sind Bewahrer wichtiger tiergenetischer Ressourcen, die für die Zukunft der Tierproduktion von unermesslichem Wert sind. Nomaden halten ihre Tiere nicht unter

den üblichen standardisierten Bedingungen, in exakt abgemessenen und klimatisch sorgfältig kontrollierten Ställen mit genau kalkulierten Futterrationen, sondern setzen sie tagtäglich dem Walten der Natur aus. Daher haben sich in ihren Tieren einige genetische Eigenschaften erhalten, die bei nur auf Leistung gezüchteten Tieren schon lange weggezüchtet wurden. Zu diesen Attributen gehören zum Beispiel Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten, die Fähigkeit mit stark schwankenden Futterangebot fertig zu werden, Dürreresistenz, Mutterinstinkte, Fruchtbarkeit, oder Geschmackseigenschaften. Besonders Widerstandsfähigkeiten gegen Krankheiten und Parasiten sind zunehmend gefragte Eigenschaften. Denn die jahrzehntelange einseitige Selektion nur auf Leistung – Milchmenge und Frohwüchsigkeit – hat unser Nutztier anfällig gegenüber Krankheiten gemacht. Dazu kommt, dass die krankheitsübertragenden Organismen zunehmend Resistenzen entwickeln, während Verbraucher immer mehr Wert auf gesunde Ernährung und Nahrungsmittel legen, die frei von Antibiotika und anderen Rückständen sind.

Mit Hilfe der Genomanalyse ist es jetzt möglich, diese Merkmale bestimmten Abschnitten des genetischen Codes zuzuordnen. Das ermöglicht Wissenschaftlern nicht nur festzustellen, welche Tiere Träger dieser Gene sind, sondern erweckt auch Hoffnungen, diese gewünschten Eigenschaften mittels Gentechnik in andere Tiere einzupflanzen. So träumen Wissenschaftler von genetisch modifizierten Tieren, die die Produktivität von Hochleistungsrassen mit der Widerstandsfähigkeit von Landschlägen verbinden. Auf Gen-Technik basierende Technologien zur Verbesserung der Tierproduktion und der Tiergesundheit werden daher als sehr aussichtsreich angesehen und waren vor kurzem Thema eines FAO Trainingskurses für Entwicklungsländer (www.fao.org/ag/age/d3/mc/symposium20003.html). Auch ILRI, das Internationale Livestock Research Institute des CGIAR, und seine



Sponsoren setzen ihre Hoffnungen auf diesen Zweig der Biotechnologie und anlässlich der CGIAR Jahresversammlung Ende Oktober in Nairobi wurde ein neues Biotechnologiezentrum dazu eingeweiht.

Zweifelhafter Nutzen der Forschung für die Hirtenvölker

Aber was nützt diese Art der Forschung den Hirtenvölkern, die viele dieser Rassen geschaffen haben, deren Gene jetzt Begehrlichkeiten wecken? Wie sieht es mit den Eigentumsrechten aus, wenn Gene aus Rassen, die von Hirtenvölkern erschaffen wurden, zur Verbesserung der Tierproduktion an anderen Orten eingesetzt werden? Können die Maasai geistiges Eigentumsrecht geltend machen, wenn eine genetische Eigenschaft ihrer Tiere durch Wissenschaftler patentiert wird? Wie sollte ein eventuelles rechtliches Regelwerk zur Sicherung der Rechte von Hirtenvölkern an ihren genetischen Ressourcen aussehen?

Um diese komplexen Fragen zu diskutieren, hatten die Intermediate Technology Development Group East Africa (ITDG-EA) und die Liga für Hirtenvölker vom



27.-30.10. etwa 40 Vertreter von Hirtenvölkern, sowie NROs, Fachleute und Regierungsvertreter nach Karen, einem Vorort von Nairobi, eingeladen. Besonders zahlreich vertreten waren Pastoralisten aus Kenia – Maasai, Samburu, Somali, Gabbra, Turkana, Rendille und Pokot – mit denen ITDG-EA schon lange zusammen arbeitet. Aber auch Delegierte aus der Mongolei und Indien, sowie aus Kamerun, Uganda, Äthiopien, Nigeria, Tansania waren präsent, abgerundet durch ITDG-UK, und den in der Schweiz angesiedelten Weltviehzüchterrät. Sogar die Welternährungsbehörde (FAO) schickte eine Beobachterin. Die kenianische Regierung drückte ihr Interesse durch Entsendung eines hochrangigen Vertreters des Ministeriums für Viehwirtschaft aus, der eine Rede des Ministers verlas. Nach einer einführenden Präsentation, die einen Überblick über die Thematik gab, legten die Vertreter der einzelnen Hirtenvölker die Bedeutung ihrer tiergenetischen Ressourcen für ihre Existenz dar und erklärten Aspekte ihres tierzüchterischen Know-hows. Auf eindrucksvolle Weise wurde dabei klar, wie eng die Erhaltung der tiergenetischen Ressourcen mit dem Sozialgefüge und dem Fortbestand der jeweiligen Kulturen verflochten ist. Ein Beispiel dafür liefern die Bahima Hirten in Uganda, die das berühmte Ankole Rind entwickelt haben, das durch seine mächtigen Hörner beeindruckt, aber dessen Fleisch durch niedrigen Cholesterin Gehalt ausgezeichnet wird. Den Bahima sind in den letzten Jahren ihre Weidegründe verloren gegangen, sodass ihre traditionelle auf Rinderzucht aufbauende Existenzweise kaum noch möglich ist. Die Jugend wandert in die Städte, bzw. Slums ab und dies bedeutet den Untergang der Kultur sowie der tiergenetischen Ressourcen.

Eine ähnliche Situation wurde von den Raika Hirten in den Indien berichtet. Als Züchter von Kamelen, wertvollen Rinder- und Schafzassen, leisten sie einen erheblichen Beitrag zur Erhaltung der Vielfalt, aber leider wird diese Leistung vom Staat nicht anerkannt. Im Gegenteil, den Raika wird gepredigt, dass sie ihre nomadische Lebensweise aufgeben sollen und von allen Seiten werden ihre Weidegebiete eingeschränkt. Dadurch sieht die junge Generation in der traditionellen Viehzucht keine Perspektive mehr und sucht nach

anderen Existenzmöglichkeiten, eine Suche, die aber meist in Arbeit zu Hungerlöhnen in den großen Städten endet. Fast alle Hirtenvölker berichteten von verblüffend ähnlichen Problemen. Die einzige Regierung, die der nomadischen Lebensweise positiv gegenüber steht, ist die der Mongolei, aber auch hier verlieren die jungen Leute Interesse an der nomadischen Lebensweise.

Am zweiten Tag kamen die Fachleute zu Wort, so Professor Ekpere aus Nigeria, der Verfasser des „African Model Law“, der darauf drängte, dass afrikanische Länder eine einheitliche „Afrikanische Position“ für die tiergenetischen Ressourcen entwickeln und diese geschlossen bei Internationalen Verhandlungen einbringen. Ein Vertreter des kenianischen Industrial Property Instituts sagte zu, dass sein Institut sich in Zukunft mit den Fragen des Schutzes geistiger Eigentumsrechte von Hirtenvölkern auseinandersetzen würde. Ein Wissenschaftler von ILRI führte in seinem Vortrag aus, wie molekular-genetische Untersuchungen bewiesen haben, dass das Rind in Afrika selbst domestiziert wurde und nicht, wie bislang angenommen, als Haustier aus dem Nahen Osten eingeführt wurde. Ein wichtiger Beitrag zur Diskussion kam von Patrick Mulvany (ITDG-UK), der seine umfangreichen Erfahrungen mit der Verhandlung des internationalen Abkommens zu den pflanzengenetischen Ressourcen zusammenfasste und einen stufenweisen Aktionsplan für die vertragliche Absicherung von „Livestock Keepers' Rights“ darlegte.

Nach einer Exkursion zu den Maasai am dritten Tag des Treffens, diente der letzte Tag der Konferenz dazu, konkrete Empfehlungen zu erarbeiten. Diese richten sich an die verschiedenen Akteure in der Viehwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Der FAO wird nahe gelegt, dass sie in ihrem globalen Informationssystem zu den haustiergenetischen Ressourcen (DAD-IS) das indigene tierzüchterische Wissen berücksichtigt und dokumentiert. Wissenschaftler werden dazu angehalten, ihre Forschungen so zu gestalten, dass sie auch für indigene Tierhalter verständlich sind. Geberorganisationen werden aufgefordert, nur Forschung zu unterstützen, die wirklich den armen Bevölkerungsschichten, einschließlich der Nomaden, zu Gute kommt.

Erklärung von Karen

In der Erklärung von Karen („Karen Commitment“) verlangen die Teilnehmer, dass Regierungen und relevante internationale Organisationen und Behörden die historische und gegenwärtige Bedeutung von Hirtenvölkern und mobiler Viehwirtschaft für die Ernährungssicherheit und Existenzsicherung sowie für die Erhaltung der Umwelt und der nutztiergenetischen Vielfalt anerkennen. Ausdrücklich wird auf die wichtige Rolle von Hirtenvölkern bei der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung von haustiergenetischen Ressourcen hingewiesen. Außerdem wird auf ein verbindliches internationales Abkommen über tiergenetische Ressourcen und Viehalterrechte gedrängt. In Anlehnung an den Internationalen Vertrag über Pflanzengenetische Ressourcen sollten diese die folgenden Punkte beinhalten:

- Das Recht, Nutztiere auf Grundlage eigenen Wissens und eigener Vorstellungen weiter zu züchten, ohne befürchten zu müssen, dass dieses Wissen sich von Außenstehenden unrechtmäßig angeeignet wird oder der Zugang (Access) zu den tiergenetischen Ressourcen durch geistige Eigentumsrechte behindert wird
- Das Recht an Entscheidungsprozessen über tiergenetische Ressourcen teilzunehmen
- Das Recht auf Vorteilsausgleich (Benefit-sharing)
- Das Recht auf Anerkennung ihrer Rassen als ihr Eigentum und als Produkt ihres traditionellen Wissens

Andere wichtige Punkte beziehen sich auf einen globalen Aktionsplan für die Erhaltung von TGR durch Hirtenvölker, sonstige Gemeinschaften, die Viehzucht betreiben und durch relevante öffentliche Organisationen. Abschließend wird ein Moratorium gefordert auf die Verwendung von gen-modifizierten Tieren, bis ihre Sicherheit nachgewiesen ist.

Der genaue Wortlaut des Karen Commitments ist unter www.pastoralpeoples.org und www.ukabc.org einzusehen.

Ilse Köhler-Rollefson

Die Autorin ist Projektkoordinatorin der Liga für Hirtenvölker.
Kontakt: gorikr@t-online.de

Der Internationale Saatgutvertrag der FAO¹

Ambivalente Vertragsinhalte und großer Interpretationsspielraum

Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (PGRFA) sind die Grundlage sämtlicher Züchtungsanstrengungen im Nutzpflanzenbereich und somit Kernelement der Sicherung der Welternährung. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Einsatz der neuen Biotechnologien in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion gewinnt die Verfügung über bzw. der gesicherte Zugang zu diesen Ressourcen darüber hinaus auch politisch eine zunehmend strategische Bedeutung.

Die in der Landwirtschaft verwendeten pflanzengenetischen Ressourcen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass kein Land der Welt bei der Sicherung der notwendigen Bestände autonom ist. Im Gegensatz zu pharmazeutisch interessanten Pflanzenarten besteht eine hohe internationale Abhängigkeit beim Zugang zu Keimplasma, welches für die Weiterentwicklung der eigenen Nutzpflanzensorten von entscheidender Bedeutung ist. So weisen einzelne Nutzpflanzensorten beispielsweise Ausgangsmaterial aus über 50 verschiedenen Ländern auf. Wollte man die Modalitäten des Zugangs zu diesen Ressourcen strikt bilateral regeln und in diesem Kontext auch Regelungen treffen, die einen fairen Ausgleich für den jeweils zu erzielenden ökonomischen Nutzen des von anderen zur Verfügung gestellten Ausgangskeimplasmas vorsehen, müssten also möglicherweise über 1000 mal bilateral die entsprechenden Zugangs- und Ausgleichsregelungen ausgehandelt werden.

Da eine Nutzpflanzensorte jedoch nur für einen begrenzten Zeitraum wettbewerbsfähige Erträge erbringen kann und regelmäßig nach einigen Jahren auf der Grundlage erneuter Züchtungsanstrengungen wieder den veränderten ökologischen Gegebenheiten angepasst werden muss (Schädlingsbefall, Überwindung von Resistenzen), ist offensichtlich, dass eine strikt bilaterale Regelung von Zugang und Vorteilsausgleich keiner Seite nutzen würde, da der erforderliche Ver-



waltungsaufwand so hoch wäre, dass sämtliche ökonomischen Vorteile neutralisiert werden würden. Groß wäre jedoch die Gefahr, dass der bislang informell gehandhabte Multilateralismus beim Zugang und beim grenzüberschreitenden Austausch von PGRFAs zum Erliegen kommen würde.

Zugang und Zugangsverweigerung: der Internationale Saatgutvertrag

Der Zugang zu Keimplasma kann jedoch auch dann unterbunden werden, wenn die verbesserten Nutzpflanzensorten mit Rechten des geistigen Eigentums belegt werden. Die beiden gängigsten Rechtsinstrumente, die in diesem Kontext zum Einsatz kommen, sind Industriepatente und Sortenschutz (Züchterrechte). Beide Instrumente sprechen den jeweiligen Rechtsinhabern weitreichende Befugnisse zu, Dritten den Umgang mit dem geschützten Pflanzenmaterial – also z.B. neuen Nutzpflanzensorten – zu untersagen, sofern die entsprechenden Bedingungen nicht eingehalten werden, insbesondere also die Lizenzgebühren nicht bezahlt werden. Im Gegensatz zum Sortenschutz sind die einem Patentinhaber

zugestandenen Rechte sehr viel stärker. Insbesondere sind einige der gerade im Landwirtschaftsbereich wichtigen Einschränkungen im Patentsystem nicht vorgesehen. Dies betrifft zum einen die Möglichkeit der Züchter, lizenzfrei mit dem Keimplasma geschützter Sorten weiterzuarbeiten, um neues, verbessertes Pflanzmaterial auf dieser Grundlage zu erarbeiten (Züchtervorbehalt). Ein Patentinhaber ist nicht verpflichtet, die entsprechenden Nutzpflanzensorten bzw. das entsprechende Keimplasma Dritten zu kommerziellen Zwecken zur Verfügung zu stellen und kann möglicherweise erst nach langwierigen und teuren Gerichtsverhandlungen im Rahmen von Zwangslizenzen dazu gezwungen werden.

In gleicher Weise sind im Sortenschutz Möglichkeiten vorgesehen, den Farmern zu erlauben, Erntegut des Vorjahres auf den eigenen Feldern im Folgejahr wiederauszubringen (Nachbaumöglichkeit), und sich auf diese Weise vom Zwang, jährlich neues Saatgut zukaufen zu müssen, unabhängig zu machen. Auch diese Ausnahme ist im Patentrecht traditionell nicht vorgesehen, die im europäischen Rahmen verabschiedete Richtlinie zur Patentierung biotechnologischer Erfindungen, die von den EU-Mitgliedsstaaten nun in nationales Recht überführt werden muss, sieht allerdings in dieser Hinsicht gewisse Beschränkungen der einem Patentinhaber zugestandenen Rechte vor. Dennoch kommt der Ausschließlichkeitsscharakter auch weiterhin sehr viel stärker zum Tragen als bei den Züchterrechten, darüber hinaus ist in den Patentschutzsystemen anderer wichtiger Länder wie etwa der USA eine vergleichbare Ausnahme zugunsten der Weiterführung traditioneller Praktiken in der Landwirtschaft nicht vorgesehen.

Speziell der schutzrechtliche Umgang mit solchen pflanzengenetischen Ressourcen, bei welchen der gesicherte Zugang für die Aufrechterhaltung züchterischer Tätigkeiten in allen Ländern von zentraler Bedeutung ist, war ein umstrittenes Konfliktfeld bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen des International Seed Treaty der FAO und wird auch die Diskussionen um seine Implementierung do-



minieren. Dieser Vertrag konnte nach mehr als 7 Jahren intensiver diplomatischer Bemühungen am 03. November 2001 in Rom verabschiedet werden. Er ersetzt das International Undertaking, ein fast 20 Jahre altes, rechtlich aber unverbindliches Vertragswerk zum Schutz und zur Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen, dessen Bestimmungen in wichtigen Fragen an die Konvention über biologische Vielfalt angepasst werden mussten. Der International Seed Treaty soll die Modalitäten für den Zugang sowie die Nutzung der wichtigsten pflanzengenetischen Ressourcen regeln und enthält Bestimmungen, die sowohl die Anerkennung der Leistungen der Farmer betreffen wie auch Ansatzpunkte für einen fairen Vorteilsausgleich. Insbesondere soll ein multilaterales System für den erleichterten Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen für Landwirtschaft und Ernährung eingerichtet werden, welches sich zunächst auf das Keimplasma von 35 Nahrungs- und 29 Futtermittelpflanzenarten erstreckt, welche in einem Anhang zum Vertrag aufgeführt sind und möglicherweise im Zeitablauf um weitere Nutzpflanzenarten ergänzt werden können.

Institutionelle Bestimmungen

Die Umsetzung des Vertrags wird einem Lenkungsorgan (Governing Body) obliegen, welches sich aus den Vertretern aller Mitgliedsstaaten zusammensetzt. Das Lenkungsorgan wird im Zusammenhang mit der Förderung der vollständigen Durchführung des Vertrages insbesondere auch für die finanziellen Aspekte verantwortlich sein und die notwendigen Maßnahmen treffen, die für den Umgang mit den bereitgestellten oder eingenommenen Mitteln erforderlich sind – etwa die Einrichtung eines speziellen Treuhandkontos. Es ist für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen verantwortlich – insbesondere mit der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt, die von ihm mit Blick auf die Umsetzung der Vertragsbestimmungen in geeigneter Form unterrichtet werden soll. Änderungen des Vertrages bzw. der Anhänge werden ebenfalls von ihm geregelt. Darüber hinaus ist dieses Gremium zuständig für die Genehmigung der Bedingungen für die Zusammenarbeit mit den Internationalen Agrarforschungseinrichtungen (IARCs) sowie anderer Or-

ganisationen mit Blick auf den Zugang zu ex-situ-Beständen und für die Überprüfung und Änderung der Materialübertragungsabkommen (MTA). Alle Entscheidungen des Lenkungsorgans werden im Konsensverfahren getroffen, wobei jeder Mitgliedsstaat durch einen einzelnen Delegierten vertreten wird und eine Stimme hat. Der Saatgutvertrag tritt 90 Tage nach der Hinterlegung der 40. Ratifizierungsurkunde in Kraft, vorausgesetzt, dass mindestens 20 FAO-Mitgliedsstaaten dem Vertrag beigetreten sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde der Vertrag von 32 Ländern ratifiziert. Der Lenkungsausschuss beruft mindestens alle zwei Jahre eine ordentliche Tagung ein, bei welcher auch die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen sowie die Internationale Atomenergiebehörde ebenso wie alle Nichtvertragsstaaten mit Beobachterstatus anwesend sein können. Gleiches gilt im Prinzip auch auf spezifischen Antrag für Nichtregierungsorganisationen, sofern sie sich als kompetent auf den Gebieten der Konservierung und der nachhaltigen Nutzung Landwirtschafts- und ernährungsbezogener pflanzengenetischer Ressourcen ausweisen können. Die Anwesenheit von Nichtregierungsorganisationen kann allerdings auf Insistieren von mindestens einem Drittel der bei den jeweiligen Sitzungen anwesenden Delegierten auch untersagt werden. Auf seiner ersten Sitzung wird das Lenkungsorgan die Strategie zur Finanzierung der Umsetzung der Vertragsbestimmungen festlegen, die von da an regelmäßig überprüft werden soll. Bis zum Inkrafttreten des Vertrages (möglicherweise noch 2004) werden seine Funktionen interimistisch von der Kommission für pflanzengenetische Ressourcen in Landwirtschaft und Ernährung (CPGRFA) wahrgenommen, die sich im Oktober 2002 zu ihrer ersten Sitzung zu diesem Zweck in Rom traf.

Ambivalente Vertragsinhalte und großer Interpretationsspielraum

Der Saatgutvertrag, der das alte Undertaking nun mittlerweile abgelöst hat, ist damit zwar politisch erfolgreich auf den Weg gebracht worden, doch obliegt es von nun an insbesondere den für die Umsetzung verantwortlichen Körperschaften, wesentliche Bestimmungen des Vertragswerkes zu klären, um sicherzustellen, dass die Ziele der Bewahrung und

nachhaltigen Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen in Landwirtschaft und Ernährung sowie des fairen Vorteilsausgleichs im Einklang mit den Bestimmungen der Konvention über biologischen Vielfalt auch erreicht werden können.

Hierbei gewähren die jetzt vereinbarten Formulierungen ein hohes Maß an Interpretationsspielraum, welches zum gegenwärtigen Zeitpunkt so groß ist, dass auch Positionen, die sich gegenseitig ausschließen, von der verwendeten Vertragssprache abgedeckt zu werden scheinen. Dies gilt insbesondere für die Vergabe geistiger Schutzrechte für das dem gemeinsamen System entnommene Pflanzenmaterial. Während Vertreter der Entwicklungsländer auf der Basis der jetzt vereinbarten Formulierung einen Ansatzpunkt sehen, die Patentierung pflanzlicher Organismen sowie ihrer Bestandteile vollständig zu untersagen, unabhängig davon, ob nach der Entnahme eine gentechnische Modifikation erfolgte oder nicht, weisen die Industrieländer darauf hin, dass sich aus der gewählten Formulierung keinerlei Verpflichtung zu einer Änderung oder Einschränkung ihrer bisherigen Patentvergabepraxis ergibt.

Die verfügbare rechtswissenschaftliche Literatur weist darauf hin, dass lediglich die Vergabe solcher Schutzrechte auf das zur Verfügung gestellte Material gegen die Bestimmungen „verstößt“, welche geeignet sind, den erleichterten Zugang zu Forschungs-, Züchtungs- und Ausbildungszwecken in Landwirtschaft und Ernährung zu erschweren und betont in diesem Zusammenhang die Freiräume der Züchterausschüsse und das „Forschungsprivileg“. Beides ist aber in vielen Patentgesetzgebungen gar nicht formal verankert. Die Beschränkung von Forschungs-, Züchtungs- und Ausbildungstätigkeiten ist kompensationspflichtig, doch müssen die Modalitäten erst noch ausgearbeitet werden. Darüber hinaus erstreckt sich diese Kompensationspflicht möglicherweise weder auf funktionale Erbinheiten noch auf die Unterbindung der traditionellen Tätigkeiten der Farmer.

Achim Seiler

Der Autor ist Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), Kontakt: (seiler@medea.wz-berlin.de)

¹ Zum Thema Saatgutvertrag wird das Forum Umwelt und Entwicklung in Kürze eine Publikation herausgeben.



WTO: Hände weg von unserer Nahrung

Das Thema Umwelt spielte eine wichtige Rolle beim 2. Europäischen Sozialforum in Paris

Die Meldungen über die Teilnehmerzahlen bei der Demonstration im Rahmen des Europäischen Sozialforums in Paris am 15. November sind sehr uneinheitlich. Einige Zehntausend oder eine Million sollen es gewesen sein. Auf jeden Fall aber war der "Gentechnik-Maiskolben" des BUND mit dabei. Auf einem kleinen Wagen fuhr er mit den vielen AktivistInnen aus ganz Europa mit. Um ihn herum sammelten Friends of the Earth, BUND und Attac Aktivisten viele Tausend Unterschriften gegen den WTO Gentechnik Imperialismus der Bush Regierung.

Der Maiskolben war ein Symbol dafür, dass das Thema Umwelt beim zweiten europäischen Sozialforum eine stärkere Rolle spielte als noch vor einem Jahr in Florenz (siehe Forum Rundbrief 4/02 – „Aufbruch in Florenz“, S. 20). In vielen Plena, Foren und Workshops wurde über Umweltthemen diskutiert. Da ging es um die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf Umweltgesetze in Europa; um die absurde fortgesetzte Förderung der Atomkraft durch den EURATOM-Vertrag der EU; oder aber um die dreckigen Machenschaften europäischer Konzerne in aller Welt. Besonders erfreulich aus der Sicht eines Umweltaktivisten: die Umweltbewegung wurde als wichtiger Bestandteil der Bewegung für ein anderes Europa deklariert.

Gentechnik und WTO

Die wachsende Bedeutung des Umweltthemas war auch ein Erfolg von Friends of the Earth Europe und Amis de la Terre in Frankreich, die den Vorbereitungsprozess für Paris im letzten Jahr intensiv betreut haben. Aber zu danken ist sicher auch George Bush. Mit seiner mit neoliberalen Flöskeln begründeten Anti-Umwelt-Politik hat er viele in der Bewegung erst auf den engen Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und neoliberaler Globalisierung hingewiesen. Und seitdem Bush im Auftrag seines Großsponsors Monsanto im Mai 2003 vor der Welthandelsorganisation WTO gegen das EU-Gentechnik-Moratorium Klage eingereicht hat, ist das Thema Gentechnik und



Foto: Friends of the Earth Europe

WTO plötzlich hoch aktuell in der gesamten globalisierungskritischen Bewegung. In Deutschland ist das Thema Teil des Schwerpunktes Welthandel bei Attac geworden. Mit einer gemeinsamen Kampagne fordern Attac, BUND und BUNDjugend: WTO: Hände weg von unserer Nahrung. Im Januar und Februar wird eine 5mal5 Meter hohe Gentechnik-Tomate durch Deutschland touren um auf die drohende Gen-Food per WTO Zwangsverordnung deutschlandweit aufmerksam zu machen. Die deutsche Tour ist Fortsetzung einer europäischen Tour von Friends of the Earth Europe – die in Paris gestartet wurde. Die Gentechnik-Killertomate war in Paris ein gern gesehener Gast und auch als Treffpunkt sehr beliebt (siehe Bild).

Mit seiner WTO Gentechnik-Klage hat Bush uns geholfen aufzuzeigen, dass die WTO nicht die freundliche multilaterale Institution ist, für die sie die Bundesregierung immer noch deklariert. Die WTO ist eine Bedrohung für multilaterale Umweltregeln. Die Klage der USA führt schon jetzt dazu, dass die EU Kommission ihre Anstrengungen das EU Gentechnik Moratorium zu kippen verstärkt hat. Diese Versuche konnten am 10.11. 2003 durch aktive Lobbyarbeit europaweit noch einmal verhindert werden. Aber mit der WTO im Rücken ist zu befürchten, dass sich die EU Kommission schnell durchsetzt.

Angriff auf das Cartagena-Protokoll zur biologischen Sicherheit

Bushs WTO Klage ist auch ein Angriff auf das Cartagena-Protokoll zur biologischen Sicherheit, das am 11. September

dieses Jahres in Kraft trat. Das Cartagena Protokoll erlaubt explizit den Verbot von Gentechnik-Importen wenn Regierungen Schaden für Umwelt und Gesundheit fürchten. Die WTO Klage aber ist ein Signal der USA gerade auch an Entwicklungsländer: "Nutzt diese neuen Rechte des Cartagena Protokoll nicht. Denn wenn ihr es tut, dann zerrn wir Euch wie die EU – vor die WTO." In den letzten Jahren haben die USA bereits in Kroatien und Sri Lanka mit derartigen Drohungen die Einführung von Gentechnik Moratoria verhindert.

Der Gentechnik Streitfall war in Paris ein auffälliges Thema. Im Fernsehen, in Le Monde, auf der Straße. Er war das sichtbarste Umweltthema des Forums – nicht nur wegen der Maiskolben und Tomaten – sondern sicher auch, weil das Thema so direkt in Verbindung steht mit der Diskussion: Was folgt auf das Scheitern der WTO Konferenz in Cancun?

Das die richtige Antwort nicht ein Wiedererstarken der WTO sein kann, das zeigt der Gentechnik Streitfall – und dazu herrschte in Paris auch große Einigkeit zwischen gewerkschaftlichen, sozialen, entwicklungspolitischen und ökologischen Bewegungen.

Beteiligung deutscher Verbände und Akteure

Etwa 3000 Deutsche waren in Paris – wesentlich mehr als im letzten Jahr in Florenz. Attac und viele Gewerkschaften waren sehr prominent vertreten. Insbesondere die breite Beteiligung der Gewerkschaften war ein extrem positives Signal – und wurde von allen Bewegungen als sol-



ches ausdrücklich begrüßt. Beim Treffen der deutschen Teilnehmer sprachen unter anderem Frank Bsirske, Vorsitzende von ver.di und Horst Smithenner aus dem Vorstand der IG Metall. Sie sicherten ihre Unterstützung für eine europaweite Mobilisierung gegen den Sozialabbau zu – dem dominierenden Thema des Forums.

An der Beteiligung von Entwicklungs- und Umweltverbänden aus Deutschland hatte sich allerdings im Vergleich zu Florenz zu wenig geändert. Einige Verbände – z.B. WEED – waren sehr aktiv. Der BUND war aber leider erneut der einzige große deutsche Umweltverband der – u.a. gemeinsam mit der "Coordination

gegen Bayer Gefahren" – ein eigenes Forum (zu Strategien im Kampf für corporate accountability) anbot.

Greenpeace war allerdings selbstverständlich über das französische und internationale Büro prominent vertreten. Das Europäische Sozialforum hat keine griffigen Antworten auf die Frage wie ein anderes Europa aussehen soll gegeben. Das war nie das Ziel. Und doch hat es einige – gerade in der Presse – enttäuscht. Das Forum zeigte aber, dass die Zusammenarbeit verschiedener Bewegungen zunehmend gut funktioniert. Auch zwischen Umweltbewegung und globalisierungskritischer Bewegung. Mit der Kampagne:

"WTO: Hände weg von unserer Nahrung" wollen Attac, BUNDjugend und BUND im kommenden Jahr diese gemeinsame Arbeit weiter intensivieren.

Daniel Mittler

Der Autor ist Referent für internationale Umweltpolitik des BUND/Friends of the Earth Germany in Berlin und Mitglied im Leitungskreis des Forum Umwelt und Entwicklung.

Weiter Informationen zur Kampagne "WTO: Hände weg von unserer Nahrung" unter www.GENug-WTO.de unter www.bund.net/globalisierung und www.attac.de/gentechnik. Kontakt: Daniel Mittler, daniel.mittler@bund.net und Cornelia Reetz, cornelia@attac.de. Mehr zu den Friends of the Earth Aktivitäten in Paris unter www.foeeurope.org und zu Attac unter www.attac.de/esf2003.

Wasser und biologische Vielfalt als Handelsware?

Internationale Tagung der BUKO Agrar Koordination

Ob bei Saatgut, Pflanzen oder Tieren: Der weltweite Trend zur Privatisierung öffentlicher Güter ist nicht zu übersehen. Ähnlich sieht es mit der Privatisierung der Wasserversorgung aus: Eine Dienstleistung, die noch zu 95% weltweit in öffentlicher Hand ist, wird seit einigen Jahren im Norden wie im Süden zunehmend dem Spiel der multinationalen Unternehmen unterworfen.

Da Wasser und Biodiversität die essentiellen Bausteine für die weltweite Ernährungssicherheit liefern, fand vom 14.-16. Oktober 2003 die internationale Tagung, zu dem Thema „Wasser und biologische Vielfalt als Handelsware?“ -Perspektiven in der Auseinandersetzung um die Privatisierung öffentlicher Güter-, in Kooperation mit dem Eine Welt Netzwerk, in Hamburg, statt. Die TeilnehmerInnen aus Thailand, Malaysia, Indien, Sri Lanka und Deutschland diskutierten das Pro und Contra der Privatisierung von Wasserdienstleistungen und der biologischer Vielfalt in der Dritten Welt und in Deutschland. Im Mittelpunkt der dreitägigen Tagung standen die neusten Entwicklungen in Sachen Privatisierung im

Rahmen der Welthandelsorganisation und ihren Auswirkungen, auf die Länder des globalen Südens.

Devinder Sharma vom Forum für Biotechnologie & Ernährungssicherheit aus Indien, Thonglor Kwangthong, ein BäuerInnenvertreter aus Thailand, Suranjan Kodithuwakku vom Green Movement Sri Lanka sowie Karsten Wolff vom Pestizid Aktionswerk Asien & Pazifik aus Malaysia schilderten ihre Erfahrungen aus der Perspektive dieser Länder.

Diese Entwicklung konnte von Thonglor K., einem BäuerInnenvertreter, nur bestätigt werden. In Thailand sei die Existenz der Kleinbauern durch die Ameri-

kaner bedroht, weil dort die Entwicklung einer eigenen Reissorte, beabsichtigt wird. Dies soll durch gentechnische Manipulation und anschließende Patentierung erfolgen. Dadurch würde der Export des Jasminreises in die USA erheblich abnehmen. Zu dem zweiten Thema unserer Tagung, der Privatisierung vom Wasser, hat Suranjan Kodithuwakku, die derzeitige Situation seines Landes, näher beschrieben. Demnach sollen die Menschen Sri Lankas, in Zukunft gezwungen werden, Wasser zu hohen Preisen zu kaufen und das in einem Land, das über 103 Flüsse und Nebenflüsse verfüge. Eine solche Regelung führe letztendlich zu Kriegen und kriminellen Handlungen, die der Wasserbeschaffung dienen.

Die 50 TeilnehmerInnen der Tagung, konnten sich durch den direkten Austausch mit den Südgästen, ein differenziertes Bild von der Situation in den jeweiligen Ländern machen. Die Abschlusserklärung der Tagung mit Forderungen und Handlungsoptionen ist auf unserer Homepage unter www.bukoagrar.de einsehbar.

Alexandra Zawieracz

Die Autorin ist angehende Dipl.-Ökologin und schrieb den Artikel für BUKO Agrar Koordination

Devinder Sharma (Indien):

„Die Dritte Welt verfügt über einen einmaligen Reichtum und eine unvergleichliche Vielfalt an Nahrungsmitteln, weshalb man sich weltweit ökonomisch förmlich überschlägt im Wettrennen darum, jeden einzelnen Bestandteil der Nahrungskette zu patentieren. Diese Patente bedrohen nicht nur die Ernährungssicherheit in Indien, sondern auch die Lebensgrundlage von Millionen bäuerlicher Familien.“





Erneuerbare Energien NRO-Vorbereitungsprozess kommt in Gang

Angesichts der Vorgeschichte ist es kaum ein Wunder, dass die internationale NRO-Community der Bonner Erneuerbare-Energien-Konferenz »Renewables 2004« eine besonders hohe Bedeutung zumisst: Als der Johannesburger Weltgipfel bei der zentralen Frage der globalen Energiewende durch die Blockadehaltung der USA und der OPEC nicht weiterkam, präsentierte die EU gemeinsam mit anderen Staaten eine Johannesburg-Initiative für Erneuerbare Energien, und die deutsche Regierung kündigte eine internationale Konferenz für erneuerbare Energien an. In beiden Fällen sollten diejenigen, die bereit sind, schneller vorwärts zu kommen als die Langsamsten der Langsamen, voranschreiten. Wenn ausserhalb des Konsensprinzips der Vereinten Nationen nun eine solche Vorreiterinitiative auch neue Impulse für den Multilateralismus geben kann, ist das für die NRO auch für andere Verhandlungsprozesse ein positives Beispiel. Wenn »Renewables 2004« ein Erfolg wird, wird dies beispielsweise auch auf die festgefahrenen Klimaverhandlungen Auswirkungen haben.

Netzwerk Erneuerbare Energien Nord-Süd

Sowohl national als auch international sind daher die NRO diejenige Akteursgruppe, die sich bisher mit Abstand am besten auf die Bonner Konferenz vorbereitet. Mit der Gründung des Netzwerks Erneuerbare Energien Nord-Süd im Mai haben sich Umwelt- und Entwicklungsverbände sowie Branchenverbände der Erneuerbaren Energien vorgenommen, ihre Lobbyarbeit im Vorfeld zu koordinieren und die Nord-Süd-Dimension der Erneuerbaren Energien stärker herauszustellen.

Nach einer inzwischen erfolgten Bestandsaufnahme über den Stellenwert der Erneuerbaren Energien in den Projekten

der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit wird am 4. März ein Promotions-symposium für Entwicklungsorganisationen stattfinden, mit dem praktische Möglichkeiten für verbesserte Berücksichtigung der Erneuerbaren Energien in der Projektpolitik aufgezeigt werden sollen.

Arbeit des Netzwerkes

Auf der Tagesordnung des Netzwerkes stehen weiterhin gemeinsame Publikationen, kontinuierliche Mitarbeit am Vorbereitungsprozess der Konferenz, die Exportförderpolitik der Bundesregierung usw. Siehe www.ee-netz.de

Internationaler Zusammenschluss CURES

Mittlerweile haben sich die NRO auch auf internationaler Ebene zusammenschlossen. Auf Initiative des Forums Umwelt & Entwicklung, des WWF und der Heinrich-Böll-Stiftung trafen sich vom 5.-8. Oktober in Bad Honnef mehr als 50 NRO-Vertreter aus 23 Ländern (übrigens vorwiegend aus Entwicklungsländern), um gemeinsame Strategien für »Renewables 2004« zu besprechen. Dabei wurde das Netzwerk CURES (»Citizens United for Renewable Energies and Sustainability«) gegründet. Die umfangreiche Gründungserklärung enthält bereits detaillierte und weitgehende Forderungen und Anforderungen an die Regierungen und verschiedenen Akteursgruppen, die sich an der Konferenz beteiligen.

CURES-Erklärung zu Erneuerbaren Energien

Die CURES-Erklärung liegt mittlerweile in 8 Sprachen vor und wurde von 150 Organisationen aus aller Welt unterzeichnet. Sie wurde bereits bei den regionalen Vorbereitungskonferenzen für die »Renewables 2004« in Brasilia und Nairobi verteilt, ebenso bei der Weltwindenergiekonferenz im November in Kapstadt (siehe www.ee-netz.de/cures.html) und kann als 16seitige farbige Broschüre

in der Projektstelle Umwelt & Entwicklung bezogen werden.

Kernpunkte der CURES-Erklärung sind der Aufruf, fossile Energien nicht durch erneuerbare zu ergänzen, sondern abzulösen; erneuerbare Energien auch als Mittel zur Armutsbekämpfung und zur Geschlechtergleichheit zu nutzen; die Forderung nach einem von möglichst vielen Staaten und Akteuren unterstützten ambitionierten Aktionsprogramm als Resultat der Bonner Konferenz; verstärkter Technologietransfer in die Länder des Südens; baldiges Auslaufen der Finanzierung fossiler Technologien durch die multilateralen Entwicklungsbanken und Exportförderungsinstrumente; einen Nachfolgeprozess nach der Konferenz im Rahmen der Johannesburg EU-Initiative usw.

Kommende Konferenzen

CURES stellt sich auch bei der UN-Klimakonferenz am 9. Dezember in Mailand mit einem sogenannten »Side Event« vor; die nächste Station wird die Europäische Vorbereitungskonferenz für Renewables 2004 vom 19.-21. Januar in Berlin sein. Die CURES-Mitglieder werden in der Zwischenzeit auf nationaler Ebene versuchen, ihre jeweiligen Regierungen möglichst weitgehend zu einer positiven Beteiligung und zu echten Verpflichtungen zu bewegen. Denn weitreichende Zusagen fallen den Regierungen schliesslich nicht erst im Juni in Bonn ein, sondern der Boden dafür muss in in konkreten innenpolitischen Auseinandersetzungen bereitet werden, wie wir das zurzeit auch in Deutschland erleben.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer der Projektstelle des Forums Umwelt und Entwicklung



Regionale Vorbereitungskonferenz in Brasilia

Ambitionierte Ziele und beispielhafte NGO-Beteiligung

Vom 29.-30. Oktober fand in Brasilia die regionale Vorbereitungskonferenz der lateinamerikanischen und karibischen Staaten zur Weltkonferenz „Renewables 2004“ statt. In einer Abschlusserklärung forderten die Unterzeichnerstaaten verstärkt nationale Anstrengungen zur gezielten Förderung erneuerbarer Energien. Sie bekräftigten ihr regionales Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis zum Jahr 2010 auf 10 % zu steigern. Beispielhaft war auf der Konferenz die Beteiligung der NGO.

Bereits am Mittwoch vor der Konferenz hatte Jürgen Trittin, der die deutsche Delegation anführte, im Rahmen des 4. Deutsch-Brasilianischen Umweltforums mit seiner brasilianischen Kollegin Marina Silva eine Ausweitung der bestehenden Kooperation auf den Bereich der erneuerbaren Energien vereinbart. Sie beabsichtigen, ein deutsch-brasilianisches Abkommen zum Ausbau der erneuerbaren Energien abzuschließen. Im Mittelpunkt der Arbeit der deutschen Delegation stand die Zukunft der deutsch-brasilianische Zusammenarbeit in Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen, vor allem aber die Werbung und Unterstützung zur RENEWABLES 2004 (1.- 4. Juni 2004 in Bonn) durch die Teilnahme an der Regionalkonferenz in Brasilia.

Energiezukunft von Brasilien

Brasilien ist ein Land, das durch seine geographische Lage, die große Landfläche und die lange windgünstige Küste und die fortgeschrittene Industrialisierung ein enormes Potential für eine „saubere“ Energieversorgung hat. Das Land ist reif für einen Quantensprung bei den „neuen“ Erneuerbaren Technologien, wobei vor Augen sein muss, dass bereits jetzt die problematische große und kleine Wasserkraft 78 % des Stroms für Brasilien

liefern (die DENA spricht sogar von ca. 92 %). Bei Windenergie gibt es erst eine installierte Leistung von 22 MW, als Potenzial wird jedoch von 60-90 GW ausgegangen. Auch Photovoltaik, Solarthermie und Biomasse bergen enorme Chancen, sind aber noch auf niedrigem Niveau. Das Programm PROINFA zur Förderung alternativer Energiequellen wird zur Zeit novelliert und sieht eine Einspeiservergütung vor.

Gleichzeitig steht die derzeitige Regierung von Präsident Lula und Umweltministerin Marina da Silva unter enormem Erfolgsdruck. Neben den Erwartungen (und auch schon zunehmenden Enttäuschungen) in der Sozialpolitik gilt dies gerade auch für die Energie-, Umwelt- und Klimapolitik.

Die Atomkraft spielt für die jetzige und zukünftige Stromversorgung des Landes keine Rolle. Die aktuelle Regierung hat offensichtlich zur Zeit keine eindeutige energiepolitische Option mit dem Aufbau des umstrittenen und von den NGO massiv bekämpften Kernkraftwerkes Angra 3 bei Rio. Unklar ist, inwieweit Angra 3 eine national wichtige Größe für das brasilianische Selbstbewusstsein darstellt.

Forderungen an die brasilianische und lateinamerikanische Politik

Trotz des hohen Potenzials für die Nutzung erneuerbarer Energien und vieler guter Ansätze ist auch Brasiliens Politik und die seiner Nachbarn weiterhin gefordert. Auf der Konferenz wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass erneuerbarer Energien sowohl für die Bekämpfung der

Armut als auch für den Klimaschutz entscheidend sind.

Deutsche und brasilianische NGO waren sich einig: Der deutsch-brasilianische Vertrag zur friedlichen Nutzung der Kernenergie sollte zum nächst möglichen Zeitpunkt (2004) aufgekündigt werden, damit es auch für zukünftige Regierungen keine Fenster dafür mehr geben kann. Alle Konzentration sollte in den Aufbau und die Nutzung von Erneuerbaren gehen. Grosse Wasserkraft sollte in Brasilien nicht mehr unterstützt werden (ca. 1 Mio. Menschen wurden bislang wegen Staudämmen etc. umgesiedelt). Ebenso sehr ist es abzulehnen, den Ausbau der Kohleproduktion (wie im äußersten Süden) zu fördern.

Mit großer Aufmerksamkeit muss zudem der Entwicklungsprozess zu Projekten zum Clean Development Mechanism (CDM) in Brasilien verfolgt werden. Noch gibt es keine Festlegungen, sondern nur erste Rahmenformulierungen.

Die Hermes-Export-Bürgschaftspolitik muss unbedingt auf die Erneuerbaren Energien fokussiert werden, was damit auch heißt, dass nukleare nicht mehr und fossile Technologien nur unter höchsten Qualitätsstandards gefördert werden dürfen – und genauso wenig „große“ Wasserkraft.

Weichenstellung für partizipativere Prozesse

Die Konferenz in Brasilia ging durch die große Beteiligung von insbesondere brasilianischen NGO mit gutem Beispiel voran. Die ganz frische Erklärung zur



Die deutsche Delegation, unter Leitung von Jürgen Trittin, besichtigt einen Windpark in Brasilien



Bonner RENEWABLES 2004 - Konferenz „The Future is Renewable“ des neuen internationalen Netzwerkes CURES (Citizens United for Renewable Energy and Sustainability) war übrigens von den brasilianischen NGO bei der Regionalkonferenz bereits auf portugiesisch verteilt worden.

Es war es im übrigen von nicht zu unterschätzendem Symbolwert, dass es für Minister Trittin eine Selbstverständlichkeit ist, mit NGO zu reisen und sich auch mit brasilianischen NGO während der Konferenz zu einem ausführlichen Gedankenaustausch zu treffen. Dies könnte und sollte Standards für die internationale Politik setzen.

Es wäre wünschenswert, wenn auch die noch anstehenden Vorbereitungskonferenzen (für Afrika am 20./21. November in Nairobi im Rahmen der EU-Afrika-Konferenz, für die EU-25 am 19.-21. Januar 2004, für Asien ist man dabei in Indien zu sondieren) unter angemessener NGO-Beteiligung stattfinden würden. Die

Ländergruppen/Länder sollten ebenfalls zu konkreten Zielsetzungen für Erneuerbare kommen und dies vor Juni 2004 ankündigen.

Mit den brasilianischen NGO, die zur Renewables 2004 arbeiten und von denen einige wahrscheinlich auch nach Bonn kommen werden, sollte in diesem Sinne ein guter Kontakt unterhalten werden.

Brasilia Deklaration zu Erneuerbaren Energien

Gerade Brasilien kann für den Prozess zur Vorbereitung der RENEWABLES 2004 eine sehr bedeutsame Rolle spielen. Insbesondere auch durch den brasilianischen Einsatz ist es gelungen, die Vorbereitungskonferenz in Brasilia doch zu einem Erfolg werden zu lassen und die Zielsetzung, 10 % des Energieverbrauchs bis zum Jahre 2010 aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, in der gemeinsamen Schlussklärung zu verankern. Zunächst war dieses Ziel, das schon in Jo-

Das 24 mal so große Brasilien mit seinen 170 Mio gegenüber 80 Mio Menschen in Deutschland hat eine installierte Stromerzeugungskapazität von 82.319 MW (D: 120.000 MW) und einen aktuellen Stromverbrauch von 306 Mrd. kWh (D: 500 Mrd. kWh)

hannesburg geäußert worden war, dort nicht enthalten. In der Erklärung der „Brasilia Platform on Renewable Energies“ (http://www.renewables2004.de/pdf/platform_declaration.pdf) bekräftigen die Unterzeichner darüber hinaus die Absicht, in jedem Land einen wirksamen regulatorischen Rahmen festzulegen und fordern dazu auf, neue Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Als wichtiges Element für die Entwicklung nationaler Politiken zur Förderung erneuerbarer Energien wird auch die internationale Kooperation angesehen.

Klaus Milke

Der Autor ist Mitglied im Vorstand von Germanwatch.

Erneuerbare Energien in Lateinamerika *Der lange Weg zurück¹*

Die Länder Lateinamerikas trafen sich in Brasilien, um die erneuerbaren Energien zu fördern. Das Ergebnis ist ein schlechter Witz: die Region, die heutzutage mehr als 20 Prozent ihres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien deckt, „verpflichtet sich“, bis 2010 zu einem Anteil von 10 Prozent.

Im Juni des Jahres 2004 wird in Bonn die Internationale Konferenz zu Erneuerbaren Energien stattfinden. Dieses Ereignis, von der deutschen Bundesregierung initiiert, möchte den Impuls verstärken, der vom Gipfel in Johannesburg (Rio + 10) ausgegangen ist, den Anteil an erneuerbaren Energien in Europa auf 10 % des Gesamtverbrauchs zu erhöhen. Eines der Hauptziele der Konferenz ist es, die Länder dieser Welt zu verpflichten, sich mit nationalen und regionalen Programmen zur Einführung erneuerbarer Energien einzusetzen.

Im Vorfeld der Konferenz sollen mindestens vier vorbereitende Regionaltreffen stattfinden: in Lateinamerika, in Afrika, in Asien und in Europa. Am 29. und 30.

Oktober 2003 fand, als erste dieser Zusammenkünfte, das Regionaltreffen der lateinamerikanischen Staaten in Brasilien statt.

Die lateinamerikanischen Staaten kamen mit ihrer eigenen Initiative im Gepäck nach Brasilien, die sie in Johannesburg präsentiert hatten. Dort hatte Lateinamerika ein Dokument mit dem Titel „Lateinamerikanische und Karibische Initiative zur Nachhaltigen Entwicklung“ vorgelegt, das speziell im Energiebereich Vorschläge enthielt. Hier wurde unter anderem vorgeschlagen „mindestens 10% des gesamten Energieverbrauchs der Region aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010“ zu gewinnen. (UNEP/LAC-SMIG.1/2)

Die anschließenden Diskussionen zu diesem Ziel waren breit angelegt, da die verschiedenen Länder der Region unterschiedliche Anstrengungen zu dessen Erreichen unternehmen müssten. Länder wie Argentinien, Mexiko, Ecuador, Venezuela und Chile, deren Energiegewinnung zum großen Teil von fossilen Brennstoffen abhängt, müssten demnach größere Anstrengungen unternehmen. Auf der anderen Seite erreichen Länder wie Costa Rica

oder Paraguay ohne Probleme einen Anteil von 90% erneuerbaren Energien für das gesamte Land. So kam es, wie so oft, im Zuge der Interpretation des Ziels zu unterschiedlichen Auffassungen, ob denn die 10% „in jedem Land“ oder „in gemeinsamer Anstrengung“ erreicht werden sollen.

Die Konferenz in Brasilien

Die Regionalkonferenz zu Erneuerbaren Energien in Brasilien begann spät. Der Programmbeginn, der für 9 Uhr morgens angesetzt war, wurde auf 10.30 Uhr verschoben, da – wie in den Gängen unter der Hand zu hören war – das Organisationskomitee versuchte den Präsidenten Luis Ignacio da Silva über dessen Beratungsteam für die Eröffnungszereemonie zu gewinnen. Lula war jedoch mit dem Empfang seines spanischen Amtskollegen Aznar beschäftigt und nahm daher letztendlich doch nicht an der Eröffnung teil.

Aus Anlass eines Zusammentreffens der regionalen Regierungen hätte man mit einer höheren Anwesenheit von offiziellen Staatsdelegationen und von Vertretern aus der Wirtschaft rechnen können. Jedoch fehlten gleich zu Beginn einige Län-



der und die meisten Länder hatten Vertreter dritten Ranges geschickt. Wirtschaftsvertreter – bis auf einige brasilianische – schienen nicht einmal von der Veranstaltung zu wissen.

Der Verlauf der Konferenz war dann auch so enttäuschend wie die Eröffnung begonnen hatte. So niedrig war die Teilnahme und so wenig Interesse zeigten die Teilnehmer, dass die Veranstaltung abgekürzt wurde und einen Tag vor dem vorgesehenen Abschluss endete.

Der erste Tag war die sogenannte "technische Phase". Der zweite Tag, "ministerielle Phase" genannt – an der nicht ein Minister außer den Brasilianern teilnahm – war der politischen Diskussion der technischen Dokumente und der Erklärung von Brasilien gewidmet. Aufgrund des Fehlens der politischen Repräsentanten und wegen des offensichtlichen Ausbleibens der eigentlich vorgesehenen Diskussion begann der Tag mit der Ankündigung, dass das Konferenzzende nicht wie vorgesehen um 17:30 Uhr sondern bereits um 13 Uhr angesetzt sei.

Während des gesamten halben Tages gab es nur zwei politische Interventionen der Delegationen von Chile (um daran zu erinnern, das Ziel sei regional und nicht national) und Venezuela (um die großen Staudämme in erneuerbare Energien mit einzubeziehen). Der Rest waren Danksagungen an die brasilianische Regierung und Ankündigungen, von ebenso vielversprechenden wie konfusen Anstrengungen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung und erneuerbare Energien.

Die Ergebnisse

Die brasilianische Erklärung über Erneuerbare Energien stellte klar, was am Vorschlag des vorhergehenden Jahres so widersprüchlich gewesen war: das Ziel von 10 % sei als regionale Anstrengung zu verstehen und nicht pro Land. Die neue Textvorlage besagt unmissverständlich: "...zum Jahr 2010 hin zu erreichen, dass die betreffende Region in ihrer Gesamtheit mindestens 10 % erneuerbare Energien für ihren Energiegesamtverbrauch nutzt". Und um Zweifel auszuschließen fügt sie bei: "auf der Grundlage von freiwilligen Anstrengungen und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten"

Wenn man weiß, dass der Anteil erneuerbarer Energien in Lateinamerika zur

Zeit bei insgesamt 20 % liegt, erscheint das Ziel ein schlechter Scherz. Während man von der Konferenz einen Anstoß für die erneuerbaren Energien erwartet hatte, ist das Ergebnis genau das Gegenteil: jetzt kann ein Großteil der Länder die Verbrennung fossiler Brennstoffe erhöhen und würde trotzdem das Ziel erfüllen.

Die Delegationen, die sich (in geschlossenen Verhandlungen) für die spezifische Erklärung zur Erreichung dieser Ziele eingesetzt hatten, waren Argentinien und Chile. An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass Argentinien das Land ist, das sich am meisten für die Erhöhung des Energiegewinns aus erneuerbaren Energien einsetzen müsste, da diese nicht einmal 8 % des Gesamtverbrauchs ausmachen. Eine nationale Verpflichtung auf 10 % bis 2010 zu erhöhen, würde Argentinien in eine mit anderen Ländern vergleichbar schwierigere Situation bringen.

Sowohl der Verlauf als auch das Ergebnis der Konferenz machen klar, dass das Thema erneuerbare Energien weit davon entfernt ist, ein bedeutendes Thema für unsere Länder zu sein. Obwohl die brasilianische Erklärung weitere Anstrengungen verspricht, erneuerbare Energien zu fördern und auch die Konferenz in Bonn bestätigt, sind die konkreten Auswirkungen das genaue Gegenteil.

Die Gründe für das Scheitern

Die grundsätzlichen Einwände gegen erneuerbare Energien sind die folgenden: 1) sie seien zu teuer 2) dass zur (industriellen) Entwicklung billige Energie nötig sei und 3) dass erneuerbare Energien die Produktionskosten und damit die Kosten für die Verbraucher erhöhen würden. Zu diesen Gründen kommt weiterhin, dass die Umweltprobleme, die aus dem hohen Energieverbrauch entstanden sind, durch die Industrieländer verursacht wurden und daher vor allem diese ihre Energiegewinnung verändern müssten. Die Länder Lateinamerikas - die gerade einmal mit 5 % zum weltweiten Treibhausgas-Emissionsausstoß beitragen - könnten ihre Entwicklung nicht deswegen einschränken.

Sehr wenig davon ist belegbar. An erster Stelle stimmt es nicht, dass der fossile Brennstoffverbrauch hauptsächlich wegen des Klimawandels reduziert werden sollte. Viel wichtiger ist die starke lokale Um-

weltverschmutzung durch diesen Energieverbrauch, wie zum Beispiel die schwere Luftverschmutzung in México, Sao Paulo oder Santiago. Jedes Jahr werden es mehr Tage, an denen die Anwohner dieser Städte aufgefordert werden, in ihren Häusern zu bleiben, keinen Sport zu treiben und nicht zur Schule zu gehen, da aufgrund der Luftverschmutzung Erkrankungsgefahr besteht. Alleine in México rechnet man mit 30.000 Menschen im Jahr, die in Folge von Erkrankungen durch die Luftverschmutzung sterben.

Aber diese lokale Luftverschmutzung bedeutet nicht nur Krankheiten und Tote, sondern auch wirtschaftliche Kosten. Die Tage, an denen nicht gearbeitet werden kann, die Kosten die aus der Krankenbehandlung entstehen und andere Auswirkungen verursachen soziale Kosten, die die Energieplaner nie berücksichtigen. Alleine für die Stadt Sao Paulo und ihr Einzugsgebiet, sind die Krankenhauskosten aufgrund von an Luftverschmutzung erkrankten Personen jährlich um 100.000 US-Dollar gestiegen. Als Konsequenz bezahlen die Verbraucher, was sie nicht direkt über Energiekosten zahlen, über die Kosten des Gesundheitssystems.

An zweiter Stelle, obwohl die Verantwortung Lateinamerikas für die Klimaveränderungen im Moment sicher nur gering ist, bedeutet das nicht, dass das in Zukunft so bleiben wird. Heute liegt die Verantwortung bei 5 %, aber dieser Anteil wird jedes Jahr zunehmen, wenn man von heutigen Prognosen ausgeht. Man erwartet für das Jahr 2035, dass die Treibhausgasemissionen in den Entwicklungsländern in ihrer Gesamtheit über denen der Industrieländer liegen werden.

Diese Gründe sollten zumindest die Vorstellung relativieren, dass fossile Brennstoffe günstiger sind und die Entwicklung in lateinamerikanischen Ländern fördern. Trotzdem, wenn man die Perspektiven der nächsten Jahre ansieht, wird klar, dass die Welt ihren Umgang mit der Energie hin zu erneuerbaren Energien, die weniger belastend für die Umwelt sind, ändern wird. Hauptsächlich aus zwei Gründen: an erster Stelle, weil die Kosten dieser Energiequellen immer rascher sinken werden je größer ihr Anteil wird und die Technologie im Sinne der "Lernkurve" immer weiter fortschreitet. Zweitens, weil die internationalen Auflagen in allen Ländern der Welt je rascher



eingeführt werden, umso schneller die Voraussagen für den weiteren Klimawandel sich bestätigen.

Dies bedeutet, dass sich für das Jahr 2010, mit oder ohne Ziel, Lateinamerika der Notwendigkeit gegenüber sehen wird, seinen Energieverbrauch auf erneuerbare Energien auszurichten. Bis zu diesem Datum werden andere Länder Technologien entwickelt haben, es wird mehr "know-how" geben, das für die Einführung und Weiterentwicklung nötig ist und unsere Region wird Zeit und die letzten verbleibenden fossilen Brennstoffressourcen verloren haben.

Schlussfolgerung

Die Regierungen Lateinamerikas haben einmal mehr eine Gelegenheit verpasst, das Thema erneuerbare Energien ernsthaft anzugehen. Sie haben auf der Konferenz mit Funktionären konkurriert, die weder die Kenntnisse noch die politische Macht für innenpolitische Entscheidungen auf Ministerebene besaßen und haben eine Plattform voll mit Allgemeinplätzen zum Thema vorgeführt, absolut ohne konkrete Inhalte und Kompromisse im Hinblick auf die Zukunft.

Die Regierungen Lateinamerikas betrachten die Probleme um Energie und Klimawechsel unter dem kurzfristigen Blick bis zum Horizont der Gegenwart, fällen aber Entscheidungen über die Bedingungen der nächsten 30 Jahre. In dieser Zeit werden die Länder der Region zu sehen, wie die Welt sich auf erneuerbare Energien ausrichtet, während sie selber an Investitionen in fossile Brennstoffquellen, Gaspipelines und Raffinerien gefesselt sein werden.

Im kommenden Jahr wird der Text von Brasilia der Beitrag sein, den die Region auf der Internationalen Konferenz zu Erneuerbaren Energien präsentiert, die vom 1. bis 4. Juni 2004 in Bonn stattfindet. Eine Konferenz auf der die EU erneut den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien anstoßen wird. Nun bleiben die Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Afrika (im November in Kenia) und Asien (Anfang 2004 in Indien) abzuwarten. In Übereinstimmung mit den Verhandlungen zur Klimakonvention wird Afrika die Notwendigkeit zur Hinwendung zu neuen Energiequellen betonen, während Asien sich das Recht herausnehmen wird, ein Entwicklungsmodell beizubehalten, das

auf der Nutzung der eigenen fossilen Brennstoffen beruht. Keiner der beiden wird einen echten Vorschlag zum eigentlichen Ziel der Konferenz machen. Die USA ihrerseits wird formell zu der Konferenz in Bonn eingeladen werden, aber irgendein Kompromiss hinsichtlich des Zuwachses an erneuerbaren Energien ist nicht zu erwarten.

Lateinamerika war der einzige Alliierte der EU zu diesem Thema während des Gipfels in Johannesburg. Der Entwurf von Brasilien ist ein Schritt zurück in diesem Prozess, indem er sich nicht nur nicht auf einen Zuwachs des Prozentsatzes an erneuerbaren Energie festlegt, sondern sei-

nen Ländern sogar die Reduktion erlaubt. Das Scheitern der Bonner Konferenz scheint schon jetzt vorprogrammiert.

Gerardo Honty

Gerardo Honty ist Soziologe und Geschäftsführer von CEUTA (Uruguayisches Forschungszentrum für Angewandte Technologien).

¹ *Aus Sicht einiger lateinamerikanischer NGOs stellt die regionale Vorbereitungskonferenz der lateinamerikanischen und karibischen Staaten zur Weltkonferenz „Renewables 2004“ in Brasilia einen Misserfolg dar, der auch den Blick auf die Konferenz in Bonn trübt. Diese Position sollte von NGOs im Norden dringend zur Kenntnis genommen werden.*

Gekürzte Fassung des spanischen Originaltextes; Übersetzung: Susanne Lehmann

ANZEIGE



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Bundestagsfraktion

UMWELT KONFERENZ 2004

NEUE INFRASTRUKTUREN FÜR DIE UMWELT

**MIT JÜRGEN TRITTIN, BÄRBEL HÖHN,
KLAUS MÜLLER, REINHARD LOSKE U.A.**

am 08.02.2004 in Berlin, von 10.00 bis 17.30 Uhr
in der Freien Waldorfschule Kreuzberg,
Ritterstraße 78

weitere Infos unter:
T. 030/227 716 47
reinhard.loske.ma02@bundestag.de
www.loske.de
www.gruene-fraktion.de



Internationale Energieagentur Tief verwurzelt im fossilen Zeitalter

Es gab einmal eine Zeit, da gründeten die Industrieländer eine Internationale Energieagentur, um gemeinsam nach Wegen aus der fatalen Abhängigkeit vom Öl zu suchen. Das war 1973, nach dem arabischen Ölembargo gegen die USA. Damals lauteten die Antworten vorwiegend: Heimisches Öl, Atomkraft, Kohleverflüssigung usw. Vielleicht wusste man es damals nicht besser.

Aber heute, 30 Jahre später, kann sich eigentlich niemand mehr mit Unkenntnis herausreden. Eine vollständige Verbrennung der noch im Boden vorhandenen fossilen Brennstoffe Kohle, Öl und Gas würde unweigerlich zum Klimakollaps führen, und Atomkraft hat sich als unwirtschaftlich, gefährlich und politisch nicht durchsetzbar erwiesen.

Doch was macht die IEA, die Internationale Energieagentur? Anfang November publizierte sie für stolze 150 Euro den World Energy Investment Outlook 2003, eine 516 Seiten starke Vorausschau dessen, was nach Meinung der IEA bis 2030 im Energiesektor geschehen wird. Charles Mandil, Exekutivdirektor der in Paris residierenden IEA, verkündete stolz über seinen Bericht, er sei nach seinem besten Wissen der erste derart umfassende Bestandsaufnahme der globalen Energieperspektiven. 16.000 Milliarden Dollar würden weltweit bis 2030 in die Energieinfrastruktur investiert, so der Bericht. Auch mit der Textsuchfunktion konnte der geneigte Leser in der durchaus recht ausführlich geratenen Presseerklärung das Wort »renewable« nicht finden, ein Kapitel zu Erneuerbaren Energie gibt es erst gar nicht.

Für die IEA spielt sich die Energiezukunft im wesentlichen als business as usual statt. Der Weltenergieverbrauch steigt bis 2030 um 50%. Die veränderten Rahmenbedingungen liberalisierter Energiemärkte hat der Bericht immerhin zur Kenntnis genommen; daher gibt er tendenziell nur in Monopolmärkten wirtschaftlich zu betreibenden Atomenergie keine große Chance: Der weltweite Anteil des Atoms an der Stromerzeugung werde sich halbieren, da kaum noch neue Reaktoren gebaut würden.

Aber bei Kohle, Öl und Gas wird nach Meinung der IEA alles weiterlaufen. Dass Regierungen wegen des Problemdrucks durch den Klimawandel möglicherweise zu der Auffassung kommen könnten, es sei besser, nicht alle in der Erde vorhandene Kohle, Öl und Gas zu verbrennen, taucht bei der IEA nur am Rande auf. Einige Seiten widmen sich einem OECD-Alternative Policy Scenario, in dem intensivere Bemühungen der OECD-Staaten (aber nicht der Entwicklungsländer) zu grundegelegt werden, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.

»More intensive efforts than those currently made in OECD countries to cut greenhouse-gas emissions and save energy would change significantly the level and pattern of energy investment. The actions envisaged in the OECD Alternative Policy Scenario, which assumes implementation of the policies that OECD countries are currently considering, would lead to a dramatic shift in the pattern of energy investment and reduce overall energy needs.«, so die wenig überraschende Schlussfolgerung der IEA für diese von ihr selbst als offenbar unwahrscheinlich eingeschätzte Entwicklung.

Was also schätzt die IEA als wahrscheinlich ein?

16 Billionen, das sind 16.000 Milliarden, Dollar werden bis 2030 weltweit im Energiesektor investiert. Das entspricht 1% des Welt-Bruttoinlandsprodukts. Die größten Wachstumsraten werden in den Entwicklungsländern erzielt, wo etwa die Hälfte der Investitionen getätigt werden.

60% der globalen Energieinvestitionen werden nach IEA-Meinung in den Stromsektor fließen, entsprechend ca. 10 Billionen Dollar. Dies liege einfach daran, dass der Stromsektor um ein Vielfaches höhere Investitionen verlange, als etwa die Ölbranche, die nur 3,1 Billionen Dollar erfordere. Mehr als die Hälfte dieser Investitionen im Stromsektor, flössen in den Bereich Übertragung und Verteilung. 4 Billionen Dollar würden in der Öl- und Gasförderung investiert; größtenteils würden sie benötigt, um allein schon das bisherige hohe Verbrauchsniveau aufrechterhalten zu können. Die Kohleindustrie werde lediglich 2% der weltweiten Energieinvestitionen, 400 Milliarden Dollar, benötigen - Tagebau ist eben recht preiswert.

Die Finanzierung der massiven Investitionssummen wird laut IEA durch den Übergang zu Wettbewerbsmärkten nicht einfacher. Im Gegenteil: Es werde zunehmend ungewiss, ob die Investoren ausreichende Profitabilität im Energiemarkt vorfinden oder lieber ihr Geld woanders investieren, denn die Risiken im Energiebereich seien hoch: Politischer, regulatorischer, technischer, fiskalischer und anderer Natur. Mit anderen Worten: Wer der fossilen Energiebranche zu große Schwierigkeiten macht, riskiert Energiekrisen. »Uncertainty about future environmental regulation is also a growing constraint on investment in electricity.«

Fehlende Zukunftsfähigkeit

So einfallslos der IEA-Bericht für die künftige Energiepolitik ist, so deutlich macht er auf der anderen Seite, wie wenig die gegenwärtige Energiepolitik zukunftsfähig ist. Nahezu die Hälfte aller Energieinvestitionen werden nach IEA-Meinung bis 2030 in den Entwicklungsländern getätigt. Aber wofür? Mehr als 40% dieser Investitionen sind dazu da, fossile Brennstoffe für den Export in OECD-Länder zu erschließen. Die Wachstumsraten bei Investitionen und dem Energieverbrauch werden auch im Jahr 2030 1,4 Milliarden Menschen vom Zugang zu modernen Energiedienstleistungen wie Strom ausschließen, gerade einmal 200 Millionen weniger als heute. Mit anderen Worten: Der Energiehunger der Industrieländer dominiert alles. Das soll zukunftsfähig sein?

Von Versorgungssicherheit ist ebenfalls nichts zu lesen. Die Hälfte der noch nicht verbrannten Ölreserven der Welt befinden sich im Nahen und Mittleren Osten. Zwei Drittel des zusätzlichen Ölverbrauchs bis 2030 soll nach IEA aus dieser politisch instabilen Region kommen.

Was diese Energieszenario eigentlich an Umweltschäden anrichtet, darüber schweigt es sich wohlweislich aus. Dafür ist die IEA offenbar nicht zuständig. Der IEA-Bericht ist mit 150 Euro sicherlich massiv überteuert. Lesenswert ist er allenfalls aus zwei Gründen: Er belegt in eindrucksvoller Weise die Unfähigkeit derjenigen, die heute in Energiepolitik und -wirtschaft den Ton angeben, auf die Zukunftsherausforderungen einzugehen. Und er macht deutlich, dass die IEA in ihrer heutigen Form genauso gut aufgelöst werden kann.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer der Projektstelle des Forums Umwelt und Entwicklung.



AG Handel

Aufgaben gibt es genug!

Die zukünftige Rolle der AG Handel

Als Ende 1999 in Seattle die 3. WTO-Ministerkonferenz tagte und scheiterte, war die AG Handel mit einer vergleichsweise großer Delegation, mit Veranstaltungen und täglichen Koordinierungssitzungen und Berichten vor Ort dabei. Vier Jahre später in Cancún, bei der 5. WTO-Ministerkonferenz, zeigte die AG Handel eine ähnliche Präsenz und Arbeitsleitung - mit einem entscheidenden Unterschied: Die Exklusivität von Seattle, wo die AG der einzig nach außen sichtbare deutsche NGO-Zusammenschluss war, machte inzwischen einer neuen Vielfalt Platz.

Die Arbeit der bundesrepublikanischen NGOs zur Handelspolitik hat erfreulicherweise in den letzten Jahren einen deutlichen Zuwachs an Interesse, Strukturen, Personen und Organisationen erfahren. Diverse Attac-Arbeitsgruppen und Mailing-Listen beleben Fußgängerzonen wie das Internet mit handelspolitischen Themen. Auch bei studentischen Gruppen, bei Gewerkschaften und Parteien und deren Jugendorganisationen sowie in politische Stiftungen hat die WTO-Thematik längst den Exotenstatus überschritten.

Personelle Wechsel

Sollte sich die AG Handel aber deshalb auf das Altenteil zurückziehen? Immerhin kann sich die geleistete Arbeit der letzten Jahre sehen lassen. Diverse Positionspapiere, Fachexpertisen und Studien liegen vor, Presse-Workshops, Parlamentarische Abende, Studientage, und internationale Tagungen wurden veranstaltet, ein vom UBA/BMU-finanziertes Handelsprojekt durchgeführt. Andererseits klagen alle Akteure über die Fülle der Termine, den zusätzlichen Aufwand an Koordination, den Mangel an Profilierungsmöglichkeiten, die Unübersichtlichkeit der Handlungsszene für Außenstehende, die Begrenztheit der finanziellen Ressourcen. Das Auslaufen des Projektes „Handel, Umwelt und nachhaltige Entwicklung“ der AG

Handel bzw. des Forums und die damit verbundenen personellen Wechsel bieten Anlass, nicht nur den StelleninhaberInnen Tobias Reichert, Susanne Lehmann und Antje Schultheis für die hervorragende Arbeit der letzten Jahre herzlich zu danken, sondern auch über den Sinn der Fortexistenz der AG Handel nachzudenken.

Wirken nach Innen

Diese Sinn-Debatte führte die AG Handel auf ihrer letzten Sitzung im Oktober und beantwortete die Frage nach der Zukunft der AG mit einem „Ja“. Dafür waren vor allem zwei Gründe ausschlaggebend:

1. Obwohl es viele Überschneidungen zwischen den Mitgliedern der AG Handel, den Träger der „Gerechtigkeit jetzt!“-Kampagne und den bei Attac mitmachenden Gruppen und Personen gibt, bietet die AG Handel gerade denjenigen Personen und Organisationen eine Möglichkeit des Austausches und für Aktivitäten, die aus verschiedenen Gründen weder bei der Kampagne noch bei Attac aktiv werden können bzw. wollen.
2. Die Schwerpunktsetzung der Kampagne wie auch der handelspolitischen Arbeit von Attac kann nicht alle wichtigen Handelsbereiche abdecken, gerade nach dem Scheitern der Cancúner WTO-Ministerkonferenz sind die Aufgaben und offenen Fragen mehr denn weniger geworden. Es gibt also genug zu tun.

Die AG Handel schlägt deshalb eine Arbeitsteilung vor: Das „Nach-Außen-Treten“, die allgemeine Informations-, Presse-, Lobby- und vor allem Mobilisierungs- und Kampagnenarbeit soll von der Welthandelskampagne „Gerechtigkeit jetzt!“ geleistet werden. Einzige Ausnahme für eine eigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind mögliche übergeordnete Aktivitäten des Forums Umwelt und Entwicklung, die auch Handelsaspekte berühren. Ein Beispiel hierfür liefert die Arbeit des Forums zum Johannesburger Weltgipfel von 2002.

Die AG Handel dagegen will nach Innen wirken und

- Themen, die noch nicht kampagnenfähig sind, sowie relevante Fragestellungen, die von anderen nicht abgedeckt werden können, aufgreifen und bearbeiten,
- wie bisher die Kontakte zur Brüsseler Ebene weiterführen und natürlich
- bei Forums-Aktivitäten die Handelsaspekte einbringen.

Jahresplanung für 2004

Die Jahresplanung für 2004 sieht drei Studientage (in Kombination mit regulären Sitzungen der AG Handel) und ein Seminar vor: Bereits Mitte Januar soll zusammen mit der Kampagne „Gerechtigkeit jetzt!“ das für Mitte Dezember in Genf von der WTO geplante Post-Cancún-Treffen ausgewertet werden. Im Vorfeld der UN Conference on Trade and Development (UNCTAD, 13. - 18. Juni in Sao Paulo/Brasilien) erscheint es sinnvoll, das kontroverse Thema Marktöffnung für agrarische, nichtagrarische und Umweltgüter zu diskutieren. Dies soll im Mai geschehen. Für den Herbst steht die Multilateralismus-Debatte, das Spannungsverhältnis zwischen multilateralen und regionalen Handelsabkommen, auf der Tagesordnung. Die Reform des WTO-Streitfallverfahren soll durch ein Diskussionspapier begleitet, der aktuelle Gentechnik-Streitfall zusammen mit der AG Landwirtschaft und Ernährung und der AG Biodiversität verfolgt werden. Auf Wunsch der Umweltverbände soll der Verhandlungspunkt „Handel und Umwelt“ der laufenden Doha-Handelsrunde in einem Seminar thematisiert werden. Aufgaben für die AG Handel gibt es also genug - ebenso Platz für Interessierte, die an diesem Arbeitsprogramm mitwirken möchten.

Stefanie Pfahl & Jürgen Knirsch

Die Autoren sind Koordinatorin und Koordinator der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung
Kontakt: AGHandel@yahoogroups.de



AG Landwirtschaft und Ernährung

Gentechnik, Ökolandbau, WTO - Planung für 2004

Nach Beschluss der AG im Januar 2003 wechselt die Koordination zwischen den Umwelt- und Entwicklungsorganisationen im jährlichen Turnus. Birgit Wilhelm (Naturland e.V.) hat für 2003 die Koordination ehrenamtlich übernommen. (Kontakt: b.wilhelm@naturland.de, Tel: 089 89 80 82 85). Im Januar wird das Amt wieder ein/eine VertreterIn einer Entwicklungsorganisation übernehmen. Hierzu findet die schon traditionelle AGLE Sitzung am 20.1.2003 während der „Grünen Woche“ in Berlin statt.

Neben den Vorbereitungen zu der WTO-Ministerkonferenz in Cancún mit dem Schwerpunkt Agrarpolitik, beschäftigte sich die AGLE mit Fragen zur Gentechnik in der Landwirtschaft, insbesondere mit den möglichen Auswirkungen der neuen Gentechnik-Gesetzgebung auf die Länder des Südens. Noch vor Ende des Jahres soll eine von der AGLE beauftragte Studie zum Thema veröffentlicht werden. Ein weiteres brisantes Thema sind die zunehmenden Standardentwicklungen (Umwelt- und Sozialstandards) in Europa und deren möglicher Missbrauch als Handelsbarrieren für Produkte aus dem Süden. (siehe Veranstaltung am

8.12.2003 in Berlin). In diesem Zusammenhang wird auch die Stellung des Ökolandbaus in Entwicklungsländern von der AGLE diskutiert. Eine gemeinsame Tagung mit Umweltverbänden, Entwicklungsorganisationen und Ökolandbau-Organisationen wird am 2.12.2003 in Frankfurt stattfinden. Welchen Beitrag kann der Ökolandbau zur nachhaltigen Hungerbekämpfung im Süden leisten? Oder gibt es nicht vielmehr einen Widerspruch zwischen Zertifizierung und Armutsorientierung? Die Tagung ist der Beginn eines Dialogprozesses, der auf der Biofach in Nürnberg im Februar 2004 weitergeführt wird. Das Ziel ist eine gemeinsame Erklärung zu den Möglichkeiten bzw. Grenzen des Ökologischen Landbaus aus entwicklungspolitischer Sicht.

Schwerpunkthemen

Auf der letzten AGLE Sitzung auf dem Venusberg in Bonn wurden bereits die Schwerpunkthemen für das nächste Jahr angesprochen. Die Gentechnikdebatte wird weitergeführt und soll auch mit Hilfe der Studie und eines Faltblattes in die NGOs aus dem Süden weitergetragen

werden. Zum großen Thema „Zucker“ plant die AGLE Anfang 2004 ein Vernetzungstreffen mit anderen NGOs, die sich mit diesem Thema beschäftigen, um ein gemeinsames Positionspapier zu entwickeln. Die Diskussion zum Ökolandbau und seine Bedeutung in Entwicklungsländern wird fortgesetzt. Nach wie vor wird der Handel mit Agrarprodukten und die Entwicklungen rund um die WTO einen wichtigen Platz in der AGLE einnehmen.

Gerade im Bereich Landwirtschaft und internationale Agrarpolitik verfolgen die Interessensvertreter von Umwelt und Entwicklungsverbänden zum Teil unterschiedliche Strategien. Nach wie vor gibt es viele offene Fragen und Diskussionsbedarf, um gemeinsame alternative Konzepte zu entwickeln, die den Herausforderungen der Landwirtschaft im Norden und im Süden gerecht werden. Alle sind herzlich willkommen in der AGLE die Plattform für den Austausch zu nutzen, Überzeugungsarbeit zu leisten und aktiv mitzuarbeiten!

Birgit Wilhelm

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei Naturland und Koordinatorin der AG Landwirtschaft & Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung.

AG Lokale Agenda 21

LAND in Sicht

Einen Tag nach der Jahresveranstaltung des Nachhaltigkeitsrates trafen sich Mitglieder des Lokale Agenda 21 Netzwerks Deutschland (LAND), der AG LA21 des Forums Umwelt & Entwicklung, zum zweiten Plenum dieses Jahres. In der Ratsveranstaltung wurde beschlossen, einen Brief an den Rat für Nachhaltige Entwicklung zu schreiben, um die Position von LAND deutlich zu machen. Weiterhin ging es bei dem Plenum um die Stabilität, Effektivität und um Erfolge von Lokalen Agenda 21 Prozessen in deutschen Kommunen.

Das nächste große Vorhaben von LAND ist die Organisation einer Konferenz Erneuerbare Energien in Freiberg/Sachsen am 25./26. März 2004 (siehe Seite 41 in diesem Heft). Dafür wurde die Freiburger Erklärung zum Ausbau der Erneuerbaren Energien vorbereitet, die von den KonferenzteilnehmerInnen verabschiedet bzw. schon im Vorfeld von Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen unterzeichnet werden soll. Die Erklärung kann ab Januar unter www.forumue.de heruntergeladen werden. Sie soll Eingang finden in

die Internationale Konferenz Erneuerbare Energien Anfang Juni. Das nächste Plenum ist im Februar 2004 in Hannover geplant.

Kontakt:
LAND-Geschäftsstelle,
c/o GRÜNE LIGA,
Tel. 030/443391-64,
land@grueneliga.de

Gudrun Vinzing

Die Autorin arbeitet bei der Grünen Liga



AG Habitat

Weltweit Demonstrationen für das Recht auf Wohnen

Aus Anlass des Welt-Habitattages am 6. Oktober hatte die Habitat International Coalition (HIC) erstmals zu INTERNATIONALEN AKTIONSTAGEN FÜR DAS RECHT AUF WOHNEN auf. Basisbewegungen und Organisationen stellten ihre nationalen und lokalen Aktionen in einen internationalen Zusammenhang .



Offizielles Thema der VEREINTEN NATIONEN : Wasser. Allein in Afrika fehlt 50% der städtischen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser. Weltweit wird die Wasserversorgung zu Gunsten großer Konzerne privatisiert. Menschen ohne Einkommen können Wasser nicht bezahlen. Es kommt zu verzweifelten Widerstandsaktionen gegen die Verwandlung dieses Lebensmittels in eine kostenpflichtige Ware.

„Bei der Habitat II-Konferenz in Istanbul 1996 haben die Regierungen versprochen mehr zu tun, um Wohnen als ein fundamentales Menschenrecht anzuerkennen“, sagte HIC-Präsident Enrique Ortiz. „Aber heute leben viel mehr Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen, ohne Landrechte, Wohnungen oder Basis-Versorgung wie zum Beispiel Wasser. Wir haben die Kampagne gestartet um die Regierungen an ihre Verpflichtungen zu erinnern.“

Lateinamerika

In Mexiko z.B. organisierte das Movimiento Urbano Popular (MUP) Demonstrationen und Camps im Zentrum von Mexiko-Stadt. MUP schätzt das nationale Wohnungsdefizit auf 4,2 Millionen. Jährlich müssten 700.000 Wohnungen neu gebaut werden. Etwa zwei Drittel des Wohnungsbaus erfolgt in irregulärer Selbsthilfe, ohne Finanzierung und Basis-Infrastruktur. Öffentliche Förderungen wurden gekürzt, gehen an den Bedürfnissen der Armen vorbei. Die Regierung verneint eine politische Gesamtverantwortung für das Problem und arbeitet vorrangig mit privaten Geschäftsleuten und Investoren zusammen. Nach Ansicht von MUP droht sich diese Privatisierungstendenz auch im neuen Wohnungsgesetz

durchzusetzen. Die Alternative wäre eine direkte Zusammenarbeit der öffentlichen Stellen mit der sozialen Selbstorganisation der BewohnerInnen, die in vielen Projekten bewiesen hat, dass kostengünstigere und nachhaltigere Siedlungsformen möglich sind, wenn der gesamte Prozess der „Produktion von Habitat“ von den BewohnerInnen organisiert wird.

In der Dominikanischen Republik veranstaltete das Consejo de Unidad Popular (CUP) eine Demonstration zum Präsidentensitz um eine Beendigung von Zwangsräumungen zu fordern. In Peru fanden Foren und Demonstrationen statt, auf denen Verletzungen des Rechts auf Wohnens dargestellt und eine öffentliche Unterstützung für die „soziale Produktion von Habitat“ gefordert wurden. In Sao Paulo, Brasilien, versammelten sich Vertreter von über 50 Organisationen vor der Bundesbank und forderten die umgehende Prüfung einer Volksinitiative für die Einrichtung eines nationalen Wohnungsbau-Fonds für die Bedürfnisse der Armen. In Buenos Aires, Argentinien, marschierte das Movimiento de Ocupantes e Inquilinos (MOI) zum Regierungs-Palast und forderte die Finanzierung und Umsetzung eines Gesetzes, das selbst-organisierte Wohnprojekte fördert. Andere Organisationen veranstalteten Konferenzen und diskutierten Maßnahmen für den Stopp der massiven Räumungen und Mieterhöhungen.

Indonesien

In Indonesien veranstaltete das Urban Poor Consortium, Jakarta, u.a einen „Karneval der städtischen Armen“ am 9. Oktober. Die Aktionen richteten sich u.a. gegen geplante Zwangsräumungen im Zuge von Fluss-Regulationen und Wasserbaumaßnahmen. Allein ein geplanter Ka-

nal in Jakarta droht mehrere 10tausend Menschen aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Ein weiteres Thema ist die Verfolgung des Straßenhandels und der informellen Ökonomie in Jakarta.

Kenia

In Kenia wurde eine Kampagne („Blow the whistle!“) gegen die illegale oder irreguläre Aneignung von öffentlichem Land fortgesetzt. Die starke „Plünderung“ des öffentlichen oder gemeinschaftlichen Bodens durch private Entwickler und korrupte Regierungsstellen führt zur Vertreibung der traditionellen Nutzer und zu einer ungesteuerten Siedlungsentwicklung, sie zerstört Natur und Umweltressourcen und vor allem auch die bestehenden sozialen Gemeinschaften und ihre Kultur der Entscheidungsfindung im Konsens. Nach dem Machtwechsel in Nairobi hat die neue Regierung versprochen, die illegalen Landaneignungen zu überprüfen. Die Kampagne dient nicht zuletzt der Bestandsaufnahme der illegalen Landaneignungen durch Beteiligung der Basisgemeinschaften.

USA

In den USA protestierten sowohl Mieter- als auch Obdachlosenorganisationen gegen die massiven Kürzungen der Sozialbudgets und des Sozialen Wohnungsbaus zu Gunsten von Bushs Kriegsbudget protestieren. Nach Angaben der National Alliance of HUD Tenants (NAHT) droht das gekürzte Wohnungs-Budget von Präsident Bush mindestens 184.000 Familien mit niedrigen Einkommen, Ältere und Behinderte aus ihren Wohnungen verdrängen, weil erstmals seit 30 Jahren ihre Unterstützungssubventionen für die Wohnkosten wegfallen. Die USA haben seit 1996 außerdem mehr als 250.000 öffentlich geförderte Sozialwohnungen verloren.

Brüssel

In Brüssel fanden vom 16. - 18. Oktober plakative Aktionen statt, die unter anderem auf die exorbitant gestiegenen Mieten in Folge des Zuzugs der Euro-Berater und - Lobbyisten hinwiesen.

Knut Unger

Der Autor ist einer der Koordinatoren der AG Habitat.



Wider den klimapolitischen Stillstand!

Zur Lage und Zukunft internationaler Klimapolitik

Am 13. November 2003 fand in Wuppertal der gemeinsam vom Forum Umwelt & Entwicklung und dem Wuppertal Institut organisierte Workshop „Rio, Kyoto und was dann? Die Zukunft internationaler Klimapolitik“ statt. Der Artikel fasst dessen wesentliche Diskussionsstränge zusammen, eine ausführliche Dokumentation der Workshop-Beiträge wird in Kürze auf der Webseite des Forum Umwelt & Entwicklung (www.forumue.de) verfügbar sein.

Wie das erstarrte Kaninchen auf die Schlange, so blickt gegenwärtig die internationale Klimadiplomatie gebannt auf Russland. Denn nach der Absage der USA an das Kyoto-Protokoll ist die russische Ratifikation eine „conditio sine qua non“ für sein völkerrechtliches Inkrafttreten. Nicht wenige setzten ihre Hoffnung auf ein positives Zeichen von Präsident Putin während der Moskauer Weltklimakonferenz im September '03 - und wurden bitterlich enttäuscht. Seitdem wird von manchem Beobachter bereits das Wort vom „Tod des Kyoto-Protokolls“ im Munde geführt. Vor diesem Hintergrund fanden sich in Wuppertal NRO-VertreterInnen zusammen, um mögliche Wege zu diskutieren, wie der klimapolitische Stillstand der letzten zwei Jahre überwunden werden kann, und gleichzeitig den Blick für die langfristigen Herausforderungen internationaler Klimapolitik zu schärfen.

Auf russische Ratifikation drängen!

Als Resultat eines Jahrzehnts intensiver Verhandlungen ist das Kyoto-Protokoll alternativlos. Damit dieses Instrument internationalen Klimaschutzes in absehbarer Zeit Wirkung entfalten kann, muss die EU und insbesondere Deutschland noch intensiver als bisher alle diplomatischen Kanäle nach Moskau und Petersburg nutzen, um auf eine baldige russische Ratifikation zu drängen. Darüber hinaus könnten beispielsweise mittels einer langfristig angelegten EU-Investitionsstrategie zur Förderung von Energieeffizienz und Er-

neuerbaren Energien in Russland (im Gegenzug für langfristige Gas-Lieferverträge) zusätzliche Anreize gesetzt werden. Nicht zuletzt könnte Bundespräsident Rau seinen Amtskollegen Putin an die ihm gegenüber gegebene Ratifikationszusage erinnern und sich damit kurz vor Ende seiner Amtszeit um die weltpolitische Großwetterlage verdient machen.

„So tun also ob“!

Der Zug für ein baldiges „Ja“ aus Moskau scheint jedoch zunächst einmal abgefahren zu sein. Angesichts der russischen Parlaments- (Dezember '03) und Präsidentschaftswahlen (März '04), aber auch mit Blick auf die US-amerikanische Präsidentschaftswahl Ende 2004 ist mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls nicht vor 2005 zu rechnen. Erst in dem Jahr also, in dem die Staaten eigentlich bereits Berichte über glaubhafte und nachweisbare Fortschritte in der Umsetzung der Kyoto-Pflichten abliefern soll(t)en. Um diese wichtige Zwischentappe nicht ganz aus den Augen zu verlieren und damit dem Erfüllen der Kyoto-Ziele womöglich unüberwindbare Hindernisse in den Weg zu legen, müssen in den kommenden Monaten innerhalb der EU aber auch mit Kanada und Japan Vereinbarungen getroffen werden, bis zum Inkrafttreten des Protokolls gemäß dem Motto „so tun, als ob“ zu verfahren. Ein solcher Schritt kann durch ein gemeinsames öffentliches Bekenntnis zu den Kyoto-Zielen durch alle 118 Staaten, die das Kyoto-Protokoll bereits ratifiziert haben, untermauert werden; aber auch die Option eines völkerrechtlich wirksamen, an das Kyoto-Protokoll angelehnten Instruments („Quasi-Kyoto“) sollte geprüft werden. Dies würde gleichzeitig das Signal nach Russland senden, dass man sich nicht auf Dauer zum Spielball russischer Forderungen und Befindlichkeiten machen wird. Es gilt daher, die bisher nur hinter vorgehaltener Hand geäußerten Überlegungen für die Ausgestaltung der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des Protokolls auf die regierungsamthliche Agenda zu heben.

Frühzeitig über Langfrist-Strategien nachdenken!

Selbst ein Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls, dessen politische Bedeutung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Si-

tuation kaum überschätzt werden kann, ist jedoch nur ein erster Schritt, um der Herausforderung Klimaschutz in diesem Jahrhundert zu begegnen. Mittel- und langfristig effektive Klimapolitik bedarf nicht nur einer deutlichen Verschärfung der Emissionsminderungen in den Industrieländern (und natürlich der Reintegration der USA), sondern muss sich auch der Herausforderung eines vermehrten Einbezugs von Schwellen- und Entwicklungsländern in ein Verpflichtungsregime stellen. Gegenwärtig findet vor allem in Wissenschaftskreisen eine intensive Debatte darüber statt, welche Form derlei Verpflichtungen annehmen können. Keine leichte Aufgabe, muss doch einerseits der historischen Verantwortung des Nordens wie auch den Entwicklungsbedürfnissen des Südens Rechnung getragen werden, ohne gleichzeitig das letztendliche Ziel internationaler Klimapolitik, „eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems“ zu verhindern (Art. 2 Klimarahmenkonvention), aus den Augen zu verlieren. Langfristig bedeutet dies, die globalen pro Kopf-Emissionen auf ein „nachhaltiges“ Niveau zu senken, das unterhalb der gegenwärtigen Durchschnitts-Emissionen des Südens liegt.

Den Umweltverbänden in Europa und insbesondere in Deutschland wird daher in den nächsten zwei bis drei Jahren die hohe Verantwortung zukommen, den Klimazug wieder ins Rollen zu bringen und die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Dazu bedarf es Allianzen mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften, aber auch Bündnisse mit potenziellen Klimaschutz-Profiteuren aus Industrie und Handwerk. Ein gemeinsames Vorgehen einer solchen Koalition mag in der Lage sein, Klimaschutz in Zeiten des Umbruchs (wieder) das erforderliche Gewicht in Öffentlichkeit und Politik zu verleihen.

Bernd Brouns

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und einer der Koordinatoren der AG Klima des Forums Umwelt und Entwicklung.



Gender Mainstreaming im Natur- und Umweltschutz

Ein neuer Impuls für mehr Nachhaltigkeit

Gender Mainstreaming soll nicht nur Einzug in die große Politik und Verwaltung halten, sondern auch in Natur- und Umweltschutzverbände. Das wurde in den letzten Jahren im Rahmen von Studien und Veranstaltungen zu diesem Thema immer wieder betont. Die Beschäftigung mit dem Thema und die Umsetzung stellen zwar hohe Ansprüche an die Verbände, sie können aber auch neue Impulse für die inhaltliche Arbeit liefern.

Seit Mitte der neunziger Jahre wird auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene das Instrument Gender Mainstreaming diskutiert. Im Jahre 2000 wurde Gender Mainstreaming in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) verankert, das heißt alle Bundesministerien und damit alle Politikfelder sind aufgefordert, die Gleichstellung der Geschlechter, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen beider Geschlechter bei allen gesellschaftlichen Vorgaben von vorneherein, langfristig und kontinuierlich zu berücksichtigen.

Gender Mainstreaming ist jedoch nicht nur eine Angelegenheit von Politik und Verwaltung, sondern für jegliche Art von Organisation und Institution. Inzwischen hat es bereits Eingang gefunden in Parteien, Gewerkschaften, Hochschulen, Unternehmen und Verbände.

Vorstudie des DNR

Der Deutsche Naturschutzring hat in diesem und im letzten Jahr in einer vom Umweltbundesamt (UBA) finanziell unterstützen Vorstudie „Gender Mainstreaming- Relevanz und Herausforderung für die Natur- und Umweltschutzverbände“ eine erste Bestandsaufnahme gemacht und das Interesse an diesem Thema sowie Notwendigkeit und Bedürfnisse für Informationen, Diskussionen und Umsetzung eruiert. Es hat sich bestätigt, dass die Natur- und Umweltschutzverbänden noch große Wissensdefizite und einen großen Bedarf an Informationen haben. Die Verbände müssen Gender Mainstreaming

erst einmal verstehen lernen. Die Beschäftigung mit Gender wird zukünftig ein wichtiges Auswahlkriterium für Entscheidungen bei finanziellen Förderanträgen sein. Gender Mainstreaming muss als Prozess kommuniziert werden. Es müssen Strukturen reformiert und neue Strategien entwickelt werden.

Umsetzungsstrategien und -instrumente

Darauf aufbauend ist es sicher nicht so schwer ein Leitprinzip von Gender Mainstreaming für die Natur- und Umweltschutzverbände zu formulieren. Viel schwerer wird es werden, konkrete und für jeden Verband passende Umsetzungsstrategien und -instrumente zu entwickeln - vor allem bei der Heterogenität der Mitgliedsverbände des Deutschen Naturschutzrings. Dies jedoch wollen wir mit einem Projekt im nächsten Jahr angehen. Gender Mainstreaming wird auch Thema auf einer zentralen Veranstaltung im Rahmen des 27. Deutschen Naturschutztages in Potsdam im Mai nächsten Jahres sein.

Leitstelle „genanet“

Seit Herbst diesen Jahres gibt es die Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt und Nachhaltigkeit in Frankfurt, kurz genanet genannt (vgl. Rundbrief 3/2003). Hier sollen Strukturen aufgebaut werden, die eine effektive Einflussnahme auf (umwelt)politische Entscheidungen aus der Geschlechterperspektive ermöglichen. Genanet will Expertinnen aus Politik, Verwaltung, Planung, Forschung und Bildung, die an der Schnittstelle Gender- Umwelt- Nachhaltigkeit arbeiten, ein inhaltliches und strategisches Diskussionsforum bieten. Genanet unterstützt Umweltorganisationen bei der Integration der Geschlechterperspektive in ihrer Facharbeit und in der Durchsetzung von Strukturen und Strategien.

Begleitet wird genanet von einem externen Strategie-Beirat und einem internen Lenkungsausschuss.

Gender Mainstreaming und Naturschutz

Auf einer Tagung des Bundesumweltministeriums (BMU) und des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) vom 05.-07. No-

vember 2003 wurden erstmals Ideen und konkrete Ansatzpunkte für eine geschlechtergerechte Behandlung einzelner Themen - und Handlungsfelder wie z.B. GIA, das Gender Impact Assessment, Naturschutzakzeptanz, Regionalentwicklung, die Chance für Geschlechtergerechtigkeit im integrierenden Naturschutz, Weinbau, Land- und Forstwirtschaft vorgestellt und diskutiert. Zusammenfassend ließen sich bei dieser Tagung drei wichtige Konsequenzen herauskristalisieren:

- Gender Mainstreaming und Naturschutz sind beides Querschnittsthemen, beide sind diversitätsorientiert. Gender Mainstreaming öffnet somit den Blick für die soziale Komponente im Naturschutz.
- Gender Mainstreaming schafft neuen Bündnis-konstellationen und neue strategische Allianzen.
- Gender Mainstreaming kann als Motor für Veränderungen, für mehr Kreativität und vor allem für mehr Offenheit und Gerechtigkeit in allen Lebens- und Arbeitsstrukturen dienen.

Zu der Tagung finden Sie einen ausführlichen Bericht und eine Auswertung in der nächsten Ausgabe des Rundbriefes. Der Tagungsband zur dieser Veranstaltung ist für Frühjahr 2004 geplant. Bereits Ende dieses Jahres soll eine „Checkliste für erfolgreiche „gegenderte“ Naturschutzprojekte“ auf der Homepage des BfN veröffentlicht und zu beziehen sein.

Fazit

Gender Mainstreaming fordert die Auseinandersetzung des Naturschutzes mit sozialen und gesellschaftspolitischen Themen und Fragestellungen und kann damit auch helfen, die unbedingt erforderliche Lebensstildebatte zu beleben und voranzubringen.

Helga Inden-Heinrich

Die Autorin ist Stellvertretende Generalsekretärin des Deutschen Naturschutzringes, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR).



Wasser in Paris

Vielfältige Ideen trotz fehlender Aktivisten

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im allgemeinen und der Wasserversorgung im besonderen war beim ESF in Paris ohne Zweifel ein Schwerpunkt. Allein in Ivry, einem der vier Veranstaltungsorte, gab es dazu etwa 20 Plenen, Seminare und Arbeitsgruppen.

Organisiert waren sie überwiegend vom „Water Pole“, zu dem sich zwei Dutzend Umwelt-, Verbraucher- und Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften wie der Dachverband der Dienstleistungsgewerkschaften PSI und Forschungsinstitute wie das Transnational Institute (TNI) zusammengeschlossen hatten – ohne deutsche Beteiligung.

Die globalen Auswirkungen der Politik der EU und der globalen Multi-Utility-Konzerne und die Liberalisierung und Privatisierung von Wasserversorgung in Europa standen beim Thema Wasser im Mittelpunkt. Dabei ging es zum einen um die GATS-Verhandlungen, bei denen nach Erkenntnissen von European Corporation Observatory (CEO) die Europäische Kommission eng mit den privaten Versorgungskonzernen zusammenarbeitet. Zum anderen übt die EU verstärkten Druck auf die osteuropäischen Beitrittsländer aus, öffentliche Dienste für private Investoren zu öffnen: „Regierungen, die darauf nicht eingehen, riskieren, sich nicht für den Beitritt zu qualifizieren“, sagte Roman Havlicek aus der Slowakei.

Das Interesse unter den etwa 40.000 TeilnehmerInnen des ESF war allerdings im Vergleich mit anderen Themen deutlich geringer. War das erste Plenum über Globale öffentliche Güter noch gut besucht – nicht zuletzt dank prominenter Besetzung – so fanden sich beim Seminar „Taking Action“ keine 100 Leute zusammen, darunter nur wenige Vertreter von Wasser-aktiven Gruppen. Umso vielfältiger die Kampagnen und Aktionsvorschläge:

□ Die „Blaue Botschaft“ rief zu einer Menschenkette am 7. Dezember in Brüssel auf, um gegen die Pläne der Regierung in Madrid, Wasser aus Nordspanien in die Trockengebiete im Süden umzuleiten (Spanish National Hydrological Plan, SNHP), und die für dieses „größte ökologische und soziale Desaster“ beantragten EU-Millionensubventionen zu protestieren:
www.embajadaazul.com

□ Aktivisten um Riccardo Petrella stellten die Vorbereitungen für das 2. Alternative Weltwasserforum vor, das vom 20.-22. März 2005 in Genf stattfinden soll: www.acme-eau.com

□ Ein weiterer Aktionsplan war bereits beim Strategietreffen zu Wasserprivatisierung im Süden beschlossen worden, das das TNI vom 16.-18. Oktober in Amsterdam organisiert hatte, und an dem etwa 40 Gruppen, die sich für das Recht auf Wasser einsetzen, teilgenommen hatten. In seinem Mittelpunkt steht zum einen die Unterstützung für die „Manila Water Justice Campaign“ mit Fokus auf Suez/Ondeo und auf Alternativen partizipatorischer öffentlicher Modelle, zum anderen die Privatisierungsbemühungen der EU (Water Initiative bzw. Water Fund und GATS) und der Internationalen Finanzinstitutionen, unter denen zunehmend die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EBRD, wegen ihrer Aktivitäten in Osteuropa ins Aufmerksamkeitsfeld rückt. Vorgeschlagen wurde in Amsterdam zudem ein europäischer oder gar globaler Aktionstag gegen Verhandlungen über Wasser im Rahmen von GATS am 22. März 2004, dem UN-Weltwassertag: (satoko@tni.org).

□ Darüber hinausgehend wurde bei der Kampagnenplanung „Taking Action“ in Ivry vorgeschlagen, die gesamte 3. Märzwoche des kommenden Jahres zur internationalen Aktionswoche zu machen: Neben Aktionen am Weltwassertag sollen zwischen dem 14. und dem 22. März dann u.a. ein Aktionstag gegen Großstaudämme und weltweite Demonstrationen gegen Krieg, einschließlich den Krieg um Wasser (20. März), durchgeführt werden.

□ Auch beim Weltsozialforum im indischen Mumbai (16.-20. Januar 2004) wird das Wasserthema in seinem ganzen Spektrum absehbar eine zentrale Rolle spielen. Unmittelbar vorher soll vom 11.-14. Januar in der Hauptstadt New Delhi ein People's World Water Forum stattfinden (Infos: cmep@citizen.org).

„Re-Munizipalisierung“

Neben der GATS-Kampagne und dem Widerstand gegen den SNHP wird im kommenden Jahr ein weiterer wichtiger

inhaltlicher Schwerpunkt für Aktionen in Europa die Kampagne für eine Rückkehr der Wasserversorgung in öffentliche Hand sein, über die Thierry Adam von Attac Frankreich berichtete. Hintergrund: In Frankreich, dem Heimatland der Wasserprivatisierung a la Suez, Vivendi und SAUR, stehen für 4.000 Verträge zwischen Gemeinden und Versorgungskonzernen Neuverhandlungen an. Angesichts schlechter Erfahrungen mit den Privaten (höhere Preise, fehlende Transparenz, schlechte Wasserqualität) wird von französischen Organisationen eine breite Kampagne vorbereitet, damit die Gemeinden die Verträge nicht verlängern. Stattdessen sollen sie die Versorgung wieder in eigene Regie nehmen. Mit einem Pilotprojekt in Toulouse sollen zunächst die politischen, rechtlichen und organisatorischen Bedingungen einer solcher „De-Privatisierung“ durchgespielt werden, um eine „Roadmap“ (Thierry Adam) für andere Gemeinden zu erstellen, wie sie sich aus der Abhängigkeit von Suez und Co. befreien können.

Auch wenn diese aktuelle Situation in Frankreich nicht unmittelbar auf andere europäische Länder zu übertragen ist, so liefert sie doch warnendes Anschauungsmaterial dafür, wie schwierig es ist, eine einmal erfolgte Privatisierung rückgängig zu machen. Gleichzeitig würde eine erfolgreiche „Re-Munizipalisierung“ dazu beitragen, die Heimatbasis der Konzerne zu schwächen und die Realisierungsmöglichkeiten von Alternativen zur Privatisierung zu stärken.

Dabei ist es allerdings mit einer Rückkehr zum System öffentlicher Versorgung beziehungsweise seiner Verteidigung nicht getan. Notwendig, so etwa der Sprecher der „Blauen Botschaft“, der Spanier Pedro Arrojo, sei eine „Revitalisierung des öffentlichen Sektors auf der Grundlage partizipativer Demokratie“. Vorbilder dafür sind zum Beispiel die Praxis des „participatory budgeting“ in Porto Alegre und Verbraucher-Kooperativen wie im bolivianischen Santa Cruz. Dafür müssen Gemeinden und öffentliche Versorgungsunternehmen allerdings dazu gebracht werden, Macht, Befugnisse und Planungskompetenzen an Verbraucher und lokale Gruppen abzugeben.

Uwe Hoering

Der Autor ist freier Journalist.



Die WTO nach dem Scheitern von Cancún

Wie geht es weiter?

Wer glaubt, die Industrieländer hätten die richtigen Konsequenzen aus dem Scheitern von Cancún gezogen, der könnte sich leicht getäuscht sehen. Noch in Cancún erklärten EU wie Bundesregierung, der 2. Entwurf der Ministererklärung sei aus ihrer Sicht der Ausgangspunkt für die weiteren Verhandlungen. An dieser Position wird nach wie vor festgehalten. Dies ist insofern erstaunlich, als es genau dieser 2. Entwurf war, an dem die Verhandlungen in Cancún scheiterten.

Ob eine solche Strategie letztlich Erfolg zeitigt, wird womöglich schon der 15. Dezember zeigen. Dann treffen sich, wie in der Abschlusserklärung von Cancún vorgesehen, die WTO-Mitglieder in Genf wieder, um das weitere Procedere zu beraten. Während die meisten Entwicklungsländer unmittelbar nach dem Scheitern noch in Cancún den 2. Entwurf als Grundlage für weitere Verhandlungen strikt ablehnten, scheint diese Front zumindest aufgeweicht. Die APEC-Staaten haben bereits eingelenkt, und auch die Afrikanische Gruppe scheint zumindest für den Bereich Landwirtschaft die weiße Fahne gehisst zu haben. Dies ist offenbar der Preis für ihren Widerstand in Cancún, den einige Länder nun aufgrund des erheblichen politischen und ökonomischen Drucks aus dem Norden zahlen müssen.

Bereits kurz nach Cancún deutete sich ein solche Entwicklung an, als kleinere Staaten wie Costa Rica und Kolumbien (ganz offensichtlich auf Druck der USA) aus der Süd-Koalition für die Agrarverhandlungen (G21 plus) austraten. Zwar ist Simbabwe soeben eingetreten, nichtsdestoweniger scheint der Druck erheblich zu sein. Wie sonst sollte der plötzliche Sinneswandel einer Reihe von Entwicklungsländern in wenigen Wochen zu erklären sein.

Singapur-Issues

Zugeständnisse der EU jedenfalls können hierfür offenbar nicht die Ursache zu sein. Denn davon ist weit und breit nichts zu sehen. Die EU wird am 2. Dezember in Brüssel ihre Verhandlungsstrategie beschließen. Überraschungen sind kaum zu erwarten. Immerhin darf man gespannt

sein, mit welchem Nachdruck sich Wirtschaftsminister Clement für die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zu den WTO-Verhandlungen einsetzen wird - gerade was die Forderung der Zurückstellung von Verhandlungen zu den Singapur-Issues (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen, administrative Handelserleichterungen) betrifft. Dabei stünde er mit einer solchen Strategie nicht alleine; die dänische Regierung hat einen Beschluss, der in diese Richtung geht, gerade gefasst. Bei der deutschen Bundesregierung ist da allerdings bislang zumindest öffentlich wenig Enthusiasmus zu erkennen. Offenbar tut hier eine vertiefende Debatte über die unterschiedlichen Rollen von Legislative und Exekutive in demokratisch verfassten Gesellschaftssystemen Not.

Dabei könnte Clement gerade bei den Singapur-Themen eine Überraschung erleben. Denn die Afrikanische Gruppe scheint in diesem Bereich bislang finster entschlossen, ihre ablehnende Position durchzuhalten. Das Ergebnis von Cancún wie die Vereinbarungen der vorangegangenen Ministerkonferenz in Doha unterstützen diese Haltung. In Doha war ein klares Procedere vereinbart worden. Dort stimmten die Minister überein, dass es Verhandlungen nach der 5. Ministerkonferenz (eben Cancún) auf der Basis eines expliziten Konsens aller WTO-Mitglieder geben wird. Dieser Konsens, so sagt die Doha-Vereinbarung unmissverständlich, ist in Cancún herbeizuführen.

Nun hat es einen solchen Konsens in Cancún zweifelsfrei nicht gegeben, folglich fehlt auch die Basis für Verhandlungen. Da die 5. Ministerkonferenz in Cancún auch formal beendet (und nicht wie die gescheiterte Ministerkonferenz von Seattle 1999 in Genf „fortgeführt“ wird), gibt es auch keinen juristischen Kniff mehr, auf „dieser“ Konferenz einen expliziten Konsens herbeizuführen. Damit ist in Cancún eigentlich entschieden worden, dass es keine Verhandlungen zu den Singapur-Themen gibt.

Eine solche Interpretation deckt sich mit der Erklärung des Vorsitzenden der Doha-Konferenz, der seinerzeit klarstellte, dass die vereinbarte Formulierung als Möglichkeit zum Ausstieg aus Verhandlungen zu verstehen sei. Die Afrikanische Gruppe, die - wie auch Indien und einige andere Länder - in Doha in einem ge-

sonderten Statement explizit erklärte, diese Interpretation mache für sie die Zustimmung zum Kompromiss von Doha überhaupt erst möglich, kann sich heute wieder darauf berufen.

Druck auf die Entwicklungsländer

Damit, so könnte man glauben, wäre die Sache eigentlich vom Tisch. Ist sie aber nicht. Der politische Druck insbesondere der EU auf die Entwicklungsländer, die Niederlage in Cancún doch noch in einen Sieg zu verwandeln, verstärkt sich zunehmend. Vielen Beobachtern drängt sich der Eindruck auf, als ob bei den nun anstehenden Gesprächen in Genf das vollendet werden soll, was in Cancún aufgrund des für viele überraschenden Abbruchs der Verhandlungen nicht mehr greifen konnte: durch politischen Druck nach und nach verwundbare Entwicklungsländer aus den Süd-Koalitionen herausbrechen, dadurch Schlüsselstaaten isolieren und so Zustimmung zu erzwingen. Dieses Muster hat aus Sicht der Industrieländer bereits in Doha zum Erfolg geführt. In Cancún war der gleiche Ansatz zu beobachten, der, so scheint die Schlussfolgerung zu sein, es, deshalb nicht zum Erfolg führte, weil die Konferenz zu früh beendet wurde.

In dieser Perspektive hat man in Genf nun einiges nachzuholen. Konkrete und substantielle Angebote für Entwicklungsländer als Konsequenz des Scheiterns von Cancún wären daher eine Überraschung. Andererseits werfen die US-Wahlen ihre Schatten voraus, und George W. Bush wird kaum erpicht sein, sich bei der WTO eine blutige Nase zu holen. Von daher besteht auch Hoffnung, dass das Ergebnis in Genf für Entwicklungsländer de facto eine Atempause bedeuten könnte. Dies wäre eine Chance. Die Entwicklungsländer sollten sie nutzen, um ihre Interessen weiter zu koordinieren und ihre Koalitionen zu festigen, damit diese in den weiteren Verhandlungsprozessen als wirksames Schutzschild gegen die aggressiven handelspolitischen Interessen von EU und USA dienen können.

Michael Frein

Der Autor ist Referent für nachhaltige Entwicklung beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und VENRO-Vertreter im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung.



Aufbruch zu einem gerechten Welthandel

Tagung der Welthandelskampagne Gerechtigkeit jetzt!

Anfang November 2003 veranstaltete Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne eine Tagung in Hannover, um die bisherige Arbeit der Kampagne vorzustellen. Dieses Treffen sollte die Möglichkeit bieten, die Zukunft der Kampagne mitzugestalten sowie sich über eine Mitträgerschaft von Gerechtigkeit jetzt! zu informieren.

25 Organisationen aus dem entwicklungspolitischen, kirchlichen, umweltpolitischen und studentischen sowie gewerkschaftlichen Spektrum entsandten rund 35 TeilnehmerInnen zur Auftaktveranstaltung von Gerechtigkeit jetzt!. Neben dem Basispapier waren Strategie und politische Zielsetzung sowie Struktur der Kampagne Thema. In unterschiedlichen Arbeitsgruppen wurde diskutiert, welche Ziele mit welchen Strategien erreicht werden können.

Doppelstrategie der Kampagne

Ergebnis der Arbeitsgruppen war, dass die Kampagne mit gemeinsamer Schlagkraft den Druck auf Politik und Wirtschaft für einen gerechteren Welthandel erhöhen will. Dies soll mit einer Doppelstrategie geschehen: Zum einen strebt Gerechtigkeit jetzt! eine breitenwirksame Mobilisierung und Bewusstseinsarbeit an. Die Mittel hierfür sind eine gemeinsame Informations- und Bildungsarbeit sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, so dass das Thema Welthandel und die damit einhergehenden Probleme aus der Expertenecke heraus in eine breite Öffentlichkeit getragen werden kann. Instrumente sind öffentlichkeitswirksame Aktionen, die dezentral und zentral angestoßen werden sollen.

Themenschwerpunkte

Für 2004 möchte die Kampagne drei Schwerpunktthemen behandeln: beginnend a) mit Landwirtschaft; b) Fortlaufen der Schwerpunkt: Demokratie und Transparenz im Kontext der WTO; c) Investitionen und das Agieren von Unternehmen.

Das Thema Landwirtschaft bei den laufenden WTO-Verhandlungen ist nach dem vorläufigen Scheitern der neuen Themen (wie unter anderem dem Investitions-

abkommen) in Cancún das Thema, das Entwicklungsländer am stärksten auf den Nägeln brennt. Hier offenbaren sich die ungleichen Machtverhältnisse ungeschminkt und die scheinheilige Politik der Industrieländer allen voran der EU kommt deutlich zu Tage. Während die EU ihre exportierenden Landwirtschaftsbetriebe mit massiven Subventionen unterstützt, und diese damit Agrarprodukte zu Dumpingpreisen auf Länder des Südens absetzen, schaffen es Bauern und Bäuerinnen im Süden kaum, die Schutzzollmauern der EU zu durchbrechen. Mit verschiedenen Aktionsideen im Rucksack wird die neu gegründete Arbeitsgruppe Agrar jonglieren und auf den Weltladentag im Mai 2004 hinarbeiten, der als deutschlandweit durchgeführter Aktionstag in den Dienst der Welthandelskampagne gestellt werden soll.

Zudem will die AG Agrar die Europawahl ins Visier nehmen, denn die Europaabgeordneten werden in Zukunft stärker in handelspolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Somit können sie Dreh- und Angelpunkt einer gemeinsamen parlamentskonzentrierten Mobilisierungs- und Lobbyarbeit sein.

Licht in die Dunkelheit der WTO-Verhandlungsprozesse bringen

Die weiteren Entwicklungen der WTO-Entscheidungsprozesse wird Fokus der zweiten ad-hoc gegründeten Arbeitsgruppe quo-vadis-WTO sein. Die ungleichen Machtverhältnisse in der WTO sind nach wie vor Kernproblem des Welthandels. Ganz aktuell will die AG die weitere Entwicklung der WTO-Verhandlungen nach dem Scheitern von Cancún aufmerksam und kritisch verfolgen. Wegweisender Termin ist der 15. Dezember, an dem sich die Unterhändler der WTO-Mitgliedsstaaten in Genf treffen, um das weitere Verhandlungsverfahren vorzustellen. Die EU wird versuchen, maßgeblichen Einfluss auf die weitere Ausgestaltung der WTO-Prozesse zu nehmen. Deshalb wird die AG quo-vadis-WTO die EU-Vorlage beschaffen und kritisch analysieren sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Gerechtigkeit jetzt! wird versuchen, zeitnah möglichst viele Informationen ins Internet zu stellen, sodass etwas mehr Licht in die intransparenten Entscheidungsprozesse gebracht werden kann.

Unternehmen im Visier

Eine dritte Arbeitsgruppe will sich mit dem Thema Investitionen und Agieren von Unternehmen sowie mit ArbeitnehmerInnenrechten beschäftigen. Dieses Thema wird in Abhängigkeit von dem Fortgang der Verhandlungen akut oder langfristig in Angriff genommen. Erste Aktionsideen liegen auch hier vor und werden weiter ausgearbeitet. Die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe repräsentiert die Breite der Akteure, die sich in der Kampagne bereits engagieren oder demnächst engagieren wollen.

Welthandel geht uns alle an - deshalb: Fair und gerecht

Offensichtlich ist, dass das Thema Welthandel nach wie vor kein leicht zu behandelndes ist: Es ist sperrig, klingt trocken und scheint weit weg zu sein vom Alltag. Zudem hat es viele Facetten und erscheint unverdaulich komplex. Gerechtigkeit jetzt! will die Welthandelsproblematik zum öffentlichen Diskussionsgegenstand machen und die derzeitige ungerechte Handelspolitik delegitimieren. Welthandel geht uns alle an, ist nicht nur eine Phrase, sondern erfasst genau das, was zentral ist: Welthandel ist Teil unseres Alltags und wir sind mitten drin. Einmal beschlossene Gesetze wie z.B. die Freigabe von genmanipulierten Nahrungsmitteln betreffen uns alle. Wir erleben die Auswirkungen oftmals im Süden stärker als im Norden – und haben das Recht und auch die Aufgabe, Regeln mitzugestalten. Dafür müssen wir Strukturen transparent durchleuchten können. Handelsregeln sollen nicht über unsere Köpfe und ohne unser Wissen gemacht werden. Wir, unsere Umwelt, Menschenrechte etc. werden sonst nach Kosten-Nutzen-Aspekten verhandelt. Statt dessen sollte FAIR (ge)handelt werden. Dazu will Gerechtigkeit jetzt! beitragen. In Zukunft mit noch breiterer Unterstützung.

Antje Schultheis

Die Autorin ist Kampagnenkoordinatorin von Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne.

Weitere Informationen über die Hannover-Tagung und die Arbeit der Welthandelskampagne sowie die nächsten Termine erfahren Sie auf unserer Website www.gerechtigkeit-jetzt.de Oder schreiben Sie eine E-Mail an info@gerechtigkeit-jetzt.de oder rufen Sie an unter: 0228-3681010



Überprüfung der Entwicklungsfinanzierung

Dem „Geist von Monterrey“ fehlt der Körper

Am 29. und 30. Oktober fand im Rahmen der UN-Generalversammlung in New York ein erster „High Level Dialogue“ zur Umsetzung der Vereinbarungen der UN-Konferenz „Financing for Development“ (FfD) statt. Es war die erste Überprüfungskonferenz auf Ministerienebene seit der FfD-Konferenz vom März 2002 in Monterrey/ Mexico, wengleich die Beteiligung von Ministern oder gar Staats- und Regierungschefs aus Industriestaaten eher bescheiden ausfiel.¹

Bei der FfD-Konferenz ging es nicht nur um klassische Entwicklungshilfe. Im Gegenteil: Das Thema Entwicklungsfinanzierung wurde in einem außerordentlich breiten Kontext diskutiert, der insgesamt sechs Themenbereiche umfasste. Diese Themenbereiche:

1. Die Mobilisierung einheimischer Finanzressourcen in Entwicklungsländern,
2. Die Mobilisierung von ausländischen Direktinvestitionen und anderen privaten Kapitalzuflüssen,
3. Handel als Motor für Entwicklung
4. Erhöhung der finanziellen und technischen Entwicklungszusammenarbeit
5. Verschuldung
6. Systemische Fragen einer neuen globalen Finanzarchitektur

finden sich auch im Abschlussdokument der Konferenz, dem „Monterrey Konsensus“.

Der Monterrey Konsensus hatte schon direkt bei seiner Verabschiedung im März 2002 ein zwiespältiges Echo gefunden. Während er von Seiten der offiziellen, staatlichen Entwicklungspolitik als Ausdruck einer neuen Partnerschaft zwischen Entwicklungs- und Industrieländern meist positiv bewertet wurde, distanzierte sich ein Teil der im Vorbereitungsprozess engagierten NGOs von den – gemessen an NGO-Forderungen – viel zu vagen, unzureichenden und teilweise in die falsche Richtung weisenden Formulierungen des Abschlussdokuments.

Ob der Monterrey Konsensus eine Trendwende in der Entwicklungspolitik darstellt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer beurteilt werden. Bereits vor Monterrey, mit der

UN-Millenniumskonferenz vom September 2000 und den dort vereinbarten acht „Millennium Development Goals“ (MDGs) war versucht worden, über eine konkrete Ziel- und Zeitorientierung neuen Schwung für Armutsbekämpfung und Entwicklungspolitik zu organisieren. Aus entwicklungspolitischer Sicht war Monterrey ebenso wie die im Herbst 2002 folgende UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ein Versuch, auf der Grundlage der MDGs weitere Fortschritte zu erreichen und vor allem die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung der Millenniumsziele zu schaffen.

In den seit Monterrey vergangenen 18 Monaten haben sich die optimistischen Stimmen aber nicht bestätigt, die davon ausgingen, dass der Monterrey Konsensus nun den seit Ende der 80er Jahre (informell geltenden) „Washington Konsensus“ mit seiner Orientierung auf Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung ablösen würde. Viele NGO-Beobachter sahen den Monterrey Konsensus auch nicht als Alternative zum neoliberalen Washington Konsensus, sondern eher als maskierten „Washington Konsensus unter’m Sombrero.“

Ergebnisse der Monterrey-Konferenz vom März 2002

Aus NGO-Sicht sind von der FfD-Konferenz in Monterrey jedoch einige eindeutig positive Impulse ausgegangen (vgl. dazu das ausführliche VENRO-Bilanzpapier zur Entwicklungsfinanzierung auf der Website <http://www.2015.venro.org/>):

- 1) Die Notwendigkeit, den seit Anfang der 90er Jahre zu beobachteten stetigen Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) aufzuhalten und umzukehren, wurde schon im Vorfeld von Monterrey von fast allen Industriestaaten akzeptiert. Summiert ergeben die Zusagen zur ODA-Steigerung im Kontext von Monterrey einen Betrag von rund 16 Milliarden Dollar. In vielen Staaten hat es 2002 und auch im Haushalt für 2003 kräftige Erhöhungen der Entwicklungsfinanzierung

gegeben. Insgesamt konnten die OECD-Staaten im Jahr 2002 ihre ODA-Leistungen um rund 5% (auf knapp 57 Mrd. Dollar) steigern. Bezogen auf den Anteil der ODA am Wohlstand (gemessen am Bruttonationaleinkommen/ BNE) der Industriestaaten machte dies aber nur eine Erhöhung von 0,22% auf 0,23% aus. Damit ist die ODA-Quote immer noch meilenweit vom – auch in Monterrey erneut bestätigten – UN-Ziel von 0,7% entfernt. Relativiert wird die Steigerung der ODA im Jahr 2002 auch dadurch, dass die Rüstungsausgaben eine noch größere Wachstumsrate aufwiesen (von 6% auf fast 800 Mrd. Dollar) und dass im Jahr 2003 diese Ausgaben infolge des Irakkriegs weitaus höher liegen dürften. Die größte Herausforderung der ODA-Quotenberechnung in den nächsten Jahren dürfte darin liegen, eine Klassifizierung von Kosten für Militäreinsätze und Kriegsfolgekosten als ODA zu verhindern.

- 2) Die Forderung nach Demokratisierung der Entscheidungsfindung von Weltbank und IWF durch mehr Transparenz und eine größere Partizipation der Entwicklungsländer ist seit Monterrey nicht mehr von der internationalen Agenda wegzudenken. Zwar gab es hier noch keine tief greifenden Reformen, aber sowohl bei der Weltbank wie auch beim IWF weist die Diskussion über kosmetische Veränderungen (z.B. hinsichtlich der Büroausstattung der Exekutivdirektoren) hinaus in Richtung strukturelle Veränderungen (hinsichtlich der Stimmrechtsverteilung).
- 3) Die neue UN-Konvention zur Bekämpfung von Korruption, die im Dezember 2003 unterzeichnet werden soll, kann vermutlich erheblich zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Entwicklungsfinanzierung beitragen. Ebenso wichtig wäre aber auch eine Konvention zur Vermeidung von Steuerflucht und Steuerwettbewerb oder die Gründung einer Internationalen Steuerorganisation auf UN-Ebene. Hier gab es leider jedoch keinerlei Fortschritte.
- 4) Durch den Vorbereitungsprozess von Monterrey hatten auch Diskussionen über neue Finanzierungsinstrumente, wie die „Tobin Tax“ zur Besteuerung von Devisentransaktionen, neue Impulse bekommen. Im Text des Monterrey





Konsensus fehlen aber, v. a. wegen des Widerstands der USA, konkrete Hinweise auf solche neuen Instrumente. Von den in Monterrey diskutierten Themen ist die Diskussion über die Finanzierung „globaler öffentlicher Güter“ (Global Public Goods/ GPGs) durch die Gründung einer Task Force am Rande des Weltgipfels von Johannesburg im Herbst 2002 zumindest ein Stück weit voran gekommen. Mit der von der britischen Regierung propagierten „International Financing Facility/ IFF“ gibt es in der Zwischenzeit nun noch einen weiteren Vorschlag, der sogar auf eine direkte Verbindung mit der Finanzierung der MDGs ausgerichtet ist.

Keine Fortschritte bzw. sogar Tendenzen, die zu einer Unterhöhung der Finanzbasis in Entwicklungsländern führen könnten, gab es gleichwohl auch in einer Reihe von Bereichen:

1) Bis zur Frühjahrstagung 2003 von IWF und Weltbank sah es so aus, als würde die Einrichtung eines internationalen Insolvenzverfahrens zu den großen Aktivposten des Monterrey-Prozesses gehören. Der IWF hatte zumindest den Gedanken eines Regelungsmechanismus bei Staateninsolvenz aufgegriffen und in den Vorschlag für einen „Sovereign Debt Restructuring Mechanism/ SDRM“ transformiert, der sich zwar von den NGO-Forderungen für ein faires und transparentes Insolvenzverfahren deutlich unterschied, gleichwohl aber das Problembewusstsein schärfte und das Thema auf der Agenda hielt. Vor allem auf Druck der USA wurde dieser Vorschlag im April 2003 als nicht umsetzbar abgelehnt. Damit scheint der Schwung von Monterrey verloren und die gerade angelaufene Debatte über ein Insolvenzverfahren auf absehbare Zeit ohne Realisierungschance zu sein.

2) Die auf der WTO-Konferenz in Doha ausgerufenen „Entwicklungsrunde“ des Welthandels erwies sich als leeres Versprechen. Schon vor der WTO-Ministerkonferenz in Cancun wurden praktisch alle für Entwicklungsländer wichtige Einigungsfristen verpasst. Das Scheitern von Cancun schafft für die Entwicklungs- und Schwellenländer nicht die erwarteten neuen Marktchancen (und Exporteinnahmen), führt aller-

dings auch nicht zu neuen Risiken. Aus NGO-Sicht erscheinen viele der im Monterrey Konsens enthaltenden Hoffnungen hinsichtlich der positiven Effekte weiterer Handelsliberalisierung übertrieben. Welchen Nutzen hat z.B. die Erleichterung der WTO-Mitgliedschaft für LDCs, wenn sich in den letzten Jahren gezeigt hat, dass bei den herrschenden Regeln des Welthandels auch die LDCs, die seit 1995 Mitglied der WTO waren, ihre Exporteinnahmen nicht signifikant erhöhen konnten?

3) Auch die v. a. von der EU erhobene Forderung nach einem Investitionsabkommen im Rahmen der WTO gehört zu den Vorschlägen, die potentiell die Finanzierungsbasis von Entwicklungsländern schwächen könnten. Befürchtet wird, dass ein solches Abkommen nur den Liberalisierungsinteressen großer transnationaler Konzern verpflichtet sein und die staatliche Regulierungsmöglichkeit (z.B. Einschränkung des Gewinntransfers ins Ausland oder die Bevorzugung lokaler Kleinunternehmer) unterhöhlen könnte. Die WTO-Konferenz in Cancun scheiterte nicht zuletzt an der starken Ablehnung der Mehrzahl der Entwicklungsländer diesen Bereich in die laufende WTO-Verhandlungsrunde mit aufzunehmen.

Die New Yorker Überprüfungskonferenz vom Oktober 2003

Auch die UN-Überprüfungskonferenz vom 29./30. Oktober 2003 in New York zog eine in der Grundtendenz kritische Bilanz. Trotz einer Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe um rund 5% war die Gesamtbilanz der Kapitalflüsse in Entwicklungsländer 2002 im sechsten Jahr in Folge negativ und mit fast 200 Mrd. Dollar so groß wie noch nie. Auch Weltbank-Präsident James Wolfensohn wies in seiner Rede auf das krasse Missverhältnis zwischen den Militärausgaben weltweit (800 Mrd. Dollar pro Jahr) und der ODA hin, deren Höhe (57 Mrd. Dollar) sogar noch von den Rücküberweisungen von ArbeitsmigrantInnen (80-100 Mrd. Dollar jährlich) deutlich übertroffen wird.

Der unverbindliche Dialogcharakter der Konferenz wurde auch dadurch demonstriert, dass sie ohne offizielle Abschlussklärung zu Ende ging. Der Präsident der UN-Generalversammlung, Juli-

an R. Hunte aus Saint Lucia veröffentlichte allerdings einen umfangreichen Schlussbericht. In diesem Bericht werden - trotz der gewohnt wolkigen UN-Sprache - zu allen sechs Bereichen des FfD-Prozesses weiterführende Vorschläge und Diskussionen benannt. Zum letzten Punkt (der Umsetzung/ „Staying engaged“) zum Beispiel, dass viele Beteiligte mehr Engagement und mehr Kompetenzen der UN beim Monitoring der Umsetzung der Monterrey-Verpflichtungen für notwendig halten. Roberto Bissio, der Koordinator des NGO-Netzwerks Social Watch fand dafür während der Konferenz das Bild, dass dem viel beschworenen Geist von Monterrey noch der Körper fehle, der die Absichtserklärungen auch realisieren könne. Bis jetzt besteht der Follow-up Mechanismus nur in jährlichen Treffen mit Vertretern von IWF und Weltbank (und WTO) zu deren Frühjahrstagungen sowie einer Dialogveranstaltung im Rahmen der UN-Generalversammlung alle zwei Jahre. Die in New York präsentierten Vorschläge reichen bis zur Gründung eines neuen UN-Komitees. Auf jeden Fall soll das nächste Dialogtreffen im Herbst 2005 durch umfangreichere Aktivitäten begleitet werden. Vorgeschlagen wurde auch, das Monitoring zur Umsetzung der Monterrey-Vereinbarungen direkt mit dem Monitoring zu den MDGs zu verknüpfen. Hier soll es ebenfalls im Herbst 2005 den ersten umfassenden Bericht der UN zur Umsetzung der Millennium Declaration geben. Die im Bericht von Mr. Hunte enthaltenen Vorschläge sind auch in einem Resolutionsentwurf für die UN-Generalversammlung enthalten, den er im Namen seines Heimatlandes, der Karibikinsel Saint Lucia, am 11. November eingebracht hat. Nur zwei Tage später, am 13. November, präsentierten die USA ihren Gegenentwurf, der darauf abzielt, eine Stärkung der FfD-Prozesses und der UN-Kompetenzen zu verhindern. Welchen Entwurf die Generalversammlung letztendlich verabschieden wird, ist offen. (Weitere Infos auf der UN FfD-Website: <http://www.un.org/esa/ffd/>)

Klaus Wardenbach

Der Autor ist Projektkoordinator von „Perspektive 2015“ beim Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO/ VENRO

¹Die Delegation der Bundesregierung wurde von Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, geleitet.



Recht auf Nahrung

„Not binding, but useful...“ -

Wie die Wörter „should“ und „may wish“ die Welt teilen

In Rom fand vom 27. bis 29. Oktober 2003 die Zweite Sitzung der Zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zur Entwicklung freiwilliger Leitlinien zum Recht auf Nahrung (IGWG) der Food and Agriculture Organisation (FAO) statt. Uneinigkeit herrschte vor allem über den Grad der Verbindlichkeit der Voluntary Guidelines.

Welche Erwartungen hat jemand, der das erste Mal an einer Beratung teilnimmt, bei der ziemlich wichtige Leute aus der ganzen Welt über Wege zur Bekämpfung des Hungers diskutieren? Keine all zu großen, was das Ergebnis angeht. Schließlich ist der Hunger schon immer – und heute wohl erst recht – in aller erster Linie ein politisches Problem; wieso also sollten ausgerechnet die im Oktober 2003 in Rom versammelten Politiker und staatlichen Vertreter einen ernsthaften Beitrag gegen das Hungerproblem leisten können (oder wollen)?

Also konzentriert man sich als interessierter und in der Sache engagierter Beobachter darauf, heraus zu bekommen, wieso das denn so schwierig ist mit der Hungerbekämpfung. Klar, da sind handfeste wirtschaftliche Interessen: Die hochsubventionierten Agrarüberschüsse der USA oder der EU zum Beispiel, die die Erzeuger in den Entwicklungsländern unter Druck setzen. Oder die Gentechnik-Industrie, die uns glauben machen will, dass ihre Kreationen das Hungerproblem lösen werden. Und da sitzen in Rom Menschen zusammen, die mit dafür verantwortlich sind, dass auf Grund kriegerischer oder ethnischer Konflikte in vielen Ländern das Ackerland nicht bestellt wird.

Zum Hintergrund

Im Vollzug des Paragraphen 10 der Deklaration der Staats- und Regie-

rungschefs zum 2002er World Food Summit „five years later“ erklärte der Rat der Food and Agriculture Organisation der UNO (FAO) in einer Entschließung in seiner 123. Beratung die Einrichtung einer „Intergovernmental Working Group“ (IGWG). Das Mandat der IGWG laut FAO: „... to elaborate, with the participation of stakeholders, in a period of two years, a set of voluntary guidelines to support Member States` efforts to achieve the progressive realization of the right to adequate food in the context of national food security.“

In der ersten Sitzung der IGWG wurden die Grundzüge für die Erarbeitung eines Papiers festgelegt. Die FAO entwickelte auf dieser Grundlage einen ersten Entwurf der „Voluntary Guidelines to Support the Progressive Realization of the Right to Adequate Food in the Context of National Food Security“.

Die zweite Sitzung der IGWG vom 27. bis 29. Oktober 2003 im FAO-Komplex in Rom hatte die Aufgabe, die Voluntary Guidelines „Wort für Wort“ zu diskutieren.

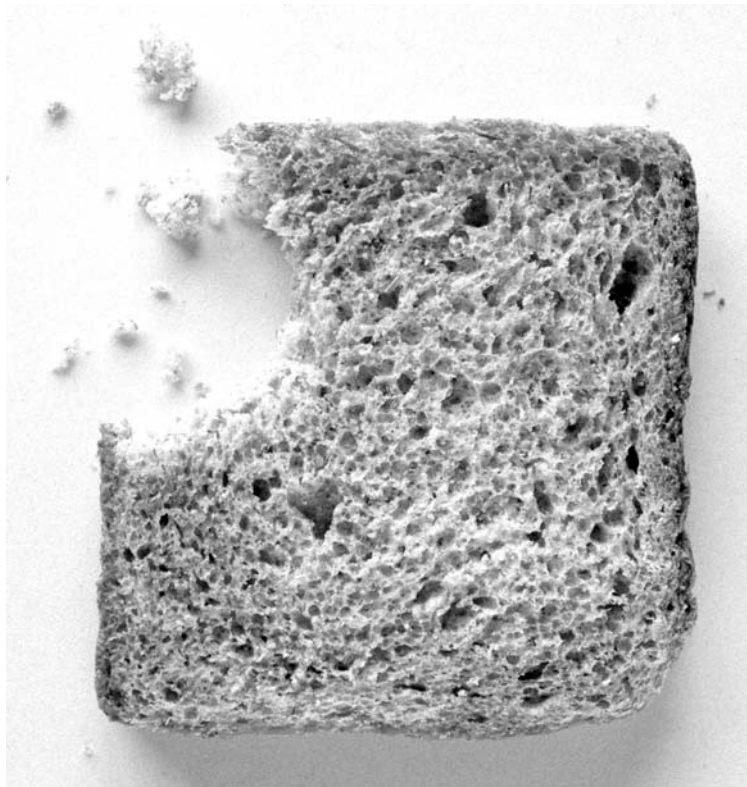
Der erste Schock

Voluntary Guidelines – schon auf den ersten Blick ließ das nicht viel Gutes erwarten. Die Vorahnungen bestätigten sich bereits beim ersten Vorgespräch der deutschen Delegation. In Anwesenheit des Botschafters von Schenck wurde bei der Instruktion der deutschen Teilnehmer kein Zweifel daran gelassen, was mit voluntary und mit guidelines gemeint ist. Vor dem Hintergrund der Diskussion, ob, und wenn ja, wie weit das Recht auf Nahrung ein Menschenrecht ist, wurde die zu erwartende Gemengelage klar. Der offensichtliche Riss zwischen den Unterzeichner-Staaten des sogenannten „Sozialpakts“ (International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights – 1976) und den Verweigerern bildet die Grundlage der Debatte und wird sich letzten Endes wie ein roter Faden durch das zu verabschiedende Papier ziehen.

Ein zweites Problem kommt hinzu: Innerhalb der Europäischen Union gibt es ebenfalls unterschiedliche Auffassungen. Während etwa die Niederlande und Deutschland für eine möglichst hohe Verbindlichkeit der Guidelines plädieren, tendieren Schweden, Spanien, Großbritannien und Irland eher in Richtung USA. Frankreich wiederum stritt für möglichst hohe Standards mit starken Tendenzen in Richtung Protektionismus. Dies führte nicht nur zu einer kompromisshaften Haltung der EU, sondern auch zu Streitigkeiten darüber, wer in den Gremien die EU-Position vertreten soll.

Die Lobbyisten

Es fällt nicht schwer, drei Gruppen auszumachen. Da sind zum ersten die Unterzeichnerstaaten des Sozialpaktes, für die die Voluntary Guidelines eine zusätzliche, weiterentwickelte Positionsbestimmung sind und die möglicherweise dazu dienen könnten, die Sozialpaktverweigerer wenigstens etwas „in die Pflicht“ zu nehmen. Allerdings ist bereits diese Gruppe von Heterogenität bei der Ausle-





gung und Umsetzung des Sozialpaktes gekennzeichnet. So ist zum Beispiel bekannt, dass Japan als Paktunterzeichner die darin enthaltenen Verpflichtungen bei den Obdachlosen nicht einhält.

Die zweite Gruppe wird von den Staaten (z.B. USA) gebildet, die den Sozialpakt nicht unterzeichnet haben. Dies geschieht in der Regel mit der Begründung, dass die Umsetzung sozialer (und aller anderen) Rechte Sache der Nationalstaaten sei und das Recht auf Nahrung dementsprechend kein internationales Menschenrecht sein kann. Sie tun dies auch mit Hinweis auf die Hungernden in Staaten, in denen das Recht auf Nahrung in den Verfassungen verankert ist.

Die dritte Gruppe bilden die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). Dies allerdings im „weitesten Sinne“, denn neben den entwicklungs-, umwelt- und agrarpolitischen NGOs gehören auch multinationale Konzerne und weitere non-state-actors hier hinein.

„voluntary“ vs. „binding“ - „progressively“ vs. „immediately“

Im Plenum bestätigten sich die Vorahnungen. Das vorliegende 17-seitige Draft mit seinen insgesamt 17 Guidelines enthielt im Prinzip alle relevanten Stichpunkte zu den Ursachen des Hungers und zu dessen Bekämpfung. Erwartungsgemäß gingen die Meinungen unabhängig von der Frage, ob das Recht auf Nahrung ein Menschenrecht ist oder nicht, in den konkreten Bereichen auseinander. Etwa zu Agrarsubventionen, Freihandel, die Rolle von Nahrungsmittelhilfe, Marktzugängen, Standards, die Bedeutung von militärischen Konflikten und von Naturkatastrophen und wie weit die ganze Diskussion überhaupt mit der WTO kompatibel sei. Hier vertraten die Staaten die bekannten Positionen, ohne dass es zu großen Überraschungen kam.

Den meisten Konflikt- und Diskussionsstoff lieferten einzelne Wörter mit allerdings weitreichenden Bedeutungen. In der Tradition früherer internationaler Abkommen gab es diesmal den Dissens bezüglich des Grades der Verbindlichkeit der ausgehandelten Leitlinien.

So waren die Verben „should“ und „may wish“ gezielt platziert und sorgten für die meisten Wortbeiträge. Ebenso verhielt es sich mit dem offensichtlichen und wohl ebenfalls beabsichtigten Fehlen ei-

nes Zeitplanes. FIAN stellte an dieser Stelle klar, dass es einer Reihe von Sofortmaßnahmen bedarf, um in der Frage der Hungerbekämpfung voran zu kommen.

Die Akteure

Erwartungsgemäß kam die schonungsloseste Kritik an dem vorliegenden Draft und an der Diskussion von den entwicklungspolitisch aktiven NGOs, allen voran FIAN International. So erinnerte zum Beispiel Michael Windfuhr in seinen Beiträgen an die offensichtlichen Widersprüche zu anderen Abkommen. Bemängelt wurden weiterhin der fehlende Zeitplan, die hohe Unverbindlichkeit und die mangelnde Umsetzbarkeit in die Praxis. Nach Einschätzung von FIAN ist das Papier in der vorliegenden Form wenig tauglich, um die wirklichen Ursachen für den Hunger ernsthaft anzugehen.

Für eine möglichst hohe Verbindlichkeit der Guidelines stritten auch die Schweiz und Norwegen, die ebenfalls viele der vorliegenden Textpassagen kritisierten. Auf der „Skala“ folgten ihnen die Europäische Union, für die Italien sprach, ohne den Konflikt innerhalb der EU zu thematisieren. Zu ähnlichen Einschätzungen kamen die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer, die in der Regel aber ihren speziellen Fokus aus ihrer Betroffenheit heraus in die Diskussion einbrachten (Zugang zu Land und Wasser, Entwicklung Infrastruktur, Schutz genetischer Ressourcen, Selbstversorgung vs. Food Aid, Marktzugang,...).

Die Gruppe der „Verweigerer“ wurde nicht – wie erwartet – von den USA, sondern von den Kanadiern angeführt. Deren Eifer versetzte die USA-Delegation in die Lage, sich diplomatisch im Hintergrund zu halten und Kanada lediglich zur Seite zu stehen. Und das mit den ewig gestrigen Argumenten: Die Agrarproduktion der Industriestaaten ist nicht nur in der Lage sondern geradezu verpflichtet, Lebensmittelüberschüsse für die Hungernden dieser Welt zu produzieren. Das wiederum lässt die Rolle der staatlichen und privaten Nahrungsmittelhilfe in einem völlig anderem Licht erscheinen. Außerdem sei auf die völlige Kompatibilität der Guidelines zur WTO zu achten, wobei die USA etwa bezüglich der Agrar- und Exportsubventionen da ja bekanntermaßen ihre eigene Lesart haben.

Fazit: Mehr Schatten als Licht

Auf Grund der geringen Erwartungen hielt sich die Enttäuschung in Grenzen und betraf in erster Linie die quasi nicht vorhandene Rolle der deutschen Delegation und das Verhalten der Entwicklungsländer. Letztere ließen – wie ein Vertreter aus den NGO-Reihen zu Recht bedauerte – den Geist von Cancun völlig vermissen. Keine abgesprochenen Positionen, keine gemeinsame Strategie, dagegen Überbetonung der eigenen Schwerpunkte.

Ein Lichtblick dagegen die Rolle von FIAN und der anderen internationalen NGOs bzw. CSOs (Civil Society Organizations). In mehreren Beratungen wurden die vorgelegten umfangreichen Änderungsvorschläge für die Voluntary Guidelines dem jeweiligen Diskussionsstand angepasst und die Strategie für das jeweils nächste Plenum besprochen. Dabei war klar, dass die Maximalforderungen, mit denen die NGOs/CSOs in die Diskussion eingestiegen waren, in dieser Form nicht Einzug in das Abschlusspapier finden werden. Trotz unterschiedlicher Auffassungen darüber, wie weit ein Kompromiss unter den NGOs/CSOs gehen muss, um Aufnahme in die FAO-Guidelines zu finden, wurde eine relativ deutliche Unterstützung der EU-Positionen verabredet. Natürlich nicht ohne Aufforderung an Spanien, Schweden, Großbritannien und Irland, ihre Einstellung zu überdenken. Außerdem wurden die nächsten Schritte bis zur dritten Sitzung der IGWG im kommenden Jahr besprochen mit den Schwerpunkten auf nationaler und kontinentaler Ebene bei gleichzeitiger Vernetzung der Aktivitäten.

Für mich blieb somit als persönliches Fazit vor allem die Gewissheit, wie wichtig die Arbeit der NGOs/CSOs ist. Vor allem, um der selbstzufriedenen Einstellung vieler „Funktionäre“ - O-Ton eines UN-Mitarbeiters: „These guidelines are not binding, but usefull...“ - etwas entgegen zu setzen.

Frank Augsten

Der Autor ist Vertreter des BUND in der AG „Landwirtschaft und Ernährung“ im Forum Umwelt und Entwicklung.

Die Dokumente der IGWG sind unter www.fao.org im Internet veröffentlicht, die NGO-Positionen unter www.fian.org.



Agrarreform in Brasilien

Eine Herausforderung für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Rund 60 Einzelpersonen und VertreterInnen staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen kamen am 10. und 11. November in Bonn zusammen, um eine erste Zwischenbilanz der Fortschritte der Agrarreform in Brasilien zu ziehen. Eingeladen hatten Brot für die Welt, der Evangelischer Entwicklungsdienst, FIAN Deutschland, das Forum Umwelt und Entwicklung, die Kooperation Brasilien und Misereor.

Fast ein Jahr ist es nun her, dass mit Inácio Lula da Silva in Brasilien erstmals ein linker Politiker das Präsidentenamt antrat. Sein oberstes Ziel: innerhalb von vier Jahren den Hunger beenden. Einer der Eckpfeiler seines Null-Hunger-Programms sollte eine umfassende Agrarreform sein. Das Interesse der internationalen und auch der deutschen Öffentlichkeit an Brasilien ist seither ungebrochen.

„Lula ist unser Verbündeter“, betonte Adalberto Martins, Vertreter der Landlosen-Bewegung MST, während der Podiumsdiskussion zum Auftakt des Seminars. „Doch die anfängliche Begeisterung hat spürbar nachgelassen.“ Nach Martins hat Lula die Wahl zwischen drei Optionen: 1) die neoliberale Politik seines Vorgängers Cardoso nahtlos fortsetzen; 2) die grundsätzlich neoliberale Politik durch eine Reihe sozialpolitischer Verbesserungen abfedern oder 3) eine wirklich selbstbestimmte und von den internationalen Finanzinstitutionen unabhängige Politik mit weitgehender Beteiligung sozialer Bewegungen einleiten. „Bislang hat sich die Regierung nicht endgültig festgelegt. Doch die bisherigen Maßnahmen entsprechen dem Mittelweg und greifen zu kurz“, erklärte Martins. Die Geschwindigkeit der Landumverteilung habe sich in den ersten Regierungsmonaten gegenüber dem Vorjahr deutlich verlangsamt, die Gewalt gegenüber den Landlosen habe dramatisch zugenommen und das für die Agrarreform eingeplante Budget sei völlig unzureichend. Das viel gelobte Null-Hunger-Programm erschöpfe sich

bis dato weitgehend in sozialpolitischer Kosmetik, ohne die strukturellen Ursachen der Armut anzugehen. Man könne nicht an einem wachstums- und exportorientierten Landwirtschaftsmodell festhalten und gleichzeitig den Hunger bekämpfen wollen. MST fordert die Annahme des Nationalen Agrarreformplans, der im Auftrag von Lula von einer Expertenkommission erarbeitet wurde. Dieser sieht die Ansiedlung von einer Million Familien in den nächsten drei Jahren vor „Die Regierung muss sich entscheiden.“

Sofia Monsalve, Koordinatorin der Agrarreform-Kampagne „Brot, Land und Freiheit“ bei FIAN International, stimmte dieser Einschätzung zu. FIAN begrüße ausdrücklich den Anspruch der brasilianischen Regierung, den 44 Millionen von Hunger betroffenen BrasilianerInnen innerhalb von vier Jahren zu ihrem Recht auf Nahrung zu verhelfen. Um dies zu erreichen, gelte es jedoch, die strukturellen Ansätze des Null-Hunger-Programms, insbesondere die Agrarreform, zu verstärken. Imre Petry vom niederländischen Institute for Social Studies ISS teilte diese Auffassung, wies aber darauf hin, dass negative Urteile verfrüht seien. Innerhalb von einem Jahr eine fundamentale Umwälzung Jahrhunderte alter Verhältnisse zu erwarten, sei unrealistisch, erklärte Petry und zeigte sich insgesamt optimistischer.

Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme der Entwicklungszusammenarbeit

Zur Diskussion standen am zweiten Tag des Seminars die Möglichkeiten und Grenzen einer positiven Einflussnahme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Sérgio Sauer, Berater der Landpastorale CPT, plädierte dafür, die EZ in einen breiteren Kontext zu stellen. Solange die Probleme der Verschuldung und der ungerechten Welthandelsbedingungen fort dauern, bleibe Entwicklungszusammenarbeit Makulatur. Dennoch habe die europäische EZ in der Vergangenheit vereinzelt durchaus positive Beiträge zur ländlichen Entwicklung geleistet. Anders die Weltbank: Durch die massive und ausschließliche Förderung des marktgestützten Landreformmodells habe sie Begünstigte der Programme in die Verschul-

dung geführt und zu Budgetkürzungen für die Agrarreformbehörde INCRA beigetragen.

Andreas Hartmann, Brasilienreferent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), schloss sich der skeptischen Einschätzung gegenüber der bisherigen Politik der neuen brasilianischen Regierung an und sagte zu, diese Skepsis bei den im Dezember anstehenden Regierungsverhandlungen mit der brasilianisch kritisch-konstruktiv zu thematisieren. Er verwies gleichzeitig auf die begrenzten Möglichkeiten der Bundesregierung, auf Brasilien einzuwirken, das für die deutsche EZ kein Schwerpunktland sei. Für die Bundesregierung gehe es vor allem darum, die existierenden Mittel noch gezielter im Sinne der Hungerbekämpfung einzusetzen. Ansätze hierzu biete vor allem das Projekt „Nachhaltige Lokale Entwicklung“ im Nordosten Brasiliens, das derzeit neu ausgestaltet werde. Dabei wolle man brasilianische und deutsche NRO zu Rate ziehen. Hartmann regte zudem einen Workshop im BMZ an, um die Landpolitik der Weltbank einer kritischen Analyse zu unterziehen.

In Arbeitsgruppen über die marktgestützte Landreform, nachhaltige Entwicklung und die bilaterale deutsche EZ wurden anschließend Empfehlungen ausgearbeitet. Luciano Wolf vom Evangelischen Entwicklungsdienst EED sprach sich in seinem Bericht für eine Abkehr von dem marktgestützten Programm der Weltbank und für eine stärkere Unterstützung menschenrechtsorientierter Agrarreformen durch die EU und die Bundesregierung aus. Dringend notwendig, so Kristin Maszkow von FIAN Berlin, sei besonders die Förderung der Basisstruktur und der Vermarktungsmöglichkeiten der Agrarreformansiedlungen. Denkbar sei auch die Unterstützung von NRO, die durch ihre Arbeit gezielt die Verhandlungsmacht möglicher Agrarreformbegünstigter stärken.

Armin Paasch

Der Autor ist Mitarbeiter bei FIAN Deutschland.



WOCHE der Zukunftsfähigkeit 2003

Die Bilanz der zweiten WOCHE der Zukunftsfähigkeit kann sich sehen lassen: dieses Mal deutschlandweit und in sechs europäischen Ländern hat die WOCHE der Zukunftsfähigkeit vom 21.-27.9.2003 stattgefunden. Mehr als 200 Veranstaltungen fanden statt zwischen Trier und Hamburg, zwischen Aachen und Zittau. Unter dem Motto „Mit Schwung und Energie in die Zukunft“ beteiligten sich Initiativen aus mehr als 55 deutschen Städten und Gemeinden sowie in sechs europäischen Ländern. Bei Exkursionen und Aktionen, bei Führungen und Tagen der Offenen Tür, auf Tagungen und Konferenzen, konnten Bürgerinnen und Bürger erfahren, was wir vor Ort tun können, um unsere Welt nicht nur für uns, sondern auch für nachfolgende Generationen zu erhalten und sozial gerecht zu gestalten.

In der WOCHE waren die Aachener Solartage ebenso vertreten wie die Norddeutschen Apfeltage und eine Zittauer Bil-

dungskonferenz, um nur einige aufzuzählen. Auf dem Programm standen Feste zum Weltkindertag und zu zehn Jahren Agenda 21 in Köpenick ebenso wie viele Informationsveranstaltungen zu Erneuerbarer Energie. Es ging um Energie-Effizienz und Passivhäuser, um Treibstoff vom Kartoffelacker und ökologische Ernährung. Grüne Hinterhöfe, generationsübergreifende Wohnprojekte und das wassersparendste Mietshaus Deutschlands waren zu besuchen. Schnäppchenjäger konnten einen runderneuterten PC oder eine Einrichtung im Gebrauchtwarenhaus erwerben. Es gab sonnengekühlte Drinks im Solarcafé, solare Spaziergänge und Fahrten mit dem Solarboot. Die Lange Nacht des Verbraucherschutzes war eine Aktion der Verbraucherzentralen innerhalb der WOCHE ebenso wie „experiment stadt“ - hier wurde das Zukunftspotential von innerstädtischen Brachflächen in Exkursionen und einer Podiumsdiskussion aufgezeigt.

Zukunftsfähigkeit hat etwas mit mehr Lebensqualität zu tun - das wurde in der WOCHE der Zukunftsfähigkeit deutlich.

Zum Abschluss wurde in Berlin-Köpenick auf der Jubiläumsveranstaltung ein Logbuch der Zukunftsfähigkeit an den Tag der Regionen übergeben - mit dem Ziel den Staffeln der Nachhaltigkeit weiterzureichen und nachhaltige, zukunftsfähige Projekte und Aktionen zu dokumentieren.

Die dritte WOCHE der Zukunftsfähigkeit ist für September 2004 geplant. Ihre Ideen und Beiträge sind gefragt.

Gudrun Vinzing

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei der GRÜNEN LIGA.

Weitere Information erhalten Sie bei den Organisatoren:
GRÜNE LIGA unter 030/443391-0,
id22 ufafabrik unter 030/75503-189,
oder Agenda Transfer in Bonn unter 0228/6046135,
Unter www.woche-der-zukunftsfahigkeit.de ist eine Zusammenfassung und Fotogalerie abrufbar

Eigenheimzulage und Flächenverbrauch *Gefeilsche um Subventionen*

Im Frühjahr ließ der Plan der Bundesregierung, die Eigenheimzulage abzuschaffen, Hoffnungen aufkeimen, dass die gigantische Fehlsubventionierung von Stadtflicht, Zersiedlung und Wohnraumprivatisierung durch die Häuslebauer-Förderung nun beendet werden könnte.

Das Gesetzesvorhaben ist Teil des Kürzungs- und Steuerreform-Programms der Bundesregierung. Es wird nun im Vermittlungsausschuss behandelt. Im Herbst hatten die Ministerpräsidenten von Hessen (Roland Koch) und NRW (Peer Steinbrück) ein Konzept vorgelegt, das eine pauschale Streichung zahlreicher Subventionen um 10 % innerhalb von drei Jahren vorsieht. Dazu zählt auch die Eigenheimzulage. Finanz- und Bauministerium hielten zwar an ihren Kürzungsplänen fest, inzwischen scheint man sich aber auch im Regierungslager auf einen Kompromiss zuzubewegen. Aus reinen Einspargründen könnte die Eigenheimzulage doch noch stärker gekürzt werden, die Umwidmung der Mittel für Investitionen in den Städten droht aber auf der Strecke zu bleiben.

Das ist eine bittere Pille, müssen doch auch die Länder ihre Städtebauförderung zusammenstreichen, von den Folgen des Kahlschlags bei der sozialen Infrastruktur ganz zu schweigen. Hier hätten neue Bundesmittel für soziale Stadtentwicklung zumindest ausgleichend wirken können. Eine wichtige Chance für die Neuausrichtung staatlicher Förderung auf die Verbesserung der bestehenden Städte ist wahrscheinlich vertan.

Flächenmehrverbrauch

Damit steht auch einmal mehr in den Sternen, auf welche Weise das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie erreicht werden soll, den Flächenmehrverbrauch auf 30 ha/Tag zu senken. Knapp die Hälfte des Flächenmehrverbrauchs in den 90er Jahren (60 ha pro Tag) ging auf das Konto der privaten Haushalte. Davon wiederum entfielen knapp 33 ha pro Tag auf Flächen für Wohnzwecke.

Neben der Lobby der Bauindustrie hatte auch die Bau-Gewerkschaft die Kürzungen der Eigenheimzulage wegen ihrer nachteiligen Folgen für die Beschäftigung kritisiert. Dabei ist erwiesen, dass die Förderung von Investitionen im Wohngebäu-

debestand wesentlich mehr und vor allem mehr lokale und regional Arbeitsmarkteffekte hat als die Förderung von Neubauten von der Stange.

Folgen des Subventionsabbaus in anderen Bereichen

Die Rasenmäherkürzungen a la Steinbrück-Koch lassen keinerlei inhaltlichen Reformsatz erkennen. Angesichts niedriger Zinsen wird man im Bereich der Baumaßnahmen in ländlichen Regionen und in den Randzonen der Städte von der 10 %igen Kürzung der Eigenheimzulage kaum etwas bemerken, umso mehr vom Subventionsabbau in der Wohnraumförderung, dem Schienenverkehr, der Städtebauförderung und den Einbrüchen bei der sozialen Sicherheit.

Eigenheim-Förderung auf der grünen Wiese, während die Städte schrumpfen und verarmen, Anreize für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, während Renten und Löhne gesenkt werden, - eigentlich ist das unbegreiflich.

Knut Unger

Der Autor ist einer der Koordinatoren der AG Habitat des Forums Umwelt und Entwicklung.



Struktur des nächsten Sachstandsberichtes steht

Inhalte und Ergebnisse der 21. Plenarsitzung des IPCC¹

Auch wenn der FCCC-Prozess - also die politischen Klimaverhandlungen - wegen des Zauderns Russlands bei der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls stockt, schreitet wenigstens der IPCC-Prozess, der den wissenschaftlichen Fortschritt hinsichtlich Klimaänderung behandelt, voran, allerdings mit weniger Hochdruck als unter Bob Watson als letztem Vorsitzenden. Es stehen dabei immer noch Restaufgaben zur Operationalisierung des Kyoto-Protokolls an. Doch der Blick ist nach vorn, hin zum nächsten Bericht gerichtet.

Das wichtigste Ergebnis von IPCC XXI in Wien (3. - 7. November 2003) war die Einigung über die Struktur und Gliederung des Vierten Sachstandsberichts (AR4), der 2007/8 verabschiedet werden soll und wiederum mehrere Tausend Seiten umfassen wird. Dafür tagten die drei Arbeitsgruppen des IPCC zwei Tage parallel. Sie fassten Beschlüsse über die ausführliche (jeweils vierseitige) Gliederung des Berichts jeder Arbeitsgruppe für den AR4. Einige (subjektiv ausgewählte) interessante Kapitelüberschriften aus der Arbeitsgruppe I (Klimawissenschaft) sind: direkter und indirekter Strahlungsantrieb bei Aerosolen; Kondensstreifen und Flugzeug-induzierte Zirruswolken; GWP und andere Metriken zum Vergleich verschiedener Emissionen; Änderungen bei Extremereignissen; Änderungen im gefrorenen Boden.

Des weiteren ging es um den Synthesis Report (SyR) des AR4. Hier konnte lediglich ein Prozess zur Entscheidungsfindung angestoßen werden. Ein Beschluss wird erst auf IPCC XXII in frühestens einem Jahr gefällt werden.

Der IPCC wird sich selbst nicht zur Kritik an den SRES-Szenarien (Special Report on Emissions Scenarios) äußern, die er mit immensem Aufwand Ende des letzten Jahrzehnts zusammengetragen hat.

Dies soll der Kommunikation in der Wissenschaft mittels reviewter Zeitschriften überlassen bleiben. Die Modellierer arbeiten verbreitet mit den SRES-Szenarien, und sie werden auch den Modellrechnungen des AR4 zu Grunde liegen. Auch wenn sie hinsichtlich der Datenlage des ersten von ihnen abgebildeten Jahrzehnts von der Realität überholt sein werden, gibt es keine Absicht, sie weiterzuentwickeln. Man wird vielmehr neuartige Szenarien aufstellen, die dann im darauffolgenden Sachstandsbericht (AR5) benutzt werden können. Die neuen Szenarien müssten 2008 feststehen, so dass in Bälde (spätestens 2005) mit ihrer Entwicklung begonnen werden muss, um diese Vorgabe einzuhalten.

Auf den Wunsch von SBSTA der Klimakonvention (Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice), den Einfluss des Menschen bei Kohlenstoff-Bindungsprozessen herauszufiltern („factoring out direct human-induced changes in carbon stocks ...“; dies ist für die Behandlung der Land- und Forstwirtschaft in der 2. Verpflichtungsperiode notwendig), kann der IPCC mangels hinreichenden Wissens keine Antwort geben. Dies ist ein außergewöhnliches Ergebnis einer an den IPCC herangetragenen Frage. Er wird dies so an SBSTA melden.

Wie schon auf IPCC XX beschlossen, wird es keinen Sonderbericht zu Klimaänderung und Wasser geben, sondern ein Technical Paper, das 2008 (oder möglicherweise schon 2007) vorliegen soll. Sein Hauptthema wird nach der nun auf IPCC XXI verabschiedeten Gliederung der Einfluss der Klimaänderung auf hydrologische Prozesse (inkl. Extremereignisse wie Dürren und Überflutungen) und auf die Wasserressourcen hinsichtlich Nutzung, Qualität und Management sein.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ brachte Deutschland den Vorschlag zur Erstellung eines Sonderberichts zu kohlenstofffreier Energieversorgung, insbesondere Erneuerbaren Energien, ein. Dies stieß bis auf eine Ablehnung (Saudi-Arabien) und eine Hinhalt-Aussage (China) auf weit überwiegend positive Reaktionen (von Brasilien, Belgi-

en, UK, Dänemark, Japan, Norwegen Marokko). Russland (vertreten durch Yuri Izrael) und die USA wollen die kohlenstofffreie Energiebereitstellung noch mit Atomkraft verbinden.

Weitere Punkte

Bei den beiden anstehenden Sonderberichten zu Kohlendioxid-Abtrennung und -Speicherung wie zu den fluorierten Gasen – beide haben jeweils rund 100 Autoren – wurde lediglich der Verfahrensfortschritt festgestellt. Der Vorschlag der Erstellung einer Reihe von Technischen Papieren über die Regionen wurde gemischt aufgenommen, nicht zuletzt weil seine Umsetzung mit hohem Aufwand verbunden ist. Pachauri macht nach der Aussprache einen detaillierten Verfahrensvorschlag, wie damit in Zukunft für eine Entscheidungsfindung umgegangen werden soll. Das Papier zum Budget (2004 - 2007) wurde angenommen. Zu IPCC XXI sind die Übersetzungen des Dritten Sachstandsberichts (TAR) in die restlichen UN-Sprachen fertiggestellt worden.

Der (recht neue) Vorsitzende Rajendra Pachauri führte die Sitzung weitgehend fehlerlos, wenn auch die Ergebnisse nicht alle im Sinne der Klimaschutz forcierenden Kräfte ausgefallen sind. Wegen einer Vakanz während des erneuten Wechsels an der Spitze des IPCC-Sekretariats wurde die Leitungsfunktion kommissarisch von Renate Christ ausgefüllt: Der durch in einem längeren Verfahren ausgewählte Australier Geoff Love ist kaum ein Jahr nach Amtsübernahme zurück nach Australien (in Wien trat er als australischer Delegierter auf): Es sieht so aus, als habe er seine Ernennung zum Leiter des IPCC-Sekretariats lediglich als Sprungbrett für eine von ihm favorisierte Position benutzt.

Manfred Treber

Der Autor ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch und einer der Koordinatoren der AG Klima des Forums Umwelt und Entwicklung.

¹ Intergovernmental Panel on Climate Change



Veranstaltungen/Termine

Ökolandbau - ein Beitrag zur nachhaltigen Hungerbekämpfung in Entwicklungsländern?

Tagung

2. Dezember 2003; Anschlussveranstaltung: 20. Februar 2004

Haus der Jugend, Frankfurt

Der Ökolandbau ist ein fester Bestandteil der deutschen und europäischen Landwirtschaft. In der Entwicklungsdiskussion gibt es unterschiedliche Einschätzungen: auf der einen Seite den Ökologischen Landbau als Methodengefüge für zertifizierte, weltmarktfähige Ökowerke, auf der anderen Seite die Weiterentwicklung traditioneller Methoden, alternativ zur Grünen Revolution.

Beide Ansätze müssen sich nicht widersprechen. Doch in der Praxis gibt es Verwirrung, Widersprüche, Kontroversen. Ist der Ökologische Landbau ein Mittel gegen

Welternährungs-, Agrarumwelt- und ländliche Armutprobleme auch in Entwicklungsländern? Oder ist dieser Anspruch überzogen, weil es einen Widerspruch zwischen Zertifizierung und Armutsorientierung gibt? Welche Bauern im Süden können an Zertifizierungsprogrammen und Produktion für den Weltmarkt überhaupt teilnehmen? Die Tagung ist der Beginn eines Dialogprozesses zwischen Organisationen des Ökologischen Landbaus, sowie Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Das Ziel ist eine gemeinsame Erklärung zu den Möglichkeiten bzw. Grenzen des Ökologischen Landbaus aus entwicklungspolitischer Sicht. Am 20. Februar 2004 findet eine Anschlussveranstaltung auf der BIO-Fach in Nürnberg statt.

Für die Tagung am 2. Dezember sind folgende Vorträge vorgesehen: Ökologischer Landbau in Entwicklungsländern - 20 Jahre Erfahrungen mit Konzepten und in der Praxis von Prof. Dr. Harry Vogtmann (Bundesanstalt für Naturschutz). Dazu folgen Stellungnahmen aus verschiedenen Perspektiven wie aus Afrika, aus Asien, von Bioanbauverbänden, Umweltorganisationen und Ent-

wicklungsorganisationen. Danach finden Arbeitsgruppen zu folgenden Themen statt: Biozertifizierung und Fair Trade. Wer profitiert? Traditionelle Landnutzung und partizipative Ansätze. Können sich ökologische Methoden im Süden durchsetzen?

Informationen:

Naturland
Birgit Wilhelm
Kleinhaderner Weg 1
82166 Gräfelfing
Tel.: 089-89808285
Fax: 089-89808290
E-Mail: b.wilhelm@naturland.de

Transnationale Risiken - Aufgaben für eine neue Politik

Tagung

7. - 8. Januar 2004

Berlin

Der Begriff Globalisierung verspricht viel und hält wenig. In den achtziger Jahren schien die Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen und Umweltzerstörung zu einem Bewusstsein globaler Verantwortung zu führen. Nach der Jahrtausendwende erweist sich dies als Utopie. Globalisierung bezeichnet heute den schrankenlosen Verkehr von Kapital, Wissen, Dienstleistungen und Gütern sowie die Privatisierung natürlicher Ressourcen und den Verlust nationaler Steuerungsmöglichkeiten. Gleichzeitig führen Technologieunfälle, Umweltkatastrophen und Epidemien sowie Zusammenbrüche multinationaler Unternehmen und ganzer Volkswirtschaften zu Gefährdungen, die an Grenzen nicht halt machen. Wer trägt angesichts solcher transnationaler Risikolagen die Verantwortung? Die Verursacher oder die Nutznießer, die Regierungen oder die internationalen Institutionen?

Ist diese Herausforderung durch transnationale Risiken eine Chance für die Entstehung einer transnationalen Zivilgesellschaft? So ist diese Tagung „Transnationale Risiken - Die Verantwortung der Wissenschaften und der Medien“ die Auftaktveranstaltung der Berliner Kolloquien zur Transnationalität. Im Rahmen mehrerer

Workshops, an denen 65 junge Wissenschaftler und Journalisten aus mehr als 30 Ländern teilnehmen. Auf einer anschließenden öffentlichen internationalen Tagung sollen Alternativen zu einem eindimensionalen Begriff der Globalisierung erarbeitet werden. Die Berliner Kolloquien zur Transnationalität bilden eine Plattform für den interdisziplinären und internationalen Austausch zwischen Wissenschaft, Medien und Politik.

Informationen:

Irmgard Coninx Stiftung
Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Sabine Berking
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
Tel.: 030-25491-411
Fax: 030-25491-684
E-Mail: info@irmgard-coninx-Stiftung.de
www.irmgard-coninx-Stiftung.de

Sortenschutz am Ende? Geistige Eigentumsrechte bei pflanzlichen Erfindungen und die Zukunft der Welternährung

Tagung

20. Januar 2004

ICC, Berlin; 16.00 - 19.30 Uhr

Dies ist eine Veranstaltung des Begleitprogramms der Internationalen Grünen Woche, Berlin 2004. Wird der Sortenschutz durch die patentrechtliche Praxis und auch mit dem Vordringen der Biotechnologie in der Pflanzenzüchtung aufgeweicht? Was unterscheidet heute eigentlich UPOV wirklich noch von dem Patentschutz? Werden auch Patente auf Sorten und Pflanzen erteilt, oder gilt hier noch das Patentierungsverbot? Wozu zwingt TRIPS die Entwicklungsländer bei der Entwicklung ihrer Saatgut- und Sortengesetzgebung? Ist ein eigenständiges Rechtssystem, das sog. „sui generis“, überhaupt noch machbar? Was bedeuten all diese neuesten rechtlichen Tendenzen bezüglich geistiger Eigentumsrechte für die Landwirtschaft, die Landwirte und die Welternährung? Diesen Fragen will die Veranstaltung nach-

gehen. Programm u.a.: Jenseits von Sortenschutz und Patenten? Der Fall des indischen Saatgutgesetzes: Referentin: Suman Sahai, Gene Campaign/Indien, Koreferent: Achim Seiler, Wissenschaftszentrum Berlin mit anschließender Diskussion. 17.00 Uhr: Podiumsdiskussion mit folgenden Rednern und Rednerinnen: Suman Sahai, Indien; Giersberger, Patentamt Schweiz (angefragt); Lange, KWS (angefragt); Präsident von Kröcher, Bundessortenamt (angefragt); Christoph Then, Greenpeace; Himmighofen, BMVEL; Moderation: Monika Högen, Rundfunkjournalistin. 19.20 Uhr: Zusammenfassung und Schlusswort.

Informationen:

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) - Büro Berlin
Dr. Rudolf Buntzel-Cano
Charlottenstr. 53-54
10117 Berlin
Tel.: 030-20355-225
Fax: 030-20355-250
E-Mail: r.buntzel@gkke.org

Tourismus-Forum-International 2004

Forum auf dem Reisepavillon 2004

5. - 8. Februar 2004

Hannover

Das Tourismus-Forum-International TFI versteht sich als eine attraktive Plattform für den internationalen, nachhaltigen Tourismus: Messe, Marketing, interkulturelle Begegnung, internationale Konferenz. TFI auf dem Reisepavillon 2004, das ist: Vor der Messe, Do., 5. Februar 2004: Marketingworkshop, Öffentliche Abendveranstaltung (deutsch und englisch), Messe-Ausstellung von nachhaltigen Tourismusprodukten in der internationalen Zusammenarbeit insbesondere mit Entwicklungsländern unter dem Dach des TFI, Vortrags- und internationales Konferenzprogramm (mit Vorträgen auf deutsch, englisch, französisch, spanisch). Geplante Themen sind u.a.: Grenzregionen: Tourismus gegen den Krieg? Natur-Animation: Erlebnismarkt (Baumwipfel-



Pfad, Light-and-Sound-Show, Neue Museen), internationale Tourismusstraßen, Jagd-Tourismus - rotes Tuch? Projekte stellen sich vor. Wettbewerb mit Preisverleihung.

Informationen:

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH,
PF 5180
65726 Eschborn
E-Mail: tourismus@gtz.de
www.reisepavillon-online.de

Neue Energien für Wirtschaft und Arbeit. Chancen und Hemmnisse einer nachhaltigen Energiewirtschaft in Deutschland

Tagung

27. - 28. Februar

Ev. Akademie Iserlohn

Stromausfälle in Kalifornien, Schweden und Italien, erste konkrete Anzeichen des weltweiten Klimawandels zeigen die Dringlichkeit einer Neuorientierung in der Energiewirtschaft. Schon heute wird deutlich, dass eine nachhaltige Energiepolitik strategische Wettbewerbsvorteile erzeugt, Zukunftsmärkte von weltweiter Bedeutung erschließt und Arbeitsplätze in erheblichen Maße schaffen kann. Im besonderen Maße gilt dies für das Energieland NRW. Hier konzentrieren sich wichtige Kompetenzen und Potenziale für den Aufbau nachhaltiger Energiesysteme.

Im Jahr 2005 startet das Europa-weite Emissionshandelssystem. Damit entsteht zugleich ein ökonomischer Druck, Emissionen zu reduzieren und ein Markt für Technologien und Dienstleistungen zur Emissionsminderung. Außerdem kommen große Ersatzinvestitionen in der Energiewirtschaft auf uns zu, Gleichzeitig ist der Energiemarkt von großen Unsicherheiten geprägt. Diese Veranstaltung versteht sich als Vorbereitungstagung zur Weltkonferenz für Erneuerbare Energien, die auf Einladung der Bundesregierung vom 1.-4. Juni 2004 in Bonn stattfinden wird. Mit kompetenten Experten und Entscheidungsträgern aus Politik und

Wirtschaft soll auf dieser Veranstaltung diskutiert werden über die energiepolitische Situation in NRW und in Deutschland. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Schlüsseltechnologiebereichen regenerativer Energie und Energieeffizienz.

Informationen:

Institut für Kirche und Gesellschaft
Umweltreferat
Pfr. Klaus Breyer
Berliner Platz 12
58638 Iserlohn
Tel.: 02371-352185
Fax: 02371-352169
E-Mail: k.breyer@kircheundgesellschaft.de
www.kircheundgesellschaft.de



Promotionssymposium Erneuerbare Energien

4. März 2004

Bonn

Am 4. März 2004 führen das Forum Umwelt & Entwicklung und VENRO ein Promotions-Symposium zu Erneuerbaren Energien für Entwicklungsorganisationen in Bonn durch. Das Symposium befasst sich vorwiegend mit Erneuerbaren Energien in der konkreten Projektpraxis. Eine Umfrage des Forums unter den Mitgliedsorganisationen von VENRO ergab ein hohes Interesse an Erneuerbaren Energien, gleichzeitig aber auch der Bedarf nach verstärkten Informationen, wie erneuerbare Energien konkret in Projekten eingesetzt werden können und zur Armutsbekämpfung beitragen können. Das Seminar wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Erneuerbare Energien Nord-Süd durchgeführt.

Informationen:

Forum Umwelt & Entwicklung
Netzwerk Erneuerbare Energien
Nord-Süd
Gerald Knauf
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.ee-netz.de

Kommunalkonferenz Erneuerbare Energien

Best-Practice-Beispiele Fachausstellung

25. - 26. März 2004
Freiburg

Diese Kommunalkonferenz findet im Vorfeld der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn, Juni 2004 statt. Begleitend zur Konferenz findet eine Fachmesse statt „Freiburg innovativ“, auf der Verfahren, wissenschaftliche Ergebnisse, Produkte und Praxislösungen präsentiert werden. Die Konferenz ist in 4 Blöcke gegliedert. Block 1 am 25. März 2004 beschäftigt sich mit dem Thema „Sonne“. Es finden folgende Vorträge statt: Solardach statt Dachziegel - Das Solardach zum Duschen und Heizen als multifunktionales Bau- und Gestaltungselement im denkmalgeschützten Innenstadtbereich; Altbauanierung und Solarthermie - Beispiel Stralsunder Straße; Vom Silber zum Silizium - PV-Produktion in Feiberg; Solarbundesliga - Spielwiese für solarengagierte Kommunen? Weiterhin finden im 1. Block Diskussionen und Exkursionen statt. Am Abend bildet eine Podiumsdiskussion Block 2 der Veranstaltung. Block 3 findet am Freitag Morgen (26.3.) statt und beschäftigt sich mit dem Thema: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Dazu finden folgende Vorträge mit anschließender Diskussion statt: Photovoltaische Minileuchten für Entwicklungsländer; Nutzung Erneuerbarer Energien bei der Entwicklung von dezentralen Versorgungssystemen für Strom und Wasser in Entwicklungsländern, etc. Block 4 bildet am Freitag Nachmittag mit dem Thema „Wind/Biomasse/Erdwärme“ den Schluss der Konferenz. Es finden u.a. folgende Vorträge statt: 100%ige Versorgung mit Erneuerbaren Energien - Beispiel aus europäischen Kommunen; Synthetischer Biokraftstoff als Rückrat der Mobilität der Zukunft; Integriertes Biomassekonzept für die kommunale Strom-, Wärme- und Kraftstoffproduktion etc. Der Tagungsbeitrag liegt gestaffelt nach Anmeldezeitpunkt zwischen 40

und 30 Euro. Für Referenten und Studenten ist die Teilnahme kostenlos.

Informationen:

Freiberger Agenda 21 e.V.,
Agendabüro
Silke Hartmann
Tel.: 03731-202332
Fax: 03731-202333
E-Mail: agenda21.freiberg@t-online.de

Straßentheater in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit

Praxisworkshop

23. - 25. Januar 2004

Bielefeld

Politische Öffentlichkeitsarbeit wird meist mit viel Papier betrieben. Doch Gedrucktes bleibt oft ungelesen, erzeugt mitunter nur geringe Resonanz und erreicht viele BürgerInnen überhaupt nicht. In diesem Workshop soll darum eine andere Methode ausprobiert werden, politische und soziale Inhalte zu vermitteln: Straßentheater. Szenen, Sketche oder ein kleines Stück - auf der Straße, bei Festen oder Veranstaltungen gespielt - können Interesse wecken, zum Nachdenken anregen und zum Handeln motivieren. Mitglieder der Straßentheatergruppe „Schluck und weg“ der BUKO Pharma-Kampagne werden anwesend sein und über ihre Erfahrungen mit Theatertourneen quer durch die Republik berichten. Der Workshop richtet sich an Menschen, die Lust haben, Theater zu spielen und neue Methoden kennen lernen wollen, um (entwicklungs-)politische und soziale Inhalte zu vermitteln. Erfahrungen in Theaterspielen sind nicht erforderlich. Bei Interesse bietet der Workshop auch eine gute Einstiegsmöglichkeit in die Straßentheatergruppe „Schluck und weg“.

Informationen:

BUKO Pharma-Kampagne
August-Bebel-Str. 62
33602 Bielefeld
Tel.: 0521-60550
Fax: 0521-63789
E-Mail: cjenkes@bukopharma.de



Kampagnen

Fair Feels Good

Fair feels good - Unter diesem Motto startete am 11. November 2003 die Informationskampagne zum Fairen Handel. Sie ist Bestandteil des „Aktionsprogramms 2015“ der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bis Ende 2005 gefördert. Das „Aktionsprogramm 2015“ umfasst den deutschen Beitrag, um das von der Weltgemeinschaft beschlossene Ziel der weltweiten Halbierung extremer Armut bis zum Jahr 2015 zu realisieren.

Die Kampagne will über Prinzip, Produkte und gesellschaftspolitische Hintergründe des Fairen Handels aufklären und zum Nachdenken anregen. Diese Intention wird besonders deutlich auf den Postern und Plakaten. Sie regen durch ihre Slogans auf freche Weise zum Nachdenken über das eigene Konsumverhalten an. Mit intensiver Presse- und Medienarbeit sowie zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen will sie „fair feels good“ die gesellschaftspolitische Bedeutung des Fairen Handels aufzeigen, den Bekanntheitsgrad fair gehandelter Produkte erhöhen und dadurch Angebot und Nachfrage stärken. Gleichzeitig will sie eine übergreifende und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Wertebegriff „fair“ anstoßen. Hauptzielgruppe sind Verbraucherinnen und Verbraucher, die bislang keine fair gehandelten Produkte kaufen, aber die Idee des Fairen Handels unterstützen. Dies sind zusammen mit den überzeugten Käuferinnen und Käufern mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland. Informiert werden kann man durch eine Pressemappe, die alle Texte und Reden der Auftakt-Pressekonferenz am 11. November 2003 enthält, durch einen Kampagnenflyer „Ich will mehr!“ und Poster/Plakate.

Informationen:
www.fair-feels-good.de

Europäische Vernetzung von Wasser-AktivistInnen

Rund 35 Personen von NRO und Aktionsgruppen aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Grossbritannien und Deutschland sowie Gäste aus Malaysia und den Philippinen kamen vom 18. bis 20. Oktober 2003 auf Einladung von Corporate Europe Observatory (CEO) und Transnational Institute (TNI) in Amsterdam zusammen, um sich über Strategien gegen die Privatisierung der Wasserversorgung auszutauschen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Politik der EU, der Weltbank, die GATS-Verhandlungen, sowie Solidaritätsaktionen mit dem Privatisierungswiderstand in Manila (Philippinen). Zu den Vereinbarungen gehört u.a., dass der nächste Weltwassertag am 22. März 2004 europaweit unter der Losung „Wasser raus aus GATS“ begangen werden soll. Weiterhin soll ein europäisch-asiatisches Wasser-Solidaritäts-Netzwerk zunächst elektronisch gewebt werden und sowohl Solidaritätsaktionen erleichtern als auch den Austausch asiatischer WasseraktivistInnen befördern. Über die weiteren Entwicklungen um den EU-Wasserfonds soll es Austausch geben und gemeinsame Einmischung soll gesucht werden. Schließlich wird eine gesonderte Mailing-Liste für Solidaritätsaktionen für die Rücknahme der Privatisierung der Wasserversorgung in Manila eingerichtet werden. Weitere Informationen und Einschreibung in den elektronischen Verteiler über satoko@tni.org.

Informationen:
Danuta Sacher,
BROT FÜR DIE WELT,
Staffenbergstr. 76,
70184 Stuttgart,
Tel.: 0711-2159491,
Fax: 0711-2159110,
E-Mail:
d.sacher@brot-fuer-die-welt.org,
www.brot-fuer-die-welt.de

Aktion gegen den Handel mit illegalen Hölzern

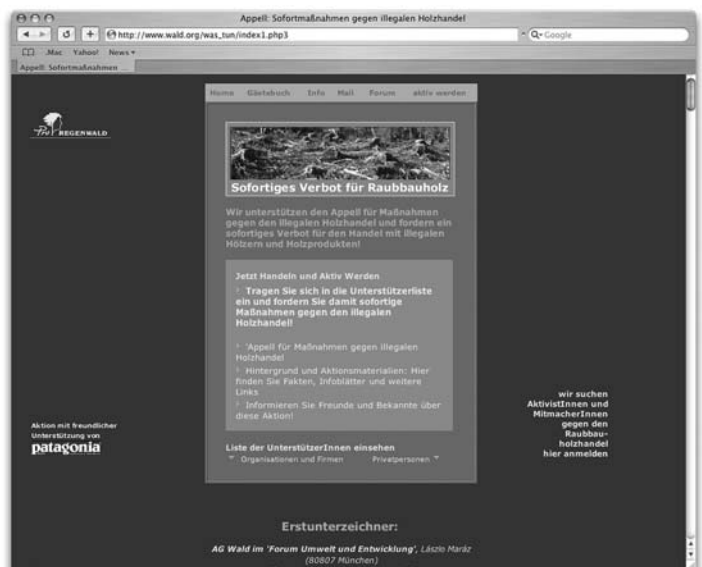
Mitte Oktober wurde Ministerin Künast ein 'Appell für Maßnahmen gegen illegalen Holzhandel' zugestellt. Die meisten zum Thema arbeitenden Verbände tragen diese Forderungen als Erstunterzeichner mit. Die Aktion ist von Pro REGENWALD koordiniert. Um weitere und breite Unterstützung wird gebeten.

Illegaler Holzeinschlag und Holzhandel sind eine der Hauptursachen für Waldzerstörung und Verschlechterung der Lebensumstände vieler Menschen. Allein in die EU werden jährlich Holzprodukte im Wert von 1,2 Mrd. Euro importiert, die aus illegalen Quellen stammen. Der Handel mit illegalen Hölzern ist in Deutschland bisher nicht strafbar. Das soll sich ändern.

Mittlerweile wurde eine Website dazu eingerichtet, die unter http://www.wald.org/was_tun zu finden ist. Das primäre Anliegen ist, möglichst viele Organisationen/Firmen und Privatleute zu finden, die sich dort in die öf-

fentlich zugängliche Unterstützerliste eintragen. Um der Aktion noch mehr Power zu geben, wurde ein ganzes Bündel an Möglichkeiten zusammengestellt. So gibt es eine Unterschriftenliste zum Herunterladen und Unterschriftensammeln, es gibt ein Infoblatt 'Vorsicht! Raubbau-Holz!' zum Verteilen und es gibt einen Fragebogen zur direkten 'Auseinandersetzung' mit Holzverkäufern in den Geschäften. Denn unterstützend zur Forderung an die Bundesregierung muss auch der Handel angesprochen und gefordert werden. Da er die Schlüsselrolle im Geschäft mit illegalen Hölzern hat. Mit dieser Anstrengung kann erreicht werden, zum Schutz der Regenwälder (und auch der borealen Wälder) bald ein Schlupfloch für Diebe und Hehler zu stopfen. Der Handel mit illegalen Hölzern darf nicht länger straffrei sein.

Informationen:
Pro Regenwald,
Hermann Edelmann,
E-Mail: info@pro-regenwald.de,
http://www.wald.org/was_tun.





Zwei, die sich gut ergänzen: Fairer Handel & Faire Kredite

Immer mehr Menschen möchten wissen, wofür das Geld, das sie anlegen, eigentlich benutzt wird. Viele wollen darüber hinaus ihr Kapital nachhaltig einsetzen - für Umweltschutz, bessere Arbeitsbedingungen oder gerechtere Entlohnung. Dieser Flyer informiert über Zusammenhänge und Möglichkeiten Fairer Geldanlagen, Fairen Handels und Fairer Kredite. Oikocredit zählt mit einem Kapitalvolumen von rund 200 Millionen Euro zu den größten ethischen Fonds in Europa. Die jährliche Dividende wurde auf zwei Prozent begrenzt. Kein hoher, aber ein stabiler Ertrag. Hinzu kommt der soziale Gewinn: Ein besseres Leben für Zehntausende von Menschen und ein Beitrag zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Oikocredit hat bisher Darlehen an etwa 30 Unternehmen vergeben, die ihre Produkte über den Fairen Handel vertreiben. Anteile können bereits ab 200 Euro erworben werden.

Bezug:
Oikocredit Westdeutscher Förderkreis,
Adenauerallee 37,
53113 Bonn,
Tel.: 0228-92597-38,
E-Mail:
oikocredit.bonn@t-online.de,
www.oikocredit.org/sa/westdt,
kostenlos.

Bereitstellung globaler öffentlicher Güter - Globalisierung gestalten

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) haben eine deutsche Zusammenfassung der englischen Studie über „Globale öffentliche Güter“ herausgegeben. Die Studie „Bereitstellung globaler öffentlicher Güter - Globalisierung gestalten“ ist nach dem ersten Werk „Globale öffentliche Güter - Internationale Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert“ der Versuch des UNDP-Forschungsteams, die theoretischen Grundlagen zu erweitern und mit einer beachtlichen Fülle

an Analysen und Ideen zu konkreten Fragen der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter beizutragen.

Bezug:
Horlemann Verlag,
PF 1307,
53583 Bad Honnef,
Fax: 02224-5429,
E-Mail:
info@horlemann-verlag.de,
(2 €).

Zauberformel PPP - Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft: Ausmaß - Risiken - Konsequenzen

Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) sind in den letzten Jahren zum neuen Hoffnungsträger der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Unter dem Vorwand leerer Kassen wird versucht, immer mehr öffentliche Aufgaben privaten Unternehmen zu übertragen. Diese sogenannten „Entwicklungspartnerschaften“ werden in erheblichem Umfang mit öffentlichen Mitteln subventioniert. Der Einsatz von Entwicklungsgeldern wird damit gerechtfertigt, dass nur durch die Beteiligung privater Unternehmen die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden können und eine nachhaltige Entwicklung möglich wird.

Doch ein entwicklungspolitischer Nutzen ist kaum zu erkennen - insbesondere nicht für die ärmsten Länder oder Bevölkerungsgruppen. Zu diesem Schluss kommt das aktuelle Arbeitspapier von WEED, das den PPP-Ansatz der deutschen Entwicklungspolitik gründlich unter die Lupe nimmt. Seine Auswertung der vorliegenden Erfahrungen zeigt, dass die PPP-Projekte vorrangig in Schwellenländern wie China, Brasilien oder Südafrika durchgeführt werden, die für die beteiligten privaten Unternehmen wirtschaftlich attraktiv sind. Vielfach handelt es sich dabei um reine Investitions- und Wirtschaftsförderung. Oft gelingt es beteiligten Unternehmen - nicht selten Großunternehmen - ihre eigenen Kosten gering zu halten und Risiken auf die öffentliche Hand abzuwälzen - als Trittbrettfahrer der Entwicklungspolitik.

Publikationen

Das Arbeitspapier bietet eine wichtige Grundlage für die kritische Auseinandersetzung über die Zukunft deutscher Entwicklungspolitik. Es analysiert, welches Ausmaß der konzeptionelle Richtungswechsel inzwischen angenommen hat, welche Risiken mit ihm verbunden sind und welche politischen Schlussfolgerungen sich daraus ableiten lassen. Aus dem Inhalt: „Entwicklungspartnerschaften“ - Ein Paradigmenwechsel; Wer sucht, der findet - Die Anpassung der Entwicklungszusammenarbeit; Erfolge! Erfolge?; Die Privatisierung der Entwicklungszusammenarbeit - Fallstudien; Gewinner und Verlierer; Ausblick: Trotz Zweifel am Erfolg? - Erhöhung der Dosis; Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

Bezug:
WEED,
Torstr. 154,
10115 Berlin,
Tel.: 030-27582163,
Fax: 030-27596928,
www.weed-online.org,
(5 € zzgl. VK).

Mehr Wert: Ökologische Geldanlagen

Die Rentabilität von ökologischen Geldanlagen ist der von konventionellen ebenbürtig. Und nicht nur das - sie sind auch noch umwelt- und sozialverträglicher als herkömmliche Finanzprodukte. Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt wollen diesen Fakten Rechnung tragen und haben die Informationsbroschüre zum Thema nachhaltige Finanzanlagen vollständig überarbeiten und erweitern lassen. Die Broschüre „Mehr Wert: Ökologische Geldanlagen“ erläutert die verschiedenen Formen ökologischer Finanzprodukte, informiert in übersichtlicher Form über den Nutzen ökologischer Geldanlagen für die Umwelt und die Frage nach Rendite, Sicherheit und Liquidität. Außerdem erfahren die Leser, wie und wo sie ihr Geld ökologisch anlegen können. Die

am Markt angebotenen ökologischen Anlageprodukte werden nach Produktkategorien wie Aktien, Investmentfonds, Lebens-/Rentenversicherungen, Direktbeteiligungen und Sparkonten gegliedert vorgestellt. Dem abschließenden Serviceteil können Interessenten die Adressen von Produktanbietern, aber auch Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema entnehmen. Der Markt für ethisch-ökologische Geldanlagen ist in den vergangenen Jahren gegen den allgemeinen Trend weiter gewachsen ist. Allein die Zahl der Öko-Fonds hat sich in den letzten drei Jahren fast verdreifacht. Die Rentenreform hat einen zusätzlichen Schub ausgelöst und zu einer Erweiterung der Broschüre um förderfähige ökologische Riester-Produkte geführt. Dem ebenfalls neuen Produktsegment der ökologischen Investmentzertifikate hat das Autorenteam von ein eigenes Kapitel mit 17 Produktangeboten gewidmet. Die kostenlos erhältliche Broschüre verschafft Neuesteigern einen schnellen Zugang zum Markt ethisch-ökologischer Geldanlagen.

Bezug:
Umweltbundesamt,
Tel.: 030-89030,
www.bmu.de/files/
geldanlage.pdf,
ostenlos.

Kongo: Handys, Gold und Diamanten - Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung

Die Studie fasst auf 72 Seiten zusammen, welche ökonomischen Hintergründe den Krieg in der demokratischen Republik Kongo beeinflussen und wo Handlungsmöglichkeiten für die Bundesregierung sowie für Unternehmen, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen liegen. Mehr als 3,3 Millionen Menschen starben seit 1998 als Folge des Krieges in der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Doch die wirtschaftlichen Hintergründe des Krieges waren nur selten eine Schlagzeile wert.



Dabei sind die wirtschaftlichen Interessen eine wichtige Antriebsfeder für die Fortführung der Kämpfe. Vom Export der Rohstoffe profitierten kongolesische Politiker, Unternehmer, Militärs und Rebellenführer ebenso wie die Eliten der am Krieg beteiligten Nachbarstaaten. Es entstand ein Netzwerk von Kriegsprofiteuren, die nur ein geringes Interesse an einem Ende der Kämpfe haben.“ Das Netzwerk agierte und agiert weiterhin weltweit: Ohne den Verkauf von Rohstoffen über internationale Märkte an Firmen in den Industrieländern hätte der Krieg in seiner bisherigen Form nicht geführt werden können. In hiesigen Läden landeten Gold und Diamanten aus der DRK. Unsere Handys und Computer könnten nicht funktionieren ohne das Coltan - ein seltenes, sehr leitfähiges Metall -, das mitten in den Kriegsgebieten gefördert wurde. Die Vereinten Nationen beschuldigen auch deutsche Firmen, in die Geschäfte verwickelt gewesen zu sein.

Bezug:
Südwind e.V.,
Lindenstr. 58-60,
53721 Siegburg,
Tel.: 02241-259735,
Fax: 02241-51308,
Email: huetz-Adams@suedwind-institut.de,
www.suedwind-institut.de/Dek-2-020-fs.htm,
(5 € zzgl. VK).

Handbuch nachhaltige Entwicklung - Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar?

Die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung sind nicht mehr ernsthaft umstritten. Von einer praktischen Umsetzung ist man aber noch weit entfernt. ExpertInnen aus unterschiedlichen Disziplinen und Praxisfeldern diskutieren, wie nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten realisiert werden kann. Die Autorinnen und Autoren tragen ihre Perspektiven, Erkenntnisse, Argumente und Handlungsprioritäten in der Form eines Handbuchs mit dem Ziel zusammen, sie für Politik, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft nutzbar zu machen. Die Beiträge sind inhaltlich in 6 Kapiteln sortiert zusammen-

gefasst. Sie umfassen folgende Themen: Kapitel 1: Politik für nachhaltiges Wirtschaften; Kapitel 2: Governance-Strukturen für nachhaltiges Wirtschaften; Kapitel 3: Nachhaltige wirtschaftende Unternehmen; Kapitel 4: Arbeit und Nachhaltigkeit; Kapitel 5: Beratung für nachhaltiges Wirtschaften; Kapitel 6: Forschung für Nachhaltigkeit.

Bezug:
Hans-Böckler-Stiftung,
Hans-Böckler-Str. 39,
40476 Düsseldorf,
Tel.: 0211-77780,
Fax: 0211-7778120,
www.boeckler.de,
www.leske-budrich.de,
ISBN 3-8100-3758-3
(35 €).

Plädoyer für eine gentechnikfreie zukunftsfähige Welt

Im September hat das unabhängige Wissenschaftsgremium Independent Science Panel seinen Bericht "A GM-Free Sustainable World" veröffentlicht. Die Autorinnen Mae-Wan Ho und Lim Li Ching zeigen darin einerseits die Gefahren der Gentechnik auf, zum anderen weisen sie die Vorteile des ökologischen Anbaus nach und heben die besondere Rolle der indigenen Bevölkerung dabei hervor. Der Bericht liegt nun in deutscher Übersetzung vor und kann von der Internetseite der BUKO AgrarKoordination heruntergeladen werden.

Bezug:
BUKO AgrarKoordination,
Nernstweg 32-34,
22765 Hamburg,
Tel.: 040-39-2526,
Fax: -900629,
E-Mail: bukoagrar@aol.com,
www.bukoagrar.de
Originalfassung:
www.indesp.org

Handbuch Generationengerechtigkeit

Klimakatastrophe, ausufernde Staatsverschuldung, kollabierende Sozialsysteme: Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Zeit für eine Ethik, die die Rechte künftiger Generationen berücksichtigt. Gerechtigkeit zwischen Alt und Jung ist einer der wichtigsten Begründungen, warum wir Umwelt und

Natur schützen sollten. Der Begriff steht jedoch für viel mehr. Er umfasst ein komplettes politisches Programm - von der Umwelt-, über die Finanz- bis hin zur Bildungspolitik.

Dieses Handbuch greift dieses dringliche Thema auf und stellt die Diskussion über Generationengerechtigkeit auf eine wissenschaftliche Grundlage. AutorInnen aus den Bereichen Soziologie, Rechtswissenschaft, Psychologie, Medizin, Philosophie und Ökonomie entwerfen in zahlreichen Beiträgen Konzepte für unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbereiche.

Im ersten Teil des Buches werden philosophische, religiöse und weltanschauliche Wurzeln der Idee der Generationengerechtigkeit aufgespürt. Der zweite Teil des Buches untersucht, wie eine von den heute regierenden Politikern durchgeführte, generationengerechte Politik konkret aussehen könnte, etwa in den Bereichen Umwelt-, Finanz-, Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Energiepolitik. Die Autoren des dritten Teils beschäftigen sich damit, wie die Nachwelt institutionell geschützt werden könnte.

Bezug:
Ökom Verlag,
Waltherstr. 29,
80337 München,
Tel.: 089-54418423,
Fax: 089-54418449,
E-Mail: haupt@oekom.de,
ISBN 3-936581-09-6,
(25 €).

Globale Trends 2004/2005 - Fakten, Analysen, Prognosen

Die Globalen Trends 2004/2005 vermitteln aktuelle Erkenntnisse über Entwicklungen, die Gegenwart und Zukunft unserer Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts bestimmen. Sie untersuchen und erklären Ursachen, Folgen und Wechselwirkungen globaler Trends. Sie bieten Orientierung und entwickeln Handlungsoptionen in der Weltpolitik nach dem 11. September 2001 und dem Irakkrieg zu Global Governance im Schatten des Unilateralismus, Weltgesellschaft, Weltwirtschaft, Weltökologie, Weltpolitik und Weltfrieden. Die Globalen Trends 2004/2005 zeichnen sich aus

durch sachliche, verständliche Information und Analyse, anschauliche Darstellung, fachübergreifende Sicht auf globale Interdependenzen und durch politische Handlungsempfehlungen.

Bezug:
Stiftung Entwicklung und Frieden,
Gotenstr. 152,
53175 Bonn,
Tel.: 0228-959250,
Fax: 0228-9592599,
E-Mail: sef@sef-bonn.org,
www.sef-bonn.org,
www.fischer-tb.de,
ISBN 3-596-16026-X,
(14,90 €).

Aktiv.um - Impulse für engagierte Umwelt- und Naturschutzarbeit

Wie bringe ich meine Projekte zum Erfolg? Wie bekomme ich Geld, um meine Ideen umzusetzen? Wie gewinne ich neue Engagierte? Fragen, die sich viele ehrenamtlich Aktive stellen. Der Ökom Verlag liefert die Antworten jetzt jeden Monat in dieser neuen Publikation. Sie richtet sich vor allem an lokale und regionale Umwelt- und Naturschutzgruppen, Lokale Agenda 21-Initiativen, Bürgerinitiativen und interessierte Einzelpersonen. Im aktiv.um finden diese auf acht Seiten Tipps und Anregungen von Praktikern und Fachleuten für ein professionelles ehrenamtliches Engagement. Aktiv.um erscheint ab November 2003 monatlich und liegt dem Umweltinformationsdienst punkt.um bei, kann aber auch zu einem Unkostenbeitrag von drei Euro beim Ökom Verlag angefordert werden. Ausgabe Nr. 1 „Mehr bewegen mit Strategie“ beschäftigt sich mit Fragen des Projektmanagements.

Bezug:
Ökom Verlag,
Waltherstr. 29,
80337 München,
Tel.: 089-54418444,
Fax: 089-54418449,
E-Mail: steigenberger@oekom.de,
(3 €).



Globale Energiewende

Die gemeinsamen Forderungen von 150 NGOs aus aller Welt zum Ausbau Erneuerbarer Energien:

DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR

Erklärung zur Konferenz für Erneuerbare Energien
"Renewables 2004" Bonn

Citizens United for
Renewable Energy and Sustainability

Zu bestellen bei
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn,
Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/92399356,
info@forumue.de,
Einzelexemplare kostenlos
Weitere Publikationen finden Sie unter www.forumue.de